

PROCESSING COPY**OCR****INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT****CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

**SECRET
NOFORN**

COUNTRY	East Germany	REPORT	25X1
SUBJECT	Definitions of Statistic Indeess and Designations	DATE DISTR.	2 MAY 1951
		NO. PAGES	1
		REQUIREMENT NO.	RD
DATE OF INFO.		REFERENCES	25X1
PLACE & DATE ACQ.			

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

list defining certain stock terms used in East German official documents, such as planning reports, financial reports, etc. The document was issued by the State Central Administration of Statistics for the guidance of East German officialdom. The meaning of some 104 terms is explained in the document.
(71 pages in German)

25X1

**SECRET
NOFORN**

STATE	X ARMY	X NAVY	X AIR	X FBI	AEC				
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)									

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Annex to EGB

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

DEFINITIONEN

wichtiger statistischer Kennziffern und Begriffe

Als Manuskript gedruckt

— Februar 1956 —

DEFINITIONEN

• **wichtiger statistischer Kennziffern
und Begriffe**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Allgemeine Begriffe der Volkswirtschaft	
1. Struktur und Organisation der Volkswirtschaft	5
2. Produktion	7
3. Investitionen	9
4. Material	10
5. Arbeitskräfte	12
6. Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	18
Kulturwesen	18
Gesundheitswesen	26
Sozialwesen	30
7. Finanzen	32
8. Bevölkerung	34
9. Lebenstandard	38
B. Typische Begriffe für die einzelnen Wirtschaftsbereiche	
1. Industrie (einschließlich Handwerk)	41
2. Bauwirtschaft	45
3. Land- und Forstwirtschaft	46
4. Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	53
Eisenbahn	53
Schifffahrt	57
Kraftverkehr	59
Straßenwesen	61
Post- und Fernmeldewesen	61
5. Handel	63
Außenhandel	63
Binnenhandel	67
6. Sonstige volkswirtschaftliche Bereiche	72

Förwort

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik macht in der vorliegenden Broschüre erstmals den Versuch, die Definitionen der wichtigsten statistischen Kennziffern und Begriffe zusammenzustellen und sie ihren Mitarbeitern sowie den planenden Organen als Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen.

Dieser Schritt erschien dringend notwendig, da die statistische Arbeit bisher besonders unter der fehlenden Einheitlichkeit der Begriffbestimmung litt, was sich vor allem in unterschiedlichen Erhebungsmethoden und falschen Schlussfolgerungen bei Auswertungsarbeiten schädlich für die gesamte statistische Arbeit bemerkbar machte. Hinzu kam, daß der Inhalt von Kennziffern in den einzelnen Jahren wechselte. Das führte dazu, daß über eine größere Zahl von statistischen Kennziffern und Begriffen bei den Benutzern Unklarheiten bestehen. Diesem Mangel läßt sich nur begegnen, wenn die Begriffe und Kennziffern in ihrem Inhalt eindeutig und unveränderlich festgelegt sind. Bei einem Wechsel des Inhalts von Kennziffern sollte immer ein neuer Begriff geprägt werden, um Mißverständnisse auszuschließen.

Dieser eindeutigen Festlegung von statistischen Kennziffern und Begriffen soll das vorliegende Heft dienen. Die Kennziffern und Begriffe wurden entsprechend ihrer Zweckbestimmung definiert, d. h., die Definitionen sollen keine allumfassende Auskunft über einen Begriff im Sinne eines Lexikons geben, sondern sind streng auf den Gebrauch in der statistischen Arbeit zugeschnitten.

Die Sammlung enthält nicht alle statistischen Kennziffern, sondern beschränkt sich weitgehend auf diejenigen, über deren Inhalt unterschiedliche oder unklare Vorstellungen vorhanden sind oder vorhanden sein können. Es wurde in erheblichem Maße auf die Aufnahme von Kennziffern und Begriffen verzichtet, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, Richtlinien des volkseigenen Rechnungswesens u. ä. festgelegt sind.

Über diesen Hauptzweck hinaus soll diese Sammlung der erste Schritt zur Schaffung für ein vollständiges, einheitliches und wissenschaftlich begründetes Kennziffernsystem sein, das für die Erforschung und Darstellung der gesellschaftlichen Erscheinungen und ihrer Wechselwirkungen unentbehrlich ist.

Wir danken allen Mitarbeitern, insbesondere den Instituten an den Universitäten und Hochschulen, für ihre Unterstützung, die sie der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der Schaffung dieser Broschüre gegeben haben.

Bei der Arbeit mit diesen Definitionen werden sich zwangsläufig noch eine Reihe von Mängeln herausstellen. Daher ist es erforderlich, daß die Diskussionen hierüber in noch größerem Kreise geführt werden. Wir bitten daher alle Benutzer dieser Sammlung, durch ihre Kritik und Vorschläge mit zu ihrer Verfeilkommenzung beizutragen. Entsprechende Zuschriften sind an die HA Koordinierung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin C 2, Klosterstraße 80/85, zu richten.

Berlin, im Februar 1958

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
HA Koordinierung

A 1 Struktur und Organisation der Volkswirtschaft

1. Volkswirtschaft

Gesamtheit aller Bereiche der materiellen Produktion und des Austausches sowie der nicht materiellen Sphäre. Unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus ist die Planung aller Bereiche der Volkswirtschaft die Grundlage für die Tätigkeit der Gesellschaft zur Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung.

2. Volkswirtschaftliche Grundsystematik

Zweistufige Systematik der Volkswirtschaft vom 1. Januar 1947, auf der (außer der Schlüsseliste für Industrie, Landwirtschaft, Materialversorgung und Außenhandel) die wichtigsten volkswirtschaftlichen Systematiken, wie Allgemeines Warenverzeichnis, Arbeitsstättenystematik u. ä. aufgebaut wurden. Entspricht nicht mehr den politökonomischen Erfordernissen der Planung und wurde daher 1955 durch die Volkswirtschaftliche Planungssystematik ersetzt.

3. Volkswirtschaftliche Planungssystematik

Zweistufige Systematik der Volkswirtschaft, auf die ab 1955 nach und nach die wichtigsten volkswirtschaftlichen Systematiken umgestellt werden sollen.
(Beginn mit der Schlüsseliste für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel 1956.)

Ihr voraus ging die Volkswirtschaftliche Grundsystematik von 1947.

4. Wirtschaftsbereich

Zusammenfassung (Betriebe und Einrichtungen) von Wirtschaftszweigen. Er wird in der volkswirtschaftlichen Planungssystematik von 1955 durch die erste Stelle der dort angegebenen Dezimalzahlen ausgewiesen.

¶

5. Wirtschaftszweig

Zusammenfassung (Betriebe und Einrichtungen) von Wirtschaftsgruppen. Er wird in der volkswirtschaftlichen Planungssystematik von 1955 durch die ersten zwei Stellen der dort angegebenen Dezimalzahlen ausgewiesen. Während die Erzeugnhauptgruppe bzw. Warenhauptgruppe eine Zusammenfassung von gleichartigen Erzeugnissen (technische Einheiten) darstellt, werden im Wirtschaftszweig gleichartige Betriebe (örtliche Einheiten) zusammengefaßt.

6. Wirtschaftsgruppe

Zusammenfassung von Betrieben und Einrichtungen, die eine gleichgeartete volkswirtschaftliche Tätigkeit durchführen. Sie wird in der Betriebsystematik 1954, die auf der volkswirtschaftlichen Planungssystematik 1955 aufgebaut ist, durch die ersten drei Stellen der dort angegebenen Dezimalzahlen ausgewiesen. Während die Erzeugnigruppe bzw. Warengruppe eine Zusammenfassung von gleichartigen Erzeugnissen (technische Einheiten) darstellt, werden in der Wirtschaftsgruppe gleichartige Betriebe (örtliche Einheiten) zusammengefaßt.

7. Betrieb

Als selbständige juristische Person anerkannte Betriebeinheit, deren Zweck die Erzeugung von Produktions- und Konsumtionsmittel oder die Durchführung von Dienstleistungen ist.

8. Sozialistischer Betrieb

Der sozialistische Betrieb ist die unterste Einheit der sozialistischen Wirtschaft mit folgenden Merkmalen:

- Er stellt eine Form der sozialistischen Organisation des Zusammenschlusses von Menschen zur Verwirklichung der durch den Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben dar.
- Er besitzt auf der Grundlage des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung die wirtschaftliche und juristische Selbständigkeit.
- Er wendet Produktionsmittel an, die allgemeines Volks Eigentum, genossenschaftliches Eigentum oder Eigentum von Parteien und Massenorganisationen darstellen oder unter Verwaltung bzw. Treuhandschaft der sozialistischen Wirtschaft stehen.

9. Kontrollziffer

Wichtige Plankennziffern für die Aufstellung und Bestätigung des Volkswirtschaftsplanes, die auf Grund volkswirtschaftlicher Gesamtbilanzen und wirtschaftspolitischer Direktiven erarbeitet werden.

10. Sozialistische Wirtschaft

Wichtigster Teil der Volkswirtschaft. Umfaßt

- die volkseigenen zentral- und örtlich geleiteten Betriebe, Einrichtungen und Institutionen
- die genossenschaftlichen Betriebe und Einrichtungen (handwerkliche und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Konsumgenos-

	senschaften, VdgB [BHG]eG, Molkeri- und See- und Küstenfischereigenossenschaften). Nicht dazu gehören Genossenschaften mit kapitalistischem Charakter.
c) die Betriebe und Einrichtungen der Parteien und Massenorganisationen sowie	
d) die Betriebe in Verwaltung oder unter Treuhandschaft, soweit sie einen Produktionsplan haben.	
11. Volkswirtschaft	Wichtigster Teil der sozialistischen Wirtschaft. Umfaßt die zentralgeleiteten (den Ministries bzw. unterstellt) und die volkswirtschaftlich geleiteten (den Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden unterstellt) Betriebe, Einrichtungen und Institutionen.
12. Sozialistische Genossenschaften	Teil der sozialistischen Wirtschaft. Umfaßt Genossenschaften, bei denen je nach der Entwicklungsnatur die Mitglieder oder die Genossenschaft Besitzer der Produktionsmittel sind und keine fremden Lohnarbeiter beschäftigt werden.
13. Private Wirtschaft	Teil der Volkswirtschaft; umfaßt die kapitalistische Wirtschaft, die Wirtschaft der einzelnen Warenproduzenten sowie die Betriebe in Verwaltung oder Treuhandschaft, soweit sie keinen Produktionsplan haben.
14. Wirtschaft der einzelnen Warenproduzenten	Teil der privaten Wirtschaft. Umfaßt Betriebe von Eigentümern bzw. Besitzern an Produktionsmitteln, die den Produktions- bzw. Existenzbedarf im wesentlichen ohne Lohnarbeit durchführen, wobei die freie Lohnarbeit überwiegend aus eigener Arbeit bestreben. In der Regel beschäftigen sie nicht mehr als 10 Arbeitskräfte.
15. Kapitalistische Wirtschaft	Teil der privaten Wirtschaft. Umfaßt solche Betriebe und Einrichtungen, unabhängig von ihrer juristischen Form, deren Unternehmer Privatentnehmer oder Besitzer an den Produktionsmitteln sind und eine größere Anzahl von fremden Arbeitnehmern beschäftigen.
16. Kapitalistische Genossenschaften	Teil der kapitalistischen Wirtschaft. Genossenschaft, bei der die Mitglieder private Besitzer der Produktionsmittel bleiben und freie Lohnarbeiter beschäftigt werden. (Diese gehören die Produktionsgenossenschaften, Ein- und Vertriebsgenossenschaften des privaten Handels u. a.)
17. Eigentum unter Treuhandschaft	Betriebe, auf die die Vereinigung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952 (GBl. S. 615/52) anzuwenden ist.
18. Eigentum in Verwaltung	Betriebe, auf die die Vereinigung über die Verwaltung und das Schutz sozialistischer Eigentums in der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1951 (GBl. S. 626/51) anzuwenden ist.
19. Stadt	Größere Gemeinde, der das Stadtrecht verliehen ist.
20. Gemeinde	kleinste politische Einheit der Selbstverwaltung.
21. Ortsteil	Größeres, in sich abgeschlossenes Teil einer Gemeinde. Nekette einer früher selbständigen Gemeinde, die in eine andere eingegangen war.
22. Wohnplatz	Einzelle, in Struktur entfernt Nagende Gebäude außerhalb der geschlossenen Bebauung einer Gemeinde-
23. Einheitsgemeinde	Die vom staatlichen Vermögensvermögen fortgeleitete Gemeinde (Land, Ortsteil, Wasserfläche usw.) der Gemeinden und größeren Verwaltungseinheiten.

A 2 Produktion

1. Erzeugnishauptruppe

Zusammenfassung (Erzeugnisse) von Erzeugnisgruppen gemäß dem auf der Volkswirtschaftlichen Planungssystematik aufbauenden Zweisteller der Schlüsselliste für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel (Gegensatz zum Wirtschaftszweig und zur Warenhauptgruppe).

2. Erzeugnisgruppe

Zusammenfassung von Erzeugnissen gemäß dem Dreisteller der Schlüsselliste für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel (Gegensatz zur Wirtschaftsgruppe und Warengruppe).

3. Technisch-wirtschaftliche Kennziffern

Normen von volkswirtschaftlicher bzw. betrieblicher Bedeutung über die Ausnutzung der Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände sowie über den Wirkungsgrad der lebendigen Arbeit. Sie bringen eine bestimmte Entwicklung der Betriebstätigkeit zum Ausdruck.

4. Produktionskapazität

Das Hochmaß qualitätsgerechter Fertigerzeugnisse, die bei maximaler zeitlicher Ausnutzung aller nutzbaren Arbeitsmittel und unter Zugrundelegung der fortschrittlichen Leistungen der besten Arbeiter in einer bestimmten Zeit hergestellt werden können. Dabei ist von dem wichtigsten Betriebsabschnitt, den günstigsten arbeitsorganisatorischen Bedingungen und von der fortschrittlichsten Technologie auszugehen, die sich mit den gegebenen betrieblichen Produktionsausrüstungen anwenden läßt. Bei der Bestimmung der Kapazität ist ein Produktionssortiment zugrunde zu legen, das der Eigenart des Betriebes am besten entspricht.

5. Mögliche Ausnutzung der Produktionskapazität

Sie bringt das Hochmaß qualitätsgerechter Fertigerzeugnisse zum Ausdruck, die sich unter den im betreffenden Zeitraum erreichbaren günstigsten Bedingungen herstellen lassen. Diese mögliche Ausbringung wird zur Produktionskapazität in Beziehung gesetzt.

6. Wachstumsstempo

Das in einer Verhältniszahl ausgedrückte Wachstum der Produktion des Vergleichsjahres zum Basisjahr.

7. Mechanisierung

Die Mechanisierung ist die durchgängige Ablösung der manuellen Arbeit, vor allem der einen schweren und hohen Arbeitsaufwand erforderlichen Tätigkeit, durch die Anwendung von Maschinen und Mechanismen im Produktionsprozeß. Die Mechanisierung ist durch den Übergang vom Einsatz einzelner Teilmaschinen zu einem nach den verschiedenen Phasen des Fertigungsganges gegliederten Maschinensystems gekennzeichnet und hat eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität und hohe Kontinuität des Produktionsprozesses zur Folge.

Die menschliche Arbeitskraft beschränkt sich auf die Bedienung der Maschinen und Mechanismen

8. Komplexe Mechanisierung

Die komplexe Mechanisierung oder Vollmechanisierung ist die Mechanisierung aller miteinander verbundenen Stadien des Produktionsprozesses, der Haupt- wie der Hilfsprozesse. Sie beruht auf einem System sich gegenseitig ergänzender Maschinen und beseitigt die Lücken in der Mechanisierung der Produktion. Die Vollmechanisierung schafft ein in sich geschlossenes System von Maschinen, das den gesamten Produktionsprozeß umfaßt.

9. Mechanisierungsgrad des Produktionsprozesses

Um den Mechanisierungsgrad des Produktionsprozesses zu bestimmen, ist einerseits der Aufwand an Arbeitszeit für mechanisierte Arbeiten zu ermitteln, andererseits ist die Gesamtarbeitszeit festzustellen. Die Zeit für mechanisierte Arbeiten wird zur Gesamtzeit in Beziehung gesetzt.

10. Automatisierung

Höchste Stufe der Mechanisierung
Hierbei wird unterschieden:
a) die Automatisierung einzelner Maschinen und Aggregate (Werkegg-automaten)
b) die Automatisierung ganzer Maschinensysteme (Automatenstrecken)
c) die Schaffung ganzautomatischer Betriebe

11. Elektrifizierung

Steigerung der Stromerzeugung und breitere Anwendung von Elektroenergie in allen Wirtschaftsbereichen. Ersatz körperlicher Arbeit durch die Arbeit elektrischer Maschinen. Anlagen und Aggregate und Austausch der verschiedensten Energiearten durch die vollkommenste Energieart Elektroenergie.

12. Chemisierung

Erweiterung der Rohstoffbasis durch Entwicklung neuer synthetischer Werkstoffe sowie Einführung chemischer Verfahren in der Technologie anderer Industries Zweige zur Beschleunigung der Produktionsprozesse, Erhöhung der Ausbeute und Schaffung qualitativ neuer Erzeugnisse.

13. Neue Technik

Vervollkommenung der Technik durch Ersatz der alten und überholten Technik durch eine neue und der neuen Technik durch die neueste. Die neue Technik wird erreicht durch Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion. Hierbei sind die schnelle Entwicklung der Energie-Wirtschaft, die Hebung des technischen Niveaus der Kohleförderung, die Verbesserung und Einführung komplizierter technologischer Verfahren der chemischen Großindustrie und eine wissenschaftliche Standardisierung und Normung der Produktion die Schwerpunkte.

A 3 Investitionen

1. Investitionen

Die Gesamtheit der Mittel, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zur Schaffung neuer Kapazitäten und Rekonstruktion bereits vorhandener Grundmittel in allen Bereichen der Volkswirtschaft aufgewendet werden. Soweit sie nicht als Ersatz für verbrauchte Grundmittel dienen, sind sie als Neuinvestitionen Bestandteil der erweiterten Reproduktion.

2. Ersatzinvestitionen

Teilweiser oder vollständiger Austausch von verbrauchten Grundmitteln (Maschinenanlagen, Gebäude usw.). Die Ersatzinvestitionen sind Bestandteil der einfachen Reproduktion.

3. Generale reparaturen

Umfassende Instandsetzungsarbeiten an Grundmitteln, deren Kapazität durch Verschleiß abgesunken ist. Sie haben das Ziel, die normale Lebensdauer der Grundmittel zu verlängern, die ursprüngliche Leistungs- und Nutzungsfähigkeit wiederherzustellen bzw. zu erhöhen und eine Wertsteigerung des Anlagevermögens zu erreichen.

4. Nutzeffekt der Investitionen

Zusammenfassender Ausdruck für ein System von Kennziffern, das zum Ausdruck bringt, in welchem Umfang die geplanten oder ausgeführten Investitionen zur Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, zur Senkung des gesellschaftlichen Aufwandes pro Erzeugnisseinheit und zur Festigung der Verteidigungsbereitschaft beitragen.

5. Hauptanlagen

Anlagen, die zur Durchführung der typischen Aufgaben des Investitionsträgers erforderlich sind.

6. Nebenanlagen

Anlagen des betrieblichen Kultur-, Gesundheits- und Sozialwesens und der nachwuchsfördernden Einrichtungen.

7. Planträger

Zentrale oder örtliche Staatsorgane, die für die Durchführung von Investitionen in ihrem Arbeitsbereich verantwortlich sind.

8. Investitionsträger

Betriebe und Einrichtungen der volkseigenen Wirtschaft, die Maßnahmen im Rahmen des Investitionsplanes durchführen.

9. Generale reparaturträger

Betriebe und Einrichtungen der volkseigenen Wirtschaft, die Maßnahmen im Rahmen des Generalreparaturplanes durchführen.

10. Lizenznehmer

Private und genossenschaftliche Betriebe, Institutionen und Organisationen, die Investitionsvorhaben durchführen.

11. Unterlimitvorhaben

Als Unterlimitvorhaben gelten z. Z. alle Vorhaben bis zu einem Wert von 20 000,- DM. Diese Vorhaben können unter vereinfachten Bedingungen für die Projektierung, Genehmigung und Abrechnung ausgeführt werden.

12. Überlimitvorhaben

Als Überlimitvorhaben gelten z. Z. alle Vorhaben mit einem Wert über 20 000,- DM.

13. Sonderkonto bei der DIB und DN (Investitionsberichterstattung)

Alle Konten, die bei der DIB bzw. DN zur Finanzierung der planmäßigen Investitionen geführt werden müssen.

A 4 Material

1. Materialplanung

Sie ermöglicht, die Produktion und den Import von Material entsprechend dem Bedarf zu regeln und so die vollständige termin- und sortimentsgerechte Versorgung der Wirtschaft sicherzustellen. Die Hauptmethode der Planung ist die Bilanzierung; Grundlagen hierfür sind die Materialverbrauchsnormen.

2. Materialtechnische Versorgung

Die planmäßige, vollständige termin- und bedarfsgerechte Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen, Brennstoffen und Materialien.

3. Kontingentträger

Staatliche Organe, die besondere Bedeutung in der Materialwirtschaft haben, in ihrem Bereich auf Grund der von der Staatlichen Plankommission festgelegten Methodik die Planung durchführen und bei kontingentierten Materialien die Verteilung an die ihnen nachgeordneten Stellen (Hauptbedarfsträgergruppen bzw. Bedarfsträgergruppen) vornehmen.

Der Kontingentträger ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für die Kontrolle und Sicherung der Versorgung verantwortlich.

4. Hauptbedarf- bzw. Bedarfsträgergruppen

Verwaltungsmäßige Zusammenfassung der Bedarfsträgergruppen bzw. Bedarfsträger zum Zweck der Materialplanung und der Verteilung von Materialzuweisungen an die nachgeordneten Stellen.

5. Bedarfsträger

Unterste Einheit der Volkswirtschaft, die im Rahmen des Materialplanes bzw. der erhaltenen Kontingente bereitgestellt ist, Material zur Durchführung der planmäßigen Aufgaben anzufordern, zu bestellen, zu bestellen und zu verbrauchen.

6. Materialverbrauchsnormen

Mengen- und wertmäßige Planziffer, die mit dem Ziel des rationalen Verbrauchs die Materialmenge festlegt, die zur Herstellung einer Erzeugniseinheit bzw. zur Erfüllung einer Leistungseinheit notwendig ist. Die Materialverbrauchsnormen haben progressiven Charakter. Sie liegen zwischen dem durchschnittlichen Materialverbrauch und den Bestwerten mit dem geringsten Verbrauch bzw. bei Ausbeutetypen zwischen der durchschnittlichen Ausbeute und den Bestwerten mit der größten Ausbeute.
Entsprechend dem Entwicklungszustand sind die Materialverbrauchsnormen in drei Gruppen eingeteilt: A-, B- und C-Normen.

7. Technisch begründete Materialverbrauchsnormen: A-Normen

Die technisch begründete Materialverbrauchsnorm wird nach technisch-wissenschaftlichen Grundsätzen ermittelt. Die technische Begründung schließt die Untersuchung der Verluste und ihrer Ursachen ein. Dazu sind Materialverbrauchsstudien und entsprechende Kontrollen des tatsächlichen Materialverbrauchs vorsunehmen. (GBl. I, Nr. 65/1955)

8. Erfahrungs-statistische Materialverbrauchsnormen: B-Normen

Die erfahrungs-statistische Materialverbrauchsnorm wird festgelegt an Hand der Erfahrungen und statistischen Unterlagen sowie sonstiger Materialabrechnungen. (GBl. I, Nr. 65/1955)

9. Errechnete Materialverbrauchsnormen: C-Normen

Die errechnete Materialverbrauchsnorm beruht ausschließlich auf theoretischer Ermittlung. Sie wird in denjenigen Fällen ausgearbeitet und angewendet, in denen A- und B-Normen nicht ermittelt werden können, u. a. bei erstmaliger Produktion. (GBl. I, Nr. 65/1955)

10. Materialvorratnormen

Zeitliche, mengen- und wertmäßige Planziffern der technisch und ökonomisch begründeten Vorräte an einzelnen Materialarten, -Abmessungen und -Gütern bzw. Materialgruppen (bisherstens eine Planposition der Schlüsselliste zum Volkswirtschaftsplan). Sie werden aus dem Höchst- und Mindestvorrat ermittelt und drücken die durchschnittliche Bevorratung aus. (GBl. I, Nr. 65/1955)

11. Richtage für Material

Im Richtatzplan enthaltene gewogene Mittel der zu einer Position des Richtatzplanes gehörenden Vorratssnormen in Tagen, unter Beachtung der im Volkswirtschaftsplan festgelegten Umschlagszahl. Hierbei ist auch das berechnete aber noch nicht eingegangene sowie das eingegangene aber noch nicht berechnete Material zu berücksichtigen.

12. Materialeingang

In das eigene Betriebslager bzw. bestellte Lager körperlich eingegangenes geprüftes und ungeprüftes Material, das für den Verbrauch zur Verfügung steht, ohne Rücksicht auf den Rechnungseingang bzw. die Rechnungsbegleichung.

13. Materialbestand	Geprüftes und ungeprüftes Material, über das der Bedarfsträger verfügberechtigt ist, einschließlich der Mengen, die in fremden Lagern untergebracht sind bzw. anderen Betrieben für Lohnarbeiten übergeben wurden (Empfangsbestände). Der Materialbestand umfaßt gesamtwirtschaftlich ferner die Lieferbestände beim Handel und bei den Produktionsbetrieben.
14. Planbestände an Material	Die tatsächlichen Bestände an einzelnen Materialien bzw. Materialgruppen (im Umfange von höchstens einer Planposition der Schlüsselliste zum Volkswirtschaftsplan) in einer juristisch und wirtschaftlich selbstständigen Einheit, soweit sie sich ständig zwischen Mindest- und Höchstvorrat bewegen, bzw. in einer Industriezweigleitung. Hauptverwaltung und in einem Ministerium die dem gewögenen Mittel der Vorratsnorm der zugeordneten Betriebe entsprechenden tatsächlichen Bestände.
15. Überplanbestände an Material	Tatsächliche Bestände an Grundmaterial, Hilfsmaterial, Brenn- und Treibstoffen sowie geringwertigen und schnellverschleißenden Arbeitsmitteln, bezogen auf einzelne Materialien bzw. Materialgruppen (höchstens eine Planposition der Schlüsselliste zum Volkswirtschaftsplan), die im Betrieb den Höchstvorrat bzw. bei den übergeordneten Stellen (IZL, HV, Ministerium) die Vorratsnorm überschreiten. Es wird dabei vorausgesetzt, daß die Bestände in den Betrieben ständig zwischen Mindest- und Höchstvorrat schwanken, denn das wertmäßige Überschreiten der für eine Position des Richtsatzplanes festgelegten Umlaufmittel ist ebenfalls ein Überplanbestand.
16. Betriebeverbrauch	Als Grund- oder Hilfsmaterial im Betrieb verbrauchtes Material einschließlich der Mengen, die fremden Auftragnehmern für die Durchführung von Lohnaufträgen zur Verfügung gestellt und von diesen verbraucht wurden.
17. Materialausnutzungskoeffizient	Er gibt das Verhältnis der im Fertigprodukt enthaltenen Menge eines bestimmten im Betrieb verarbeiteten Materials zur Menge des Einsatzmaterials wieder. Bei vielen chemischen Produkten lassen sich auf Grund stöchiometrischer Berechnungen die Gewichtsanteile im Fertigerzeugnis der Einsatzmenge gegenüberstellen.
18. Materialeinsatzkoeffizient	Der reziproke Wert des Materialausnutzungskoeffizienten. Er ergibt sich, wenn man den Materialeinsatz der im Fertiggewicht enthaltenen Menge gegenüberstellt.
19. Materialbilanz	Dient der Herstellung der Proportionen zwischen Aufkommen und Verteilung bzw. zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung bei Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen.
20. Persönliches Konto	Ein von dem Werktätigen selbst geführtes Konto das ihn materiell an der Material einsparung interessiert und beteiligt a) an den Einsparungen von Grundmaterial, Hilfsmaterial, flüssigen und festen Brennstoffen, Kraftstoffen, Elektroenergie, Gas und schnellverschleißenden Werkzeugen, wenn sie auf der Grundlage von Materialverbrauchsnormen vorgegeben werden. b) an der Gewinnung von Produktionsmaterialresten und Abfällen zur Weiterverwendung in der Produktion, die bisher weder im eigenen noch in anderen Betrieben mit Ausnahme der Altstoffverwertungsbetrieb und Stahlwerke Verwendung fanden. Persönliche Konten sind für jeden einzelnen Werktätigen auf seinen Antrag von der Abteilung Arbeit einzurichten und abzurechnen. Ist infolge der Art des Produktionsprozesses die Einrichtung von Einzelkonten nicht möglich, können Brigadekonten eingerichtet werden. (GBI. I. Nr. 65 1955)

A 5 Arbeitskräfte

1. Sämtliche Beschäftigte	Alle im Arbeitsprozeß stehenden Personen, unabhängig von ihrer sozial-ökonomischen Stellung im Arbeitsprozeß, von der Dauer ihrer Beschäftigung und der Länge ihrer Arbeitszeit.
2. Ständig Beschäftigte	Alle Arbeitskräfte, die im gesamten Kalenderjahr während des vollen Arbeitstages (in der Regel 8 Stunden) im Arbeitsprozeß stehen.
3. Gesamtbeschäftigte Plan	Werkältige, die im Arbeitskräfteplan geplant und entsprechend abgerechnet werden.
4. Nicht ständig Beschäftigte	Arbeitskräfte, die nicht während des gesamten Kalenderjahres im Arbeitsprozeß stehen.
5. Verkürzt Arbeitende	Arbeitskräfte, die lt. Arbeitsvertrag oder Schutzbestimmungen keinen vollen Arbeitstag bzw. Arbeitswoche tätig sind. (vgl. „Kurzarbeit“ A 8 Nr. 80)
6. Arbeitssuchende	Arbeitskräfte, die nicht im Arbeitsprozeß stehen, jedoch zur Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses einer bestimmten Art an einem bestimmten Ort bereit sind.
7. Arbeiter und Angestellte	Arbeitskräfte, die durch einen Arbeitsvertrag im Lohnverhältnis zu einem Betrieb, einer Dienststelle, zu beruflich Tätigen usw. stehen.
8. Selbständige	Inhaber, Mitinhaber oder Pächter von Betrieben aller Zweige der Volkswirtschaft sowie Einzelpersonen, die in keinem arbeitsrechtlichen Verhältnis zu einem Betrieb stehen und für eigene Rechnung arbeiten.
9. Mithilfende Familienangehörige	Familienmitglieder eines Inhabers, Pächters oder Mitinhabers eines Betriebes, die im Betrieb mitarbeiten und mit denen weder ein mündlicher noch ein schriftlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde. Familienangehörige, deren Arbeitsverhältnis im Arbeitsbuch eingetragen ist, und für die Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden, zählen als Arbeiter oder Angestellte.
10. Industrielles Personal, in der Land- und Forstwirtschaft und in der Wasserwirtschaft Beschäftigte, Verkehrspersonal und Personal im Handel	Arbeitskräfte, die an der Hauptleistung des Betriebes beteiligt bzw. für diese notwendig sind. Hierzu gehören folgende Beschäftigungsgruppen: Produktionsarbeiter, Lager-, Transport- und Verkaufspersonal, technisches Personal, Wirtschaftler und Verwaltungspersonal, Hilfspersonal, Betriebschutz (ohne Betriebschutz A), Lehrlinge, Betreuungspersonal.
11. Produktionsarbeiter	Beschäftigte, die in den produzierenden Einheiten der Betriebe für die Durchführung des Produktionsprozesses eingesetzt sind bzw. diesen durch Hilfsleistungen, Reparaturen, innerbetriebliche Transporte usw. unterstützen sowie Beschäftigte in Verkehrsbetrieben, die für die Durchführung der eigentlichen Betriebsleistung eingesetzt sind.
12. Lager- und Transportpersonal im Handel sowie Verkehrspersonal	Beschäftigte, die im Groß- und Einzelhandel unmittelbar die Handeltätigkeit ausüben.
13. Technisches Personal	Beschäftigte, deren Tätigkeit eine Qualifikation als Meister, Techniker, Ingenieur, Architekt, Agronom usw. voraussetzt und die für die Vorbereitung, Leitung und Kontrolle des Produktionsprozesses bzw. der Verkehrsleistung verantwortlich sind. Entscheidend ist die Tätigkeit, nicht die Qualifikation.
14. Wirtschaftler und Verwaltungspersonal	Beschäftigte, die mit der Planung, Versorgung, Abrechnung und Kontrolle der Produktion, der Verkehrs- und Handelsleistung sowie mit den damit in Zusammenhang stehenden reinen Verwaltungsaufgaben betraut sind.
15. Hilfspersonal	Beschäftigte, die dem Betrieb für Hilfsarbeiten zur Verfügung stehen, z. B. Boten, Heizer für Gebäudefeuerung, Garderoben- und Waschräumpersonal usw.

16. Betriebschutz (ohne Betriebschutz A)	Arbeitskräfte, die für die Sicherung des Betriebes und den Brandschutz zur Verfügung stehen (auch Pförtner) mit Ausnahme des Betriebschutzes A (Deutsche Volkspolizei).
17. Lehrlinge	Beschäftigte, mit denen ein Ausbildungsvertrag für Lehrberufe (gemäß Systematik der Ausbildungsbereiche) abgeschlossen wurde.
18. Auszubildende	Beschäftigte, mit denen Ausbildungsverträge für Anlernberufe abgeschlossen wurden (lt. Anordnung über die Ausbildung von Jugendlichen für Anlernberufe vom 16. November 1954 — GBl. S. 834 — und Ergänzungsbestimmungen).
19. Betreuungspersonal	Beschäftigte, die in kulturellen und sozialen Einrichtungen des Betriebes mit Ausnahme der Einrichtungen der Arbeiterversorgung tätig sind. Zum Betreuungspersonal gehören z. B. Bibliothekare freigestellte Funktionäre der Massenorganisationen soweit sie arbeitsrechtlich zum Betrieb Sachbearbeiter in sozialen und kulturellen Einrichtungen gehören Nicht hierzu gehören: Beschäftigte in Betriebspolikliniken, Kindergärten usw., die aus Mitteln des Rates des Kreises entlohnt werden.
20. Nichtindustrielles Personal bzw. sonstiges Personal der Land- und Forstwirtschaft, der Wasserwirtschaft, des Verkehrs und des Handels	Beschäftigte, die an der Hauptleistung eines Betriebes nicht beteiligt sind. Hierzu gehören für alle Wirtschaftsbereiche: 1. Beschäftigte für Bauleistungen (bei Industriebetrieben) bzw. für industrielle Leistungen (bei Baubetrieben). 2. Beschäftigte in Industriebetrieben. 3. Beschäftigte in Einrichtungen der Arbeiterversorgung (Küche, Kantine, Schuhmacherei, Nähwerkstatt usw.). 4. Beschäftigte für Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten soweit deren Leistung nicht in der Bruttoproduktion ausgewiesen wird, sie keine Arbeiten für den eigenen Betrieb durchführen und ihre Tätigkeit vom Zentralen Amt für Forschung und Technik vergütet wird. 5. Sonstiges nichtindustrielles Personal.
21. Heimarbeiter	Beschäftigte, die auf Grund eines arbeitsvertraglichen Verhältnisses in eigenen Räumen und in der Regel mit eigenen Arbeitsmitteln (Werkzeuge) für die Rechnung eines Betriebes oder Unternehmens produzieren.
22. Facharbeiter	Arbeiter, die im betreffenden Beruf eine ordnungsgemäßige Lehrzeit mit der Facharbeiterprüfung abgeschlossen haben. Sie befinden sich in der Regel in den Lohngruppen V bis VIII.
23. Angelernte Arbeiter	Arbeiter, die im betreffenden Beruf in keiner Lehrausbildung gestanden haben, aber durch inner- oder außerbetriebliche Qualifizierung die Qualifikationsmerkmale der Lohngruppen III und IV erworben haben.
24. Ungelernte Arbeiter	Arbeiter, die in der Regel in keiner Lehrausbildung gestanden haben und deren Qualifikationsmerkmale den Lohngruppen I und II entsprechen.
25. Unschüler	Arbeitskräfte, mit denen kein Lehr- bzw. Ausbildungsvertrag abgeschlossen wird, sondern die innerbetrieblich ausgebildet und qualifiziert werden, da sie bisher entweder noch nicht im Arbeitsprozeß standen oder aber in anderen Berufen tätig waren.
26. Durchschnittliche Beschäftigtenzahl	Durchschnittszahl der Beschäftigten in den einzelnen Beschäftigtenkategorien und insgesamt. Sie wird aus den täglichen listenmäßigen Anschreibungen als arithmetisches Mittel bestimmt.
27. Belegschaftswechsel	Veränderung der Belegschaft durch Zugänge und Abgänge infolge von Einstellungen, Entlassungen, Tod, Invalidität, Erreichung der Altersgrenze und sonstigen Abgängen. Zum Belegschaftswechsel gehören nicht innerbetriebliche Umsetzungen von Arbeitskräften.
28. Kennziffer des Belegschaftswechsels	Einstellungen oder Entlassungen bezogen auf die durchschnittliche Beschäftigtenzahl.

29. Fluktuation	Abgang von Beschäftigten infolge eigenwilligen Ausscheidens, Entlassung auf Grund einer Verwaltungsanordnung, Entlassung wegen Verstoß gegen die Betriebsordnung, wegen unbegründeter Abwesenheit (Arbeitsbummelei usw.). Häufige Ursachen für eigenwilliges Ausscheiden sind ungünstige Arbeitsbedingungen, schlechte Verkehrsverbindungen, mangelnde soziale und kulturelle Betreuung, unterschiedliche Lohnverhältnisse für gleiche Arbeiten in verschiedenen Betrieben, schlechte Arbeitsmoral.
30. Ersatzbedarf	Bedarf an Arbeitskräften zum Ausgleich der Abgänge durch Heirat, Berufswechsel, Erreichen der Altersgrenze, Invalidität, Tod usw.
31. Erweiterungsbedarf	Zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften auf Grund veränderter Planaufgaben.
32. Arbeitskräftereserven	Nicht im Produktionsprozeß stehende arbeitsfähige Personen, z. B. Hausfrauen, in der Hauswirtschaft Tätige, z. T. Teilinvaliden, im Produktionsprozeß stehende aber volkswirtschaftlich nicht richtig eingesetzte Arbeitskräfte, z. B. Arbeitskräfte in der Verwaltung bei aufgeblähtem Verwaltungsaufwand, ferner Männer, die Arbeitsplätze einnehmen, die auch Frauen ausfüllen können usw.
33. Bruttolohnsumme	<p>Die Bruttolohnsumme setzt sich zusammen aus:</p> <p>dem tariflichen Grundlohn dem Mehrleistungsalohn für Arbeitsnormenübererfüllung den Mehrleistungsprämien und dem Zusatzlohn (Krankengeldzuschüsse gehören ab 1. Januar 1966 nicht mehr zum Zusatzlohn, sondern zu den Sozialbeiträgen) den Zuschlägen und Prämien für die Planerfüllung.</p> <p>Sie enthält die tatsächlich gezahlten, nicht aber die abgegrenzten Beträge eines bestimmten Berichtszeitraumes.</p> <p>Nicht in die Bruttolohnsumme einbezogen sind:</p> <p>Krankengeldzuschüsse Entschädigung für Benutzung eigener Werkzeuge Prämien für Materialeinsparung Fahr- und Wegegelder Trennungsentschädigungen Tage- und Übernachtungsgelder Ausflüge Personaleinstellungskosten Umzugskosten Mietbeihilfen Notfallunterstützungen vom Betrieb zu leistende Sozialversicherungsbeiträge Unfallumlagen Beiträge zur zusätzlichen Altersversorgung Prämien aus dem Direktorfonds oder aus Haushaltssmitteln Nachwirkosten in der Bauindustrie Heimarbeiterzuschläge</p>
34. Bruttolohnsumme der Heimarbeiter	Lohn für Heimarbeiter ohne Zuschläge für Benutzung eigener Werkzeuge und Räume.
35. Leistungslohn	Gesamtsumme der Gehmittel, die der Staat planmäßig für die Entlohnung der Werktiligen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in der gesamten Volkswirtschaft, den einzelnen Zweigen und den Betrieben festlegt.
36. Grundlohn	Lohn, der den Werktiligen in den produzierenden Einheiten (Brigaden, Abteilungen) auf Grund tariflicher Bestimmungen für die geleistete Arbeit je Stunde (Zeitlohn) oder je Fertigungseinheit (Stück, m ² , kg, Leistungsalohn) gezahlt wird (ohne Mehrleistungsalohn und Mehrleistungsprämien).
37. Mehrleistungsalohn für Normenübererfüllung	Der Teil des Leistungsalohnes, der für die eingesparte Arbeitszeit bei Normenübererfüllung gezahlt wird. Er ist die Differenz zwischen dem für die Leistung geplanten Lohnbetrag und dem auf Grund der tatsächlich benötigten Zeit errechneten Leistungsgrundlohn.

44. Nachweiskosten	Leistungen im Anlagenbau und in der Bauindustrie, die der bauausführende Betrieb dem Bauauftraggeber in Rechnung stellt: z. B. Lohnzahlungen bei Schlechtwetter (40 Prozent des Grundlohns), Überstundengelder, Erschweriszuschläge usw.
45. Lohnarten	In der sozialistischen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wird die Entlohnung der Produktionsarbeiter bzw. des Handels- und Verkaufspersonals nach dem Leistungsprinzip in verschiedenen Lohnarten vorgenommen, und zwar im einfachen Leistungsalohn, progressivem Leistungsalohn, Prämienlohn, Zeitlohn; in den Betrieben der kapitalistischen Warenproduzenten erfolgt die Entlohnung im Akkord-, Prämien- bzw. Zeitlohn.
46. Zeitlohn	Zeitlohn (Stunden-, Wochen- oder Monatslohn) ist die Entlohnung nach der für den Betrieb aufgewendeten Menge an Arbeitszeit entsprechend der festgelegten Lohnguppe.
47. Prämienlohn	Zeitlohn mit vertraglich festgelegten regelmäßigen Prämienzuschlägen, deren Zahlung und Höhe vom Erreichen bestimmter qualitativer und quantitativer Kennziffern abhängig ist. Prämien können gesetzt werden z. B. für Einsparungen von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, für Verringerung der Ausschussquote, für Erfüllung bzw. Übererfüllung der Warenausatzpläne usw. Prämien, die auf der Grundlage der Bestimmungen über die Einführung Persönlicher Konten gesetzt werden, sind hierzu nicht enthalten.
48. Einfacher Leistungsalohn	Lohnart, bei der für jedes gefertigte Stück der gleiche Lohnbetrag gezahlt wird. Die Höhe des Lohnes ist abhängig von der durch Lohngruppen festgelegten erforderlichen Qualifikation des Arbeiters und von der nach Normen ermittelten Menge und Güte der geleisteten Arbeit.
49. Progressiver Leistungsalohn	Er unterscheidet sich vom einfachen Leistungsalohn dadurch, daß bei Normübererfüllung ein Progressionszuschlag gesetzt wird.
50. Akkordlohn	Lohnart in den Betrieben der kapitalistischen Warenproduzenten in der Deutschen Demokratischen Republik, bei der die Arbeit nach Menge und Qualität gewertet wird.
51. Kalenderarbeitsstunden	Zahl der in einem bestimmten Kalenderzeitraum möglichen Normalarbeitsstunden eines Betriebes. Sie werden ermittelt, indem die Zahl der Kalendertage abzüglich der Sonn- und Feiertage (bzw. in durchgehend produzierenden Betrieben abzüglich der als Einsatz für Sonn- und Feiertage gewährten Wochenruhestage) mit acht Stunden (Durchschnitt Möglicher Arbeitszeit) und mit der Zahl der durchschnittlichen Produktionsarbeiter (bzw. des Handelspersonals, des Verkaufspersonals usw.) multipliziert wird. Sie sind die Bezugsgröße für die Feststellung der Auslastung der Arbeitszeit.
52. Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden	Alle Arbeitsstunden der Produktionsarbeiter bzw. des Handels-, Verkaufspersonals usw. einschließlich Überstunden, ohne Ausfallstunden.
53. Benötigte Stunden	Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden der Produktionsarbeiter einschließlich Überstunden. Ferner zählen hierzu alle auf Grund gesetzlicher Bestimmungen vergüteten Ausfallstunden (Urlaub, Wahrnehmung staatsbürglicher Verpflichtungen, Stillstandzeiten usw.). Nicht einbezogen sind die Ausfallstunden durch Krankheit (die nicht vom Betrieb nur der Krankengeldmaßnahmen bemüßt wird) sowie in der Bauindustrie die Ausfallstunden auf Nachweiskosten.
54. Wahrnehmung staatsbürglicher Verpflichtungen	Arbeitszeitausfall durch: Ausübung staatspolitischer Funktionen; Betriebsversammlungen, betriebliche bzw. außerbetriebliche Kundgebungen; Produktionsberatungen und Sitzungen aller Art, soweit diese nach ausnahmsweise während der Arbeitszeit durchgeführt werden;

Lehrgänge, Schulungen und Tagungen der Demokratischen Organisationen, volkseigenen Betriebe und Verwaltungen; Berufsschulunterricht der Lehrlinge, Anlernlinge und übrigen Jugendlichen.

51. Bezahlter Urlaub

Urlaub auf gesetzlicher Grundlage:

z. B. Jahresurlaub;

**Sonderurlaub zur Wahrnehmung persönlicher Interessen
(z. B. Hochzeit, Umzug, Todesfall);**

Haushaltstage;

Schwangerschafts- und Wochenurlaub,

Trennungsurlaub und Heimfahrtstage.

Nicht einbezogen ist der unbezahlte Urlaub

52. Ausfallzeiten

Die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bzw. arbeitsvertraglicher Vereinbarungen sowie durch betriebliche Störungen und durch Fehlzeiten ohne gesetzliche Grundlage dem Betrieb entstehenden Ausfallzeiten der Gesamtbeschäftigten oder der Produktionsarbeiter bzw. des Handelspersonals, des Verkaufspersonals usw.

53. Stillstands- und Wartesichten

Arbeitszeitausfälle infolge Stockung im Produktionsablauf, Unterbrechung des Produktionsprozesses oder Störungen des gesamten Betriebsgeschehens

a) Arbeitszeitausfälle der Produktionsarbeiter, die durch diese nicht direkt beeinflussbar sind oder auf der Betriebebene bei entsprechender Verbesserung der Arbeitsweise der Werkleitung, ihrer leitenden Organe und Mitarbeiter vermieden werden können;

z. B. Arbeitszeitverluste durch Fehlen von Werkzeugen, Warten auf Arbeitsanweisungen usw.

b) Arbeitszeitausfälle, die bei allen Beschäftigtengruppen (einschließlich der Produktionsarbeiter) auftreten und auf der Betriebebene nicht verhindert werden können;

z. B. Arbeitszeitverluste infolge Stromabschaltungen, Hochwasser, Brand, Zugverspätungen usw.

54. Kurzarbeit

Arbeitszeitbeschränkung durch Schutzbestimmungen für Jugendliche, auf Grund besonders schwerer bzw. gesundheitsschädlicher Arbeiten, für stillende Mütter sowie auf Grund arbeitsvertraglicher Vereinbarungen

55. Tatsächliche Dauer des Arbeitstages

Quotient aus den tatsächlich geleisteten Stunden einschließlich Überstunden und der Zahl der geleisteten Arbeitstage multipliziert mit der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl

A 6 Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen

Kulturwesen

1. Kulturwesen

Das Kulturwesen in der Deutschen Demokratischen Republik dient der Entwicklung einer fortschrittlichen deutschen Kultur, die eng mit dem Volke verbunden ist und dem Frieden und Fortschritt dient. Die Hauptaufgaben des Kulturwesens bestehen in der Hebung des Bildungsniveaus des gesamten Volkes, der Heranbildung einer neuen fortschrittlichen Intelligenz, der allseitigen Entwicklung der Wissenschaft und der Entfaltung eines realistischen Kunstschatzens, der Pflege des nationalen Kulturerbes und der fortschrittlichen internationalen Gegenwartskunst.

Zum Kulturwesen zählen einmal die Einrichtungen, die der Erziehung, Bildung sowie Unterhaltung und Entspannung der Bevölkerung dienen, und zum anderen die Tätigkeit, die in diesen Institutionen ausgeübt wird.

Bach- und Fachschulen

2. Universitäten, Hochschulen

Universitäten und Hochschulen sind Stätten für Lehre und Forschung, die der Heranbildung von Kader für verantwortliche Stellen in der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, den kulturellen Institutionen und Einrichtungen der Volksbildung (Ausbildung von Ober- und Mittelstufenlehrern) dienen.

Sie ermöglichen als Abschluß das Staatsexamen (Diplomprüfung). Als Universitäten werden hierbei entsprechend den Traditionen des deutschen Hochschulwesens die größten und ältesten Einrichtungen (mit mehreren Fakultäten) bezeichnet.

Einige Hochschulen führen aus Gründen der Tradition oder ihres speziellen Charakters die Bezeichnung „Akademie“, z. B. die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg, die Bergakademie Freiberg und die Medizinischen Akademien Erfurt, Dresden und Magdeburg. Diese Akademien haben im wesentlichen die gleichen Aufgaben wie die übrigen Hochschulen.

3. Hochschulen gleichgestellte Institute

Einrichtungen der Lehre und Forschung, die die gleichen Aufgaben haben wie die Hochschulen, jedoch infolge ihrer geringen Zahl von Fakultäten nicht als Hochschulen bezeichnet werden. Hierzu gehören auch Institute, die neben der eigentlichen Hochschultätigkeit Aufgaben der Spezialisierung und Weiterbildung von Werktäglichen mit Staatsexamen und in Ausnahmefällen von bereits in verantwortlichen Funktionen arbeitenden Werktäglichen ohne Staatsexamen haben.

4. Institute mit Hochschulcharakter

Einrichtungen, die in Ausbildungsform, Struktur und Arbeitsweise mehr den Hochschulen als den Fachschulen entsprechen. Sie ermöglichen jedoch im Gegensatz zu den Hochschulen und den ihnen gleichgestellten Instituten nicht den Abschluß durch Staatsexamen (Diplomprüfung). Die Abschlußprüfung weist die Qualifikation für bestimmte mittlere verantwortliche Stellen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft und vor allem der kulturellen Institutionen nach.

Die pädagogischen Institute des Ministeriums für Volksbildung, die ebenfalls hierzu gehören, bilden Mittelstufenlehrer aus. Der Abschluß erfolgt jedoch hier durch Staatsexamen.

5. Fachschulen

Ausbildungsstätten für mittlere Kader der Wirtschaft, Verwaltung und Volksbildung sowie für künstlerischen Nachwuchs. Ihre Aufgabe besteht in der Ausbildung qualifizierter Meister, Techniker, Ingenieure, Agronomen, Kulturschaffender sowie Unterstufenlehrer, Heimerzieher, Pionierleiter und Kindergartenlehrerinnen. Die gute Absolvierung des 3. Studienjahrs einer Fachschule, mit Ausnahme der medizinischen Fachschulen, berechtigt zum weiteren Studium der eingeschlagenen Fachrichtung an einer Universität oder Hochschule.

6. Einrichtungen der Fachschulen

a) Lektoriumssäle:

Räume mit mehr als 50 Plätzen

b) Klassenräume:

Räume mit 21 bis 50 Plätzen

c) Seminarräume:

Räume mit höchstens 20 Plätzen

- d) **Fachunterrichtsräume:**
Chemieräume, Physikräume, Maschinerräume, Zeichensäle, Demonstrationsräume usw.
- e) **Gemeinschaftsräume:**
Klubräume, Leseräume (ohne FDJ-Zimmer).

Volksbildung

7. Einrichtungen der Vorschulerziehung	<p>Hierzu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Kindergärten,b) Kindergärten mit angeschlossenem Wochenheim,c) Wochenheime. <p>In diesen Einrichtungen werden Kinder aufgenommen, die keine wesentlichen Erziehungs Schwierigkeiten bereiten. Bevorzugt finden Kinder berufstätiger Mütter, in Wochenheimen nur Kinder berufstätiger Mütter Aufnahme</p>
8. Kindergärten	Einrichtung der Vorschulerziehung für Kinder von 3 bis 6 Jahren.
9. Kindergarten mit angeschlossenem Wochenheim	Er besitzt außer Tagesplätzen auch Wochenheim- bzw. Übernachtungsplätze. Aufnahme finden im Kindertorteil Kinder von 3 bis 6 Jahren, im Wochenheimpflicht Kinder von 3 bis 14 Jahren.
10. Wochenheime	Erziehungsstätte für Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren mit Wohn- und Schlafplatz.
11. Erntekindergarten	Kurzfristige Einrichtung, die in Gemeinden ohne Dauerkindergarten während der Erntezeit Kinder von 3 bis 14 Jahren aufnimmt; in der Regel in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober.
12. Vorschulmutter	Kindergärtnerinnen, Erziehungshelferinnen und Erziehungshilfskräfte.
13. Kindergärtnerinnen	Pädagogische Fachkräfte, die das Fachschulzeugnis der staatlich geprüften Kindergärtnerin besitzen.
14. Erziehungshelferinnen	Pädagogische Fachkräfte, die eine Grundausbildung von mindestens sechs Monaten an einer pädagogischen Schule und die Prüfung als Erziehungshelferin nachweisen können. Die in den Jahren bis 1945 ausgebildeten Kinderpflegerinnen werden als Erziehungshelferinnen anerkannt.
15. Erziehungshilfskräfte	Kräfte ohne pädagogische Ausbildung.
16. Normalkinderheime	Heim für Kinder von 3 bis 14 Jahren, in dem anhanglose und milieugefährdete Kinder ohne wesentliche Erziehungs Schwierigkeiten sowie Kinder, deren Beaufsichtigung und Erziehung durch berufliche Tätigkeit, Weiterbildung, Krankheit und persönliche Gründe der Erziehungspflichtigen nicht gewährleistet sind. Aufnahme finden.
17. Spezialheime für Kinder	<ul style="list-style-type: none">a) Heim für erziehungs schwierige Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren,b) Heim für erziehungs schwierige, schwachsinnige, jedoch bildungsfähige Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren. <p>In diese Heime werden die Kinder eingewiesen, bei denen öffentliche Erziehung lt. Beschluss angeordnet oder vom Erziehungspflichtigen beantragt wurde</p>
18. Hilfsschulheime für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren	Heim für anhanglose, maßgefahrenzte Hilfsschulkinder ohne wesentliche Erziehungs Schwierigkeiten sowie Hilfsschüler, deren Beaufsichtigung und Erziehung durch berufliche Tätigkeit, Weiterbildung, Krankheit oder andere Gründe der Erziehungspflichtigen nicht gewährleistet ist. In diesen Heimen sind Schulen eingerichtet, in denen Hilfsschulunterricht erteilt wird
19. Durchgangsheim und Durchgangsstationen	In Durchgangsheimen und Durchgangsstationen finden aufgegriffene Kinder und Jugendliche kurzfristig zu Aufnahme (im Reseffalle 14 Tage) zur Verhutung der Gefährdung der eigenen Person sowie der Öffentlichkeit. Durchgangsstationen sind den Kinder- und Jugendheimen angeschlossen

20. Jugendwohnheim für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren	Heim für anhanglose, familiengelöste, milieugefährdete Jugendliche ohne erhebliche Erziehungsschwierigkeiten sowie für anhanglose Jugendliche, die aus Jugendwerkhöfen entlassen worden sind, soweit nicht die Möglichkeit besteht, sie in Lehrlingwohnheimen der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe unterzubringen.
21. Spezialheime für Jugendliche (Jugendwerkhöfe)	a) Heime für erziehungsschwierige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. In diese Heime werden Jugendliche eingewiesen, bei denen öffentliche Erziehung lt. Beschuß angeordnet oder vom Erziehungspflichtigen beantragt wurde. b) Heime für erziehungsschwierige, schwachsinnige, jedoch bildungsfähige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. In diese Heime werden erziehungsschwierige Hilfsschüler eingewiesen, bei denen öffentliche Erziehung lt. Beschuß angeordnet oder vom Erziehungspflichtigen beantragt wurde.
22. Kindererholungsheim	Heim, in dem Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren zur Erholung und Verbesserung ihres Gesundheitszustandes Aufenthalt finden. Die Dauer des Aufenthaltes richtet sich nach der ärztlichen Verordnung (im Regelfall etwa 6 Wochen).
23. Erzieherzögler	a) Voll ausgebildete Erzieher sind Kräfte, die nach den Richtlinien des Ministeriums für Volksbildung die Lehrerpflüfung abgelegt haben. b) Erzieherkräfte mit Grundausbildung sind Kräfte mit mindestens zweijähriger Ausbildung als Fürsorger, Jugendleiter oder Kindergartenleiter. c) Erzieher mit Kurzausbildung sind Kräfte, die mindestens eine dreimonatige Kurzausbildung nach den Bestimmungen des Ministeriums für Volksbildung mit Prüfung abgeschlossen haben. d) Erzieherkräfte ohne pädagogische Ausbildung.
24. Allgemeinbildende Schulen	Hierzu gehören die Grundschulen, Mittelschulen, Oberschulen und Sonder Schulen.
25. Grundschule	a) Vollausgebaste Grundschule: Allgemeinbildende Schule mit 8 aufsteigenden Klassen. b) Vollausgebaste Grundschule auf dem Lande Zentralschule, die geschlossene Jahrgänge aus anderen politischen Gemeinden aufnimmt. c) Einklassige Schule Der Unterricht erfolgt in einer Mehrstufeklasse 1 bis 8. Diese Schulen stellen in der Deutschen Demokratischen Republik nur nach Ausnahmen dar, die im Zuge der Entwicklung bestätigt werden.
26. Mittelschule	Die Mittelschule ist eine weiterführende allgemeinbildende Schule mit zwei aufsteigenden Klassen 9 und 10, die Grundschüler unmittelbar nach Erreichen des Ziels der 8. Klasse aufnimmt. Das Abschluß bildet die Prüfung der Mittleren Reife. Nach erfolgreich abgelegter Reifeprüfung der Mittleren Reife ist die Zulassung zu Fachschulen möglich.
27. Oberschule	Weiterführende allgemeinbildende Schule mit 4 aufsteigenden Klassen (9. bis 12. Klasse), in die Grundschüler unmittelbar nach Erreichung des Ziels der 8. Klasse übernommen werden können. Das Abschluß bildet die Reifeprüfung. Nach erfolgreich abgelegter Reifeprüfung ist die Zulassung zur Hochschule möglich.
28. Sonder Schulen	a) Sonder Schulen für blinde Kinder und Jugendliche, b) Sonder Schulen für gehörlose Kinder und Jugendliche, c) Sonder Schulen für taubstummenblinde Kinder und Jugendliche, d) Sonder Schulen für sehschwache Kinder und Jugendliche, e) Sonder Schulen für schwerhörige Kinder und Jugendliche, f) Sonder Schulen für sprachgestörte Kinder und Jugendliche, g) Sonder Schuleinrichtungen für Kinder und Jugendliche in Krankenanstalten und Heilstätten, h) Sonder Schulen für körperbehinderte Kinder und Jugendliche, i) Sonder Schulen für schwachsinnige, jedoch bildungsfähige Kinder und Jugendliche.

29. Heimschule	Grund- bzw. Sonderschule, die dem entsprechenden Heim unmittelbar angeschlossen ist.
30. Kindersportschule	Grundschule mit qualitativ und quantitativ verstärktem Unterricht im Fach Körpererziehung in den Klassen 5 bis 8.
31. Abendberufsschule	Schulische Einrichtung, in der Werktätige neben ihrer beruflichen Tätigkeit zum Abschluß der Oberschule geführt werden.
32. Hauptamtliche Lehrer	Hauptamtliche Lehrer sind solche, die ihre Planstelle in Höhe der festgesetzten Pflichtstundenzahl oder mit mindestens 13 Unterrichtsstunden ausfüllen.
33. Nebenberufliche Lehrer	Nebenberufliche Lehrer sind solche, die nicht hauptamtlich eingestellt sind und einen Hauptberuf bei irgendeiner anderen Dienststelle ausüben (z. B. Volkshochschuldozenten; Musiker, die ein paar Stunden Musikunterricht geben; Maler und Graphiker, die stundenweise Zeichenunterricht erteilen usw.). Bei solchen nebenberuflichen Lehrern richten sich die wesentlichen sozialen und kulturellen Ansprüche nach dem Hauptberuf (z. B. bei Erteilung des Erholungsurlaubs).
34. Nebenamtliche Lehrer	Nebenamtliche Lehrer sind solche, die ebenfalls nicht hauptamtlich mit der erforderlichen Stundenzahl tätig sind, im übrigen aber sonst keinen Beruf ausüben.
35. Pionierleiter	Alle verantwortlichen Leiter der Pionierfreundschaften. Man unterscheidet Freundschaftspionierleiter und Gruppenpionierleiter. Erstere sind verantwortliche Leiter der Pionierfreundschaften an Schulen. Sie müssen über die nötigen pädagogischen und organisatorischen Fähigkeiten zur Leitung der Massenorganisation der Kinder verfügen. Ihre Qualifikation ist in der Ausbildung der Unterstufenlehrer bzw. im Sonderstudium für Pionierleiter zu erwerben. Die Funktion der Gruppenpionierleiter wird ehrenamtlich ausgeübt und verlangt keine gesonderte Ausbildung.
36. Schulklasse	Gemeinschaft von Schülern, die in der Regel zur gleichen Zeit vom gleichen Lehrer und nach dem gleichen Stundenplan unterrichtet wird.
37. Mehrstufigeklasse	Gemeinschaft von Schülern mindestens zweier Stufen. Dabei sind die verschiedensten Kombinationen möglich; z. B. Stufe 1 und 2 oder 3, 4, 5 oder 5 bis 8 und dergleichen. (Siehe auch „Grundschulen“ A 6 Nr. 25c.)
38. Klassenzimmer	Unterrichtsräume, in denen die Schüler unterrichtet werden, ohne daß diese Räume für ein Spezialfach besonders eingerichtet sind.
39. Fachunterrichtsräume	Unterrichtsräume, die vorwiegend dem Fachunterricht dienen und hierfür besonders eingerichtet sind (Fachunterrichtsräume für Physik, Zeichnen, Musik usw.).
40. Kinderhort	Einrichtung zur Betreuung grundschulpflichtiger Kinder werktätiger Eltern während der schulfreien Zeit am Tage (sinnvolle Freizeitgestaltung und saubere Anfertigung der Schulaufgaben)
Kunst und kulturelle Massenarbeit	
41. Theaterhaus	Ein den darstellenden Kunsten dienender Zweckbau oder ein umgebauter Saal mit Bühne und Zuschauerraum
42. Politisch geschmückte Sitzplätze	Plätze, die laut Sitzplatzordnung durch VP (F) bestätigt sind. Zu ihnen zählen auch diejenigen Plätze, die infolge schlechter Sicht selten oder überhaupt nicht verkauft werden.
43. Freilichtbühnen	Stätten für ständige Freilichtveranstaltungen, die eigens dafür errichtet sind
44. Ensemble	Kunstverein, Theater oder Schule für das kulturelle Leben

45. Solisten	Künstler ohne künstlerische Vorstände und ohne künstlerisches Hilfspersonal.
46. Künstlerische Vorstände	Intendanten, Dramaturgen, Oberspielleiter, Spielleiter, Generalmusikdirektoren, Chordirektoren, Ballettmeister, Ausstattungsleiter, Bühnenbildner, Kostümbildner, Leiter des künstlerischen Betriebsbüros, Leiter der Anrechtsabteilung (nicht Assistenten).
47. Künstlerisches Hilfspersonal	Assistenten (auch Regie- und Produktionsassistenten), Bibliothekare, Chorassistenten, Inspezierten, Komparasieinspektoren, Maskenbildner, Mitarbeiter der Anrechtsabteilungen, Mitarbeiter des künstlerischen Personals, soweit sie vorwiegend für die künstlerisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter tätig sind. Orchesterinspektoren, Repetiteure, Sekretärinnen und Schreibkräfte, soweit sie überwiegend für die künstlerisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter tätig sind, sowie Souffleuses.
48. Theaterchor	Kollektiv von Chorsängerinnen und -sängern an Theatern mit musikalischem Ensemble, ohne ständige Aushilfen und ohne künstlerische Vorstände und künstlerisches Hilfspersonal.
49. Theaterballett	Kollektiv von Tänzerinnen und Tänzern an Theatern mit musikalischem Ensemble einschließlich Tanzsolisten, ohne künstlerische Vorstände.
50. Kulturerchester	Staatliches Orchester, dessen Mitglieder aus Mitteln des Staates nach dem Lohn- und Gehaltsabkommen für Theater- und Kulturerchester bezahlt werden.
51. Gemeinschaftsorchester	Freiwillige Gemeinschaft von Berufsmusikern, die keine staatlichen Zuwendungen erhält.
52. Berufschor	Chor mit hohen künstlerischen Leistungen, der aus staatlichen Mitteln bezahlt wird (ohne Theaterchor).
53. Staatliches Gesangs- und Tanzensemble	Ein ständig gemeinsam arbeitendes Kollektiv. Das schließt nicht aus, daß einzelne Gruppen des Ensembles gelegentlich selbstständig auftreten. Das Programm eines Staatlichen Gesangs- und Tanzensembles soll alle Gebiete der Volkskunst, mit Ausnahme des Dramatischen Zirkels sowie der Zirkel für bildende und angewandte Kunst, umfassen. Das Staatliche Gesangs- und Tanzensemble muß von der Fachabteilung des zuständigen Kreises anerkannt sein.
54. Örtliche (nicht betriebliche) Ensembles	Gruppen, die weder einem Betrieb noch einer LPG angeschlossen sind, z. B. Gruppen der Kulturkommission, eines kommunalen Kulturhauses, eines Volkskunstkabinetts usw.
55. Volkskunstensemble	Freiwillige Gemeinschaft von Laienkünstlern, die eine Chor-, Tanz- und Musikgruppe umfaßt und von der Fachabteilung des zuständigen Kreises anerkannt sein muß.
56. Volkskunstgruppe	Freiwillige Gemeinschaft von Laienkünstlern für eine bestimmte Kunstgattung, z. B. Musik, Chor, Tanz, Schauspiel usw.
57. Extradenveranstaltung	Kulturveranstaltung volkstümlichen Charakters in Nummereraufgabe mit Darbietungen von Berufs- und Laienkünstlern auf den Gebieten der Musik, des Tanzes, des Chorgesanges, der darstellenden Kunst, der Kabarettistik und der Ästhetik.
58. Volksschule	Staatliche Schule, die den Schülern gründliche instrumentale, vokale und musiktheoretische Kenntnisse vermittelt. Sie ist für Jugendliche bzw. Kinder ab 3. Grundschuljahr zugänglich.
59. Lehrerarbeit an der Volksschule	Entspricht 20 Wochenstunden zu je 45 Minuten, die entweder von einer hauptberuflichen Lehrkraft mit 20 Wochenstunden oder von einer beliebigen Anzahl nebenberuflicher Lehrkräfte mit zusammen 20 Wochenstunden gegeben werden können.
60. Kulturhaus	Gebäude, das mindestens einen Saal mit Bühne, Zirkusküche, Musik- und Spielzimmer und Bibliothek mit Leseraum besitzen muß.

61. Kulturbau	Gebäude, das keinen Saal mit Bühne, sonst aber die gleichen Merkmale wie das Kulturhaus besitzt.
62. Kulturraum	Saal mit Bühne, der eigens für kulturelle Zwecke errichtet oder eingerichtet wurde.
63. Clubraum	Kulturraum ohne Bühne
64. Kunstsammlung	ständige Einrichtung, die ausschließlich Werke der bildenden Kunst, Plastik, Malerei, Grafik sowie Kunsthandwerk enthält, soweit der kunsthändlerische Inhalt nicht überwiegt.
65. Kunstausstellung	Ausstellung, die ausschließlich Gegenstände der bildenden Kunst — Malerei (auch Reproduktionen), Grafik und Plastik sowie kunsthändlerische Gegenstände — zeigt.
66. Wanderausstellung	Ausstellung, die an verschiedenen Orten in der gleichen Zusammenstellung gezeigt wird
67. Nationale Kulturstätte	Gedenkstätte und Ehrenmal (ohne Schausammlungen) der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie der deutschen Geschichte (z. B. Freiheitskriege, antifaschistische Widerstandsbewegung usw.) ferner Stätte der Erinnerung an hervorragende Persönlichkeiten.
68. Heimatmuseum	Einrichtung, in der insbesondere Gegenstände gesammelt werden, die über die Entwicklung und Eigenart der Heimat Aufschluß geben. (Über die Aufgaben im einzelnen: GBl. II Nr. 41/1955) Die Heimatmuseen sind Einrichtungen der örtlichen Staatsorgane (Räte der Kreise oder Gemeinden).
69. Heimatstube	Einrichtung in ländlichen Gemeinden, in der Gegenstände gesammelt werden, die über die Entwicklung der Gemeinde Aufschluß geben. Sie ist einem größeren Heimatmuseum angegliedert.
70. Memorialmuseum	Einrichtung mit der Aufgabe, die Erinnerung an berühmte Persönlichkeiten, die in diesem Gebiete gelebt haben, in ihrer nationalen und internationalen Bedeutung zu pflegen
71. Technisches Denkmal mit Schausammlung	Zeigt die historischen Produktionsinstrumente und ihre Rolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte einer bestimmten Epoche
72. Werkzeugmuseum	Museum, in dem verschiedenartige Produkte und Produktionsgänge eines bestimmten Produktionszweiges in ihrer historischen Entwicklung bis zur Gegenwart gezeigt werden.
73. Zoologischer Garten	Einrichtung, in der einheimische und exotische Tiere in Freigehegen, Warmhäusern und in ihrer natürlichen Umgebung gezeigt werden
74. Tiergarten	Einrichtung, in der lebende einheimische Tiere gezeigt werden
75. Aquarium und Terrarium	Einrichtungen, in denen einheimische und exotische Fische und Reptilien gezeigt werden
76. Botanischer Garten	Einrichtung, in der einheimische und fremde Pflanzen gezüchtet und zu Anschauungszwecken gezeigt werden (kein Schulgarten)
77. Filmtheater	Lichtspieltheater, in dem standig Filme jeglicher Art gegen Entrichtung von Eintrittsgeld zu den genehmigten Sätzen vorgeführt werden. Ein Lichtspieltheater ist ein eigens für die Zwecke der Filmvorführung eingehalteter Bau.
78. Tagokino	Lichtspieltheater, das mit seinem Programm vor 12 Uhr beginnt
79. Zeitkino	Lichtspieltheater, das den Besuchern jederzeit Eintritt gewährt und in dessen Programmen vorwiegend Kurzfilme zur Aufführung gelangen

80. Transportable Filmanlagen
In der Regel zwei Kinowiedergabeapparate, die man in entsprechenden Räumen zur Vorführung von Tonfilmen kurzfristig aufstellen kann mit einem Lautsprecher und einer transportablen Leinwand.

81. Betriebsfilmanlagen
a) Stationäre Betriebsfilmanlagen:
Baupolizeilichen Bestimmungen entsprechende Vorführräume in Kultur- und Clubhäusern, Kulturräumen und selbständigen Betriebsfilmtheatern. Eine Filmanlage besitzt in der Regel zwei in den Vorführräumen feststehende Kinowiedergabeapparate.
b) Transportable Betriebsfilmanlagen:
Kurzfristig in Kultur- und Clubhäusern, sowie Kulturräumen aufstellbare Kinowiedergabeapparate mit Lautsprecher und transportabler Leinwand.

82. Volkshochschule
Einrichtung, die durch Lehrgänge das allgemeine Bildungsangebot der Werktätigen hebt und ihnen Kenntnisse auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik, Kunst und Literatur in allgemeinverständlicher Weise vermittelt.

83. Normallehrgang der Volkshochschule
Erstreckt sich über 15 Wochen und umfaßt wöchentlich eine Doppelstunde.

84. Hauptbibliothek
Eine Bibliothek, die Einzelleinrichtung im Ort ist und hauptberuflich geleitet wird. Besteht ein Bibliotheksnetz im Ort, so gilt diejenige Bibliothek als Hauptbibliothek, in der die Leitung des Netzes ihren Sitz hat.

85. Zweigbibliothek
Alle außer der Hauptbibliothek in einer Stadt bzw. Gemeinde vorhandenen allgemeinen öffentlichen Bibliotheken sind Zweigbibliotheken.

86. Nebenberuflich geleitete Bibliothek
Alle allgemeinen öffentlichen Bibliotheken (auch 'Ortsbibliotheken'), die von nebenberuflich oder nur halbtags tätigen Kräften geleitet werden und die nicht in einem hauptberuflich geleiteten Bibliotheksnetz einer Stadt bzw. Gemeinde liegen.

87. Spezialbibliothek
a) Kinderbibliothek:
räumlich, wirtschaftlich und personell selbständige Bibliothek mit angeschlossenem Kinderleseraum. Sie enthält einen Buchbestand von mindestens 1000 Bänden für Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren.
b) Musikbibliothek:
selbständige, allgemein-öffentliche Bibliothek, die in der Hauptsache Notenbestände, Partituren sowie alle einschlägigen Werke der Musikliteratur besitzt.

88. Betriebsbibliothek
Wird von einem Bibliothekar geleitet; sie muß mindestens 300 Bände umfassen und einen eigenen Ausgaberaum besitzen. Betriebs-, Jugend- und Kinderbibliotheken, die diesen Begriffsbestimmungen entsprechen, gelten als selbständige Bibliotheken.

89. Lesesaal
Hat mindestens 25 Arbeitsplätze (je Platz 2,5 qm), eine Handbibliothek sowie Zeitschriften.

90. Lesoräum
Hat weniger als 25 Arbeitsplätze, eine Handbibliothek sowie Zeitschriften.

91. Zentrale Schule für kulturelle Aufklärung
Schule zur Aus- und Weiterbildung von Bibliothekaren, Mitarbeitern an allgemeinbildenden Bibliotheken, von Club- und Kulturhausleitern sowie Direktoren und Dozenten der Volkshochschulen.

Jugend

92. Bezirkshaus
Bezirkshäuser sind Jugendeinrichtungen mit mindestens 10 Zimmern und einem Saal für die kulturpolitische Arbeit der Jugend. Es muß die Möglichkeit zur Arbeit von Interessengemeinschaften vorhanden sein. Das Bezirkshaus muß durch seine Arbeit beispielgebend und anleitend für die Kulturarbeit der Jugend im Bezirksmaßstab wirken.

90. Kreisklubhäuser	Kreisklubhäuser sind Jugendeinrichtungen mit Räumen und einem Saal für die kultur-politische Arbeit der Jugend. Es muß die Möglichkeit zur Arbeit von Interessengemeinschaften vorhanden sein. Das Kreisklubhaus muß anleitend für die kultur-politische Tätigkeit der Jugend sowohl für die eigenen Jugendeinrichtungen, als auch für die anderen Möglichkeiten, die von der Jugend mit benutzt werden, wirken.	
91. Jugendheime	Räumlichkeiten mit mindestens vier zusammenhängenden Zimmern, die der politischen und kulturellen Jugendarbeit dienen. Darunter fallen nicht Verwaltungsräume der FDJ.	
92. Jugendhäuser	Räume, die ständig für die Durchführung der örtlichen und betrieblichen Jugendarbeit zur Verfügung stehen (Heimabende, Zirkelstudium, Versammlungen usw.). Darunter fallen nicht Geschäftsräume der FDJ-Leitungen.	
93. Jugendclubs	Gebäude zur Schulung von Mitgliedern und Funktionären der Jugendbewegung, in dem die Schüler und Lehrer internatmäßig untergebracht sind, und das die für den Unterricht notwendigen Lektions-, Seminar-, Aufenthalts- und Klubräume sowie Sportanlagen besitzt.	
94. Jugendherberge	Gebäude für Übernachtungszwecke von Jugendgruppen und Einzelwanderern mit einem ständigen Herbergeleiter. Es müssen sanitäre Anlagen, Aufenthalträume und Einrichtungen für die kulturelle Arbeit vorhanden sein. Zu Jugendherbergen werden auch Gebirgs- und Skihütten gezählt, wenn sie obengenannten Bedingungen entsprechen.	
95. Ständige Wanderquartiere	Provisorisch eingerichtete Räume, die ständig zur Übernachtung für Jugendgruppen und Schulklassen zur Verfügung stehen. Ausgenommen sind Wanderquartiere, die nur während der Zeit der Sommerferien gestaltet eingerichtet werden.	
96. Betriebsklub-Peripherie	Einrichtung für den Ferienaufenthalt der Kinder, die aus Mitteln des Betriebes, der Gewerkschaften und durch freiwillige Leistungen der Werktätigen aufgebaut und finanziert wird.	
97. Pionierseitlager	Pionierseitlager ist eine Einrichtung für den Ferienaufenthalt der Kinder, die aus Mitteln des Staatshaushaltplanes und aus den Mitteln der zentralen volkseigenen Betriebe finanziert wird. Über den Ferienaufenthalt der Kinder hinaus stehen die Pionierseitlager für andere Zwecke, wie für Übernachtungszwecke für Wandergruppen, für die Durchführung von Schulungen usw. zur Verfügung.	
Körperkultur und Sport		
100. Sportstätten	Sportanlage mit Leichtathletikanlagen, Umkleideräumen, Waschanlagen und einem Fassungsvermögen von mindestens 10 000 Zuschauern.	
101. Sportplätze	Sportanlage mit Rasen- oder Hartplatz und 400 m Aschenbahn. Größe max. 70 X 165 m, min. 30 X 90 m mit Leichtathletikanlagen, wobei nicht unbedingt Umkleideräume vorhanden sein müssen.	
102. Turn-, Spiel- und Übungssäle	Einrichtung für vielseitigen sportlichen Spiel- und Übungsbetrieb; darunter fallen auch Gymnastikplätze und Faustballplätze. Die Plätze müssen ständig und ausschließlich diesen Zwecken dienen.	
103. Volleyball- und Basketballplätze	Planierte Hartplatz mit den Maßen 9 X 18 m für Volleyball und 14 X 26 m für Basketball.	
104. Radrennbahn	Rundbahn mit dem Mindestmaß von 333 $\frac{1}{3}$ m.	
105. Kegelbahnen	Asphaltbahnen Bohlenbahnen Scherenbahnen Internationale Bahnen	Länge 19,50 m, Breite 1,50 m Länge 25,00 m, Breite 1,50 m Länge 18,00 m, Breite 0,35 m am Anfang 1,50 m am Ende Länge 18,00 m, Breite 0,35 m am Anfang 1,10 m am Ende.
107. Schwimmstadien	Offene Anlage mit Schwimmbecken, Sprungturm, Duscheinrichtungen, Umkleidekabinen und Tribünen für mindestens 1000 Zuschauer.	

105. Schwimmkampfanlage	Anlage in Frei- bzw. Strandbädern mit Schwimmkampfbahnen, Sprungturm und Umkleidekabinen.
106. Hallenschwimmbad	Geschlossene Anlage mit Schwimmbecken, Sprungturm, Duscheinrichtungen und Umkleidekabinen.
110. Bootshaus	Gebäude oder Baracke mit Aufenthalts- und Kabinräumen für Wassersportler, sowie mit Unterstellräumen für Boote und andere Wassersportgeräte.
111. Bootsschuppen	Unterstellmöglichkeit für Boote und andere Wassersportgeräte.
112. Sprungschanze	Natürliche oder künstliche Schanze für das Skispringen mit kritischen Weiten von mindestens 30 m.
113. Rodelbahn	Für den Rodelsport hergerichtete Anlage, auf der Rodelmeisterschaften ausgetragen werden können. Mindestlänge 1200 m, 6 bis 8 Prozent Gefälle.
114. Sporthalle	Gebäude zur Schulung von Mitgliedern und Funktionären der demokratischen Sportorganisationen, in denen die Schüler und Lehrer internationale Maßstäbe untergebracht sind, und die die für den Unterricht notwendigen Lektionse-, Aufenthalts-, Kabinette- und Kabinräume sowie Sportanlagen besitzen.
115. Sporthalle	Gebäude, die nur den demokratischen Sportorganisationen zur Durchführung von Versammlungen, theoretischen Unterricht, geselligen Veranstaltungen (durch kein Training) zur Verfügung stehen. Diese nicht Gebäude, die Verwaltungsräumen dienen.

Gesundheitswesen

116. Gesundheitswesen	In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Sorge um den Menschen oberstes Gebot. Dem Gesundheitswesen obliegt die Sorge für die Gesundheit der Bevölkerung. Sein Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene, des vorbeugenden Gesundheitsschutzes sowie der Heilbehandlung aller Kranken bis zur vollen Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens sind staatlich. Daneben gibt es noch nichtstaatliche Einrichtungen. Zum Gesundheitswesen gehört außerdem das Deutsche Rote Kreuz (DRK), dem der Krankentransport und die Erste Hilfe (Wasser- und Bergrettungsdienst) obliegt.
117. Krankenhaus	Medizinische Einrichtung, die der ärztlichen stationären Beobachtung bzw. Behandlung von Kranken dient. Beobachtungs- und Reha-Klinikenstationen in poliklinischen Einrichtungen werden nicht als Krankenhäuser gerechnet.
118. Heil- und Pflegeanstalt	Einrichtung, in der pflegebedürftige Kranken je nach ihrem Erkrankungsgrad zeitweilig oder dauernd Aufnahme und Behandlung finden.
119. Sanatorium	Geschlossene fachärztlich geleitete Einrichtung zur ärztlichen Behandlung und zweckentsprechenden Pflege von Kranken, die nicht oder nicht mehr das Aufenthalts in Krankenhäusern benötigen.
120. Gemeinschaftseinrichtung	Einrichtung, die turnusmäßig mit Gemeinden besiedelt wird, die lediglich einer ärztlichen Überwachung bedürfen.
121. Poliklinik	Die zweckmäßigste Form der ambulanten Behandlungseinheiten. Sie ist im allgemeinen eine Abteilung des Krankenhauses. Um als Poliklinik erkannt zu werden, müssen fünf Fachabteilungen vorhanden sein, und zwar: <ul style="list-style-type: none">• eine innere Abteilung,• eine chirurgische Abteilung,• eine gynäkologische Abteilung,• eine Abteilung für Zahnheilkunde und• eine beliebige sonstige Abteilung. Es müssen solche räumlichen Voraussetzungen geschaffen sein, die eine gleichzeitige Sprechstundentätigkeit dieser Fachabteilungen ermöglichen.

Annex

Voraussetzung ist weiterhin das Vorhandensein eines klinisch-diagnostischen Laboratoriums, einer Röntgeneinrichtung, einer elektrophysikalischen Abteilung.

123. Kinderpoliklinik

Einrichtung, in der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr fachärztlich ambulant behandelt werden. Neben der inneren Abteilung sind Spezialabteilungen für Kinderchirurgie, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten und den örtlichen Verhältnissen entsprechend, andere Spezialabteilungen für Kinder, wie z. B. Bilder, elektrophysikalische Therapie, Orthopädie, Augen- und Zahnheilkunde vorhanden.

Räumlich getrennt ist eine Beratungsstelle für Säuglinge und Kleinkinder angeschlossen.

124. Polikliniken in organisatorischer Vereinigung (PV)

Eine organisatorisch und verwaltungsmäßig an ein Krankenhaus angeschlossene Poliklinik. Die räumliche Verbindung ist nicht Voraussetzung, aber erwünscht.

125. Selbständige Poliklinik (PS)

Eine organisatorisch und verwaltungsmäßig nicht an ein Krankenhaus angeschlossene Poliklinik.

126. Ambulatorium bei Krankenhäusern (AK)

Ambulante Behandlungsstelle, die als Allgemein- oder Fachabteilung an das Krankenhaus organisatorisch und verwaltungsmäßig angeschlossen ist. Sie unterscheidet sich von einer angeschlossenen Poliklinik dadurch, daß sie den Mindestforderungen für Polikliniken nicht entspricht.

127. Selbständiges Ambulatorium (AS)

Behandlungsstelle, die organisatorisch und verwaltungsmäßig nicht an ein Krankenhaus angeschlossen ist und den Mindestforderungen einer selbständigen Poliklinik nicht entspricht.

127. Landambulatorium (LA)

Poliklinische Behandlungsstelle, vorwiegend für die ambulante Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande.

Mindestforderung:

Vorhandensein von zwei ärztlichen Arbeitsplätzen und einem zahnärztlichen Arbeitsplatz.

Diese Arbeitsplätze müssen sich in der Einrichtung befinden und dürfen nicht in Außenstellen untergebracht sein. Die räumlichen Bedingungen müssen es gestatten, daß diese Ärzte gleichzeitig Sprechstunden abhalten können.

128. Auskunftsstelle von poliklinischen Einrichtungen

Organisatorisch einer ambulanten Behandlungsstelle angeschlossene, jedoch räumlich getrennte Einrichtung.

129. Ambulatorium für Blas- und Geschlechtskrankheiten – selbständiges

Staatliche Sonderbehandlungsstelle, der die vorbeugende, behandelnde und fürsorgerische Arbeit zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten obliegt.

130. Gemeindebeschwerdestation

Eine der Abteilung Gesundheitswesen beim Rat des Kreises unterstehende Station der vom Kreis bzw. der Gemeinde angestellten Gemeindebeschwerde. Sie soll in räumlicher Verbindung zur Wohnung der Gemeindebeschwerde stehen und mindestens zwei Diensträume enthalten, die aus staatlichen Mitteln unterhalten werden.

131. Beratungsstelle für Geschwulstkrebs

Einrichtung, in der in enger organisatorischer Verbindung mit stationären und ambulanten Behandlungseinrichtungen vorbeugende Untersuchungen bei gesunden Personen durchgeführt werden und die Diagnose bei Verdachtsfällen geklärt wird. Hier werden die untersuchten Personen beraten und einer geeigneten Behandlung zugeführt.

132. Betreuungs- (Mutter-) Stellen für Geschwulstkrebs

Einrichtung des staatlichen Gesundheitswesens, der die fürsorgerische Tätigkeit zur Behandlung der Geschwulstkranken und die Lenkung vorbeugender Untersuchungen gesunder und geschwulstverdächtiger Personen obliegt. Außerdem ist es ihre Aufgabe, die auf Grund der Verordnung über die Meldung von Geschwulsterkrankungen vom 24. Juli 1962 eingehenden Meldungen zu sammeln und zu bearbeiten.

133. Tbc-Beratungshaupt- bzw. Tbc-Beratungsnebenstellen

Sonderberatungsstelle für Tbc-Kranke, der die fürsorgerische, die vorbeugende und behandelnde Tätigkeit obliegt.
In jedem Kreis gibt es nur eine Tbc-Beratungshauptstelle, in der die zusammenfassende Berichterstattung aller Tbc-Beratungsnebenstellen des Kreises aufgestellt wird.

124. Tagesliegestütze für Tbc-Kranke	Halbstationäre Einrichtung des Gesundheitswesens, die der Tbc-Beratungsstelle untersteht. Die Kranken übernachten in eigener Wohnung und kommen nur am Tage zu den angeordneten Liegezeiten zur Tagesliegestätte. Dort befinden sich auch Tuberkulose-Rekonvaleszenten, die eine stationäre Behandlung nicht mehr, jedoch noch einer gästiglichen Liegezeit bedürfen. Ferner befinden sich dort solche Kranke, die in Halbtagsbeschäftigung wieder einem Beruf nachgehen und bei denen eine ärztlich angeordnete Liegezeit durchgeführt wird.
125. Rettungsstelle	Einrichtung des staatlichen Gesundheitswesens, die Tag und Nacht ärztlich besetzt ist. Der Arzt muß jederzeit, auch außerhalb der Einrichtung, Hilfe leisten.
126. Unfallhilfsstelle	Einrichtung, die ständig mit mittlerem medizinischem bzw. Rettungspersonal besetzt ist. Der Arzt muß jederzeit erreichbar sein.
127. Unfallhilfestelle	Einrichtung, die Unfallmedizinen an Rettungsstellen und Krankenhäuser weitergibt. Sie hat keine ständige Beauftragung mit Rettungspersonal und ist nur mit Material für eine Erste-Hilfe-Leistung durch Laiengesetzte ausgerüstet.
128. Schwangerschaftsheim	Heim, in dem schwangere Frauen mit schwacher Gesundheit für die Dauer von vier Wochen Erholung finden. Erholung erfolgt bis zum 7. Schwangerschaftsmonat.
129. Mütter- und Säuglingsheime	Arztlich überwachtes Heim, das der Aufnahme von schwangeren Frauen einige Wochen vor der Geburt dient, und in dem die Mütter bis sechs Wochen nach der Entbindung verbleiben müssen. Der Aufenthalt der Säuglinge in dem Heim kann mehr als sechs Wochen betragen. Es gibt derartige Heime mit Zulassungsmöglichkeiten und ohne Zulassungsmöglichkeiten.
130. Frühgeburtseinrichtungen	Einrichtung eines Krankenhauses mit mindestens fünf und mehr Betten für frischgeborene Kinder.
141. Kindergarten (Tages- und Wochenbetreuung)	Einrichtung für Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr, die während die pädagogische und erzieherische Betreuung der Kinder von arbeitstätiger Mütter während der Arbeitzeit sowie die Betreuung von Kindern, die aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen Elternuntersicht nicht in der Familie während bestimmter Tageszeiten untergebracht sind.
142. Brutto- und Schwesternklippe	Einrichtung in landlichen Gebieten zur Aufnahme von überzeugten Kleinkindern bis zum 2. Lebensjahr von weiblichen Hausarbeiterinnen und beruhenden Frauen in der Landwirtschaft oder entsprechenden Gewerbeberufen. Die Klippe ist untersteht der Förderung der Landwirtschaft oder der handelswirtschaftlichen Betriebe von der Frühjahrserntezeit bis zum Abschluß der Erntearbeiten und Beendigung der Gewerbeberufe in Betrieb.
143. Dienstheim für Säuglinge und Kleinkinder	Arztlich überwachte Einrichtung, in der gesunde Mütter und Kleinkinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahr ständig untergebracht werden.
144. Frauennähr-Gesundheitsstelle	Arztlich kontrollierte Einrichtung, die diese durch Übersiedlung stehender Frauen einschreibt und auf ärztliche Versorgung und Ernährung oder Heilung von Krankheiten seines kleinen Kindes von diesen Müttern nicht oder nicht ausreichend gewahrt werden. Soviel Gemeinschaftsunterstützung Frauennähr für die den Kindern darf zusammen, und sie nicht als Frauennährer betrieben werden.
145. Kindertafel	Arztlich überwachte staatliche Einrichtung zur Ernährung und Versorgung. Sie gibt auf ärztliche Versorgung durch einen Arzt oder einen Arztes Ernährung für Kleinkinder im Kleinkind- und Kindesalter. In diesen Einrichtungen wird für den Kleinkindern bereitet wird, fallen nicht hinzu.
146. Kindertageseinrichtungen	Einrichtung, in der Säuglinge und Kleinkinder bis zum 3. Lebensjahr gezielt frühzeitig erzieht und ihre gesundheitliche Entwicklung fördert.

147. Schwangerschaftsberatungsstelle	Einrichtung, in der ärztlich der Verlauf der Schwangerschaft überwacht und für eine Entbindung unter günstigen Voraussetzungen gesorgt wird.																						
148. Beratungsstelle für das Jugendgesundheitswesen	Einrichtung, in der die gesundheitliche Entwicklung aller 3- bis 18-jährigen Jugendlichen in Verbindung mit dem Jugendarzt, der Fürsorgerin und der Schule überwacht wird.																						
149. Körperbehindertenberatungsstelle	Einrichtung, deren Aufgabe es ist, Körperbehinderte und von Körperbehinderung Bedrohte gesundheitlich und sozial zu beraten.																						
150. Berufsshygiene-Institut	Einrichtung, die als Organ der Hygieneinspektion operativ in Orts hygiene und Seuchenbekämpfung tätig ist. Es bestehen drei Abteilungen für Hygiene und Epidemiologie, Bakteriologie und Serologie, sowie Lebensmittelchemie und Chemie mit den entsprechenden Laboratorien.																						
151. Hygienekontrollpunkt	Organ der Hygieneinspektion des Kreises, das bei der Seuchenbekämpfung, bei der Überwachung der Orts hygiene, der Lebensmittelhygiene und Schädlingsbekämpfung mitwirkt.																						
152. Betriebsgesundheitswesen	Medizinische Einrichtungen, die auf Grund der gesetzlichen Vorschriften und unter Anleitung des Staatlichen Gesundheitswesens von den Betrieben geschaffen werden. Von hier aus wird in erster Linie der Gesundheitsschutz der Werktätigen des Betriebes und gegebenenfalls darüber hinaus die medizinische Versorgung weiterer Bevölkerungskreise durchgeführt.																						
153. Betriebspoliklinik	<p>Die zu einem Betrieb gehörende medizinische Einrichtung, der die arbeitsmedizinische und gesundheitsfürsorgerische Betreuung des Betriebes sowie therapeutische Tätigkeit obliegt. Es gibt folgende zwei Typen:</p> <p>a) Betriebspoliklinik, Typ 1 für Betriebe der Gruppe A mit 4000 bis 6000 Beschäftigten. Als Fachabteilungen müssen vorhanden sein:</p> <table><tr><td>Innere Abteilung</td><td>Röntgenabteilung</td></tr><tr><td>Chirurgische Abteilung</td><td>Medizinisches Laboratorium</td></tr><tr><td>Gynäkologische Abteilung</td><td>Elektro- und Hydrotherapie</td></tr><tr><td>Zahnärztliche Abteilung</td><td></td></tr></table> <p>b) Betriebspoliklinik, Typ 2 für Betriebe der Gruppe A mit über 6000 Beschäftigten. Es sind folgende Fachabteilungen erforderlich:</p> <table><tr><td>Innere Abteilung</td><td>Chefarzt</td></tr><tr><td>Chirurgische Abteilung</td><td>Röntgendiagnostik</td></tr><tr><td>Gynäkologische Abteilung</td><td>Medizinisches Laboratorium</td></tr><tr><td>Dermatologische Abteilung</td><td>Elektrotherapie</td></tr><tr><td>Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung</td><td>Hydrotherapie</td></tr><tr><td>Augenärztliche Abteilung</td><td>Zweigapotheke</td></tr><tr><td>Zahnärztliche Abteilung</td><td></td></tr></table> <p>Betriebe der Gruppe A sind laut I. DB zur VO über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 15. März 1954 Betriebe der Industrie, Landwirtschaft und des Verkehrs.</p>	Innere Abteilung	Röntgenabteilung	Chirurgische Abteilung	Medizinisches Laboratorium	Gynäkologische Abteilung	Elektro- und Hydrotherapie	Zahnärztliche Abteilung		Innere Abteilung	Chefarzt	Chirurgische Abteilung	Röntgendiagnostik	Gynäkologische Abteilung	Medizinisches Laboratorium	Dermatologische Abteilung	Elektrotherapie	Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	Hydrotherapie	Augenärztliche Abteilung	Zweigapotheke	Zahnärztliche Abteilung	
Innere Abteilung	Röntgenabteilung																						
Chirurgische Abteilung	Medizinisches Laboratorium																						
Gynäkologische Abteilung	Elektro- und Hydrotherapie																						
Zahnärztliche Abteilung																							
Innere Abteilung	Chefarzt																						
Chirurgische Abteilung	Röntgendiagnostik																						
Gynäkologische Abteilung	Medizinisches Laboratorium																						
Dermatologische Abteilung	Elektrotherapie																						
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	Hydrotherapie																						
Augenärztliche Abteilung	Zweigapotheke																						
Zahnärztliche Abteilung																							
154. Betriebsambulatorium	<p>Medizinische Einrichtung in Betrieben, die den Mindestanforderungen, die an eine Betriebspoliklinik zu stellen sind, nicht entsprechen. Es gibt folgende zwei Typen:</p> <p>a) Betriebsambulatorium, Typ 1: Für Betriebe der Gruppe A mit 2000 bis 3000 Beschäftigten und der Gruppe B mit über 3000 Beschäftigten Erforderliche Räume: Räume für medizinische Behandlung Sanitäre Räume</p> <p>b) Betriebsambulatorium, Typ 2: Ist vorgesehen für Betriebe der Gruppe A mit 3000 bis 4000 Beschäftigten Erforderliche Fachabteilungen:</p> <table><tr><td>Innere Abteilung</td><td>Medizinisches Laboratorium</td></tr><tr><td>Chirurgische Abteilung</td><td>Elektro- und Hydrotherapie</td></tr><tr><td>Zahnärztliche Abteilung</td><td></td></tr></table> <p>Betriebe der Gruppe A sind laut I. DB zur VO über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der</p>	Innere Abteilung	Medizinisches Laboratorium	Chirurgische Abteilung	Elektro- und Hydrotherapie	Zahnärztliche Abteilung																	
Innere Abteilung	Medizinisches Laboratorium																						
Chirurgische Abteilung	Elektro- und Hydrotherapie																						
Zahnärztliche Abteilung																							

Rechte der Gewerkschaften vom 15. März 1954 Betriebe der Industrie, Landwirtschaft und des Verkehrs.

Betriebe der Gruppe B sind alle übrigen Betriebe, Verwaltungen sowie Schulen und Hochschulen.

133. Arztsanitätsstelle

Einrichtung des Betriebsgesundheitsschutzes, in der auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ein Betriebsarzt tätig ist.

Sie enthält mindestens:

- 1 Warterraum
- 1 Sprech- und Untersuchungszimmer
- 1 Behandlungszimmer

134. Schwesternsanitätsstelle

Medizinische Einrichtung in Betrieben, die raum- und ausstattungsmäßig die erste Versorgung Unfallverletzter und Kranker und die Durchführung von ärztlich angeordneten Behandlungsmaßnahmen gewährleistet.

Sie muß umfassen:

- 1 Warterraum
- 1 Behandlungszimmer

135. Sanitätsstation auf dem Lande

Sanitätstelle in den MTS oder VEG, die raum- und ausstattungsmäßig die erste Versorgung Unfallverletzter und Kranker und die Durchführung von ärztlich angeordneten Behandlungsmaßnahmen gewährleistet. Sie muß ihrer Lage nach geeignet sein, die ländliche Bevölkerung medizinisch zu betreuen. Zu festgesetzten Zeiten muß außer der Schwester auch ein Arzt Sprechstunde halten können. Ferner müssen die räumlichen und technischen Voraussetzungen vorhanden sein, um zeitweise im Jahr eine transportable zahnärztliche Einrichtung sowie ein transportables Schirmbildgerät durch die Abteilung Gesundheitswesen aufstellen zu lassen.

136. Gesundheitsstube

Medizinische Einrichtung in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten, die keine Sanitätstellen besitzen. Sie besteht aus einem verschließbaren heizbaren Raum, der ausschließlich für Zwecke der ersten Hilfeleistung durch DRK-Gesundheitsheiler verwendet wird.

137. Nachtsanatorium

Halbstationäre Einrichtung unter ärztlicher Leitung. In ihr werden Werk-tätige nach ärztlicher Auswahl aufgenommen und nach der Arbeitszeit tätig und pflegerisch betreut, ohne daß die Betroffenden in ihrer beruflichen Arbeit eine Einschränkung erfahren. Die Betten in den Nachtsanatorien werden statistisch nicht unter Krankenhaus- oder Sanatoriumsbetten gezählt.

Sozialfürsorge, Sozialversicherung,
Betriebliches Sozialwesen

Die Sozialfürsorge wird durch die Organe des Staates ausgeübt.

Sie umfaßt:

- die Allgemeine Sozialfürsorge,
- die Fürsorge in den Feierabend- und Pflegeheimen,
- die soziale Betreuung der Schwerbehinderten,
- die soziale Betreuung der VdN.

Die Allgemeine Sozialfürsorge („Sozialfürsorgeunterstützung“) erstreckt sich auf hilfsbedürftige Personen, die den notwendigen Lebensunterhalt für sich und ihre hilfsbedürftigen unterhalteberechtigten Angehörigen nicht verdienen können, über kein verwertbares Vermögen verfügen und keine ausreichenden Mittel von anderer Seite erhalten oder erhalten können.

Sie besteht in Bariestellungen und sonstigen Unterstützungen des Staates für Hilfsbedürftige sowie in Maßnahmen zur Beseitigung der Hilfsbedürftigkeit.

Die Sozialfürsorge übernimmt die Versorgung und Betreuung der arbeits-unfähigen körperbehinderten und pflegebedürftigen Personen im Alter von über 18 Jahren in Feierabend- und Pflegeheimen sowie ohne diese Altersbegrenzung in Schwerbehindertenheimen, sofern sie nicht mehr eine Grund- oder Sonderorschule besuchen.

138. Feierabendheim

Soziale Einrichtung für die Versorgung und Betreuung von Frauen und Männern im Alter von über 60 bzw. 65 Jahren. Es werden vorwiegend solche Personen untergebracht, die infolge ihres Alters und ihres körperlichen Zustandes nicht mehr in der Lage sind, einen eigenen Haushalt zu führen, diesen auch nicht unterhalten können und keine Angehörigen für ihre Betreuung haben.

161. Pflegeheime	<p>Soziale Einrichtung für die Versorgung und Betreuung der Personen, die</p> <ul style="list-style-type: none">a) einer dauernden pflegerischen Betreuung, aber keiner ärztlichen Behandlung bedürfen;b) psychisch oder geistig behindert sind, aber keiner psychiatrischen Behandlung und Überwachung bedürfen, nach Vollendung des 18. Lebensjahres;c) mit vorausichtlich unabillbaren Körperschäden Schwerkranken gleichen und dauernd fast bettlägerig sind, bei denen aber eine ständige ärztliche Behandlung nicht erforderlich ist (Schwerpflegefälle).
162. Schwerbehindrigtheiten	<p>Soziale Einrichtung für die Versorgung und Betreuung von Personen, die einen so schweren Körperschaden haben, daß sie nicht außerhalb eines Heimes versorgt werden können, soweit sie nicht mehr eine Grund- oder Sonderschule besuchen.</p> <p>Hierzu gehören auch Blindenanstalten mit Ausbildungs- und Umschulungs-Werkstätten, in denen Blinde und stark Sehbehinderte beruflich ausgebildet und umgeschult werden.</p>
163. Heime für Soziale Betreuung	<p>Staatliche Einrichtung, in die Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, durch ein gerichtliches Urteil eingewiesen werden. Die Heimbewohner werden in diesen Einrichtungen durch produktive Arbeit, soziale und kulturelle Betreuung sowie durch Heranführen an die gesellschaftlichen Probleme in der Deutschen Demokratischen Republik zu selbstständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Staatsbürgern erzogen.</p>
165. Sozialversicherung	<p>Pflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten. Steht unter der Leitung und Kontrolle der Gewerkschaften. Die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten bei der Verwaltung erfolgt außerdem durch die Räte und Bevollmächtigte für Sozialversicherung.</p> <p>Die Sozialversicherung dient der gesundheitlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Familienangehörigen. Sie gewährt soziale Sicherheit durch Sach- und Barlieferungen bei Mutterschaft, Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und im Sterbefall.</p> <p>In die Sozialversicherung einbezogen sind auch die Mitglieder der sozialistischen Produktionsgenossenschaften.</p>
166. Heilkur	<p>Kur unter ständiger ärztlicher Überwachung bei Verwendung natürlicher Heilmittel bzw. physikalisch-diätischer Therapie. Sie dient zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. zur Verhinderung vorzeitiger Invalidität.</p>
167. Genußgäste	<p>Kur unter zeitweiliger ärztlicher Überwachung. Die wichtigsten Heilfaktoren sind Klima- und Milieuwechsel, diätische Maßnahmen und begrenzte physikalische Therapie. Sie wird gewährt für Rekonvaleszenten bzw. nach Krankenhausaufenthalt.</p>
168. Erholungskur	<p>Kur, die nicht unter ärztlicher Überwachung steht. Heilfaktoren sind lediglich Ruhe, Klima- und Milieuwechsel. Sie dient zur Vorbeugung von Krankheiten und zur allgemeinen Kräftigung des Gesundheitszustandes.</p>
169. Betriebliches Beziehungsma	<p>Es umfaßt die in den Betrieben geschaffenen mannigfaltigen Einrichtungen und Erleichterungen für die Werktätigen, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none">Werkküchen (Werkesseen),Speiserräume,Betriebserverkaufsstellen des Konsums und der HO,Werkfürsorgerinnen,Betriebserholungsheime <p>Darüber hinaus aber insbesondere die Einrichtungen, die der Fürsorge und Entlastung der berufstätigen Frauen dienen, wie:</p> <ul style="list-style-type: none">Frauenruheräume,BetriebswaschereienNah- und Flickstuben

A 7 Finanzen**1. Gesamtkosten**

Sie setzen sich in der sozialistischen Gesellschaft aus dem Wert der verbrauchten Produktionsmittel und aus dem Wert der Produktion, der durch die Arbeit für sich geschaffen worden ist, zusammen.

In der Praxis sind als Gesamtkosten sämtliche Kosten der Kostenklasse des Kontenrahmens zusammenzufassen.

Industrie: Kosten zur Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses und Geldausgaben für die Zwecke der Verwaltung der Produktionsbetriebe.

Baustatistik: Kosten für die Durchführung der Verkehrsleistungen und Geldausgaben für Zwecke der Verwaltung der Verkehrsbetriebe.

Landwirtschaft: Kosten für die Realisierung von Erzeugnissen und Geldausgaben für Zwecke der Verwaltung der Handelsbetriebe.

Verkehr: Kosten für die Durchführung der Verkehrsleistungen und Geldausgaben für Zwecke der Verwaltung der Verkehrsbetriebe.

Handel: Kosten für die Realisierung von Erzeugnissen und Geldausgaben für Zwecke der Verwaltung der Handelsbetriebe.

2. Organische Zusammensetzung der Kosten

Zusammensetzung der Kosten nach den einzelnen Kostenelementen (z. B. Löhne, Abschreibungen und Material). Dabei interessiert vor allem der Anteil der einzelnen Kostenelemente an den Gesamtkosten.

3. Kostenanteile**a) Industrie:**

Selbstkosten der Warenproduktion

Wert der Warenproduktion zu Werkabgabepreisen

b) Landwirtschaft (VEG und Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe):

Kosten der Produktion

Erträge der Produktion bzw. des Umsatzes

c) Handel:

Gesamtkosten

Handelsvertrag

d) Verkehr:

Gesamtkosten

Leistungen

4. Index der Selbstkostenzunahme

Meßzahl, die die Entwicklung der Selbstkosten zum Ausdruck bringt. Dabei werden die Selbstkosten der vergleichbaren Warenproduktion des Berichtszeitraumes zu derjenigen Selbstkostensumme in Beziehung gesetzt, die für dieselbe Produktion entstanden wäre, wenn für die Erzeugniseinheit noch die Kosten des Basiszeitraumes aufgewendet werden müssten.

5. Unveränderliche Planpreise

An Stelle der bis 1955 gültigen Meßwerte zur Bewertung der industriellen Bruttoproduktion festgelegte Planpreise, die während der Periode des 2. Fünfjahrsplanes auch bei Einführung neuer Industrie- oder Herstellerabgabepreise nicht verändert werden dürfen.

Sie bestehen aus

- den bis zum 1. Juli 1955 verbindlich erklärten Festpreisen
- für bestimmte Erzeugnisse besonders festgelegten einheitlichen Planpreisen
- für die übrigen Erzeugnisse aus den Betriebsabgabepreisen (Industrieabgabepreis bzw. Herstellerabgabepreis) vom 1. Januar 1955.

Sämtliche neuen unveränderlichen Planpreise werden gerechnet ohne Produktionsabgabe bzw. ohne Verbrauchsteuern, Verbrauchsabgaben, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer (GBI. I/1955, Nr. 60).

6. Industrieabgabepreis (VE-Betrieb)

Der jeweils zum Zeitpunkt der Beendigung der Produktion geltende Abgabepreis für Erzeugnisse der volkseigenen Produktionsbetriebe, d. h. Betriebspreis zuzüglich Produktionsabgabe und evtl. neben der Produktionsabgabe zu zahlender Verbrauchsabgabe.

Die Produktionsabgabe (einschl. der evtl. Verbrauchsabgabe) stellt den überwiegenden Teil des zentralisierten Reineinkommens des Staates dar.

7. Betriebspreis (VE-Betrieb)

Bisher bezeichnet als Werkabgabepreis. Entspricht den planmäßig festgelegten Selbstkosten des volkseigenen Produktionsbetriebes einschl. des Reineinkommens des Betriebes.

Produktionsabgaben und evtl. Verbrauchsabgaben sind nicht Bestandteile des Betriebspreises.

8. Herstellerabgabepreis (privater und gesamwirtschaftlicher Betrieb)	Der jeweils zum Zeitpunkt der Beendigung der Produktion gültige Abgabepreis für Erzeugnisse privater oder gesamwirtschaftlicher Produktionsbetriebe, d. h. Herstellerpreis <u>ausließlich</u> Verbrauchsabgabe, die den überwiegenden Teil des zentralisierten Reineinkommens des Staates darstellt.
9. Herstellerpreis (privater und gesamwirtschaftlicher Betrieb)	Bisher bezeichnet als Werkabgabepreis. Entspricht den Selbstkosten einschl. des Gewinnes des Betriebes und eines Teiles des zentralisierten Reineinkommens des Staates in Form der Umsatz-, Gewerbe-, Verkehrs- und Gewinnsteuern (Einkommens- oder Körperschaftsteuer). Verbrauchsabgaben sind nicht Bestandteile des Herstellerpreises. Zur Bewertung der Warenproduktion in der Industrieberichterstattung sind vom Herstellerpreis auch die Umsatz- und Gewerbesteuern abzuziehen, um gegenüber dem Betriebspreis für Erzeugnisse der volkseigenen Industrie eine vergleichbare Größe zu erhalten.
10. Einheitlichkeitspreishöhe	Maßzahl, die die Entwicklung des durchschnittlichen Preisniveaus aller der Bevölkerung zum Verbrauch zur Verfügung stehenden Waren, bezogen auf ein Basisjahr (mittels einer repräsentativen Auswahl) darstellt.
11. Nettovergewinnabführung	Der zur Umverteilung an den Staatshaushalt abzuführende Teil des aus dem Betriebsergebnis stammenden Gewinnes.
12. Betriebsergebnishöhe	Rentabilität des Betriebes bedeutet, daß die Mittel, die der Betrieb durch die Realisierung seiner Produktion erzielt, die Selbstkosten decken und darüber hinaus einen Gewinn gewährleisten. Die Rentabilität charakterisiert den wirtschaftlichen Nutzeffekt der Arbeit des Betriebes während einer bestimmten Zeitspanne. a) Industrie: $\frac{\text{Ergebnis aus Absatz}}{\text{Selbstkosten der abgesetzten Leistungen}}$
	b) Landwirtschaft, Handel und Verkehr: $\frac{\text{Ergebnis aus Absatz}}{\text{Gesamtkosten}}$
13. Umlaufmittel	Setzen sich aus den Produktionsumlauffonds und den Zirkulationsfonds der Betriebe zusammen. Zu den Produktionsumlauffonds gehören Rohstoffe, Material, Brennstoffe, Halbfabrikate und andere Arbeitsgegenstände. Zu den Zirkulationsfonds gehören die Mittel, die sich in der Sphäre der Zirkulation befinden (Fertigerzeugnisse, Forderungen).
14. Nutzeffekt der Umlaufmittel	Er zeigt an, wieviel Umlaufmittel der Betrieb für jede DM abgesetzte Produktion benötigt: $\frac{\text{Durchschnittlicher Bestand an Umlaufmitteln}}{\text{Selbstkosten der Warenproduktion des Planjahres}}$
15. Vermögensoeffektivität	Er gibt Aufschluß, wie weit die Grundmittel bereits wertmäßig abgenutzt sind, und wird durch folgende Relation gebildet: $\frac{\text{Gesamte bisherige Abschreibungen}}{\text{Bruttowert der Grundmittel}}$

A 8 Bevölkerung

1. Bevölkerung	Gesamtheit der Personen, die in einem bestimmten Gebiet wohnen.
2. Bevölkerungsstand	Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung an einem bestimmten Stichtag.
3. Bevölkerungsbewegung	Veränderung des Bevölkerungsstandes in quantitativer Beziehung durch Geburten, Sterbefälle, Zuzug und Wegzug sowie in qualitativer Beziehung durch Eheschließungen und Ehescheidungen.
4. Natürliche Bevölkerungsbewegung	Veränderung des Bevölkerungsstandes durch Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen.
5. Räumliche Bevölkerungsbewegung (Wanderung)	Veränderung des Bevölkerungsstandes durch Zuzug und Wegzug.
6. Bevölkerungszu- bzw. -abnahme	Zunahme bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl in einem bestimmten Zeitabschnitt bei Berücksichtigung aller Faktoren der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung. Diese absoluten Zahlen werden bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
7. Geburten- bzw. Sterbefallüberschuß	Überschuß der Zahl der Lebendgeborenen über die Zahl der Gestorbenen (+) bzw. der Zahl der Gestorbenen über die Zahl der Lebendgeborenen (-). Diese absoluten Zahlen werden bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
8. Wanderungsgewinn bzw. -verlust	Überschuß der Zahl der Zuzüge über die Zahl der Wegzüge bzw. der Zahl der Wegzüge über die Zahl der Zuzüge. Diese absoluten Zahlen werden bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
9. Volkszählung	Bestandsaufnahme der Bevölkerung an einem bestimmten Stichtag nach verschiedenen Merkmalen.
10. Haushaltung	a) Familienhaushaltung: Die zu einer Wohngemeinschaft (eigene Wohnung oder Untermiete) und einer hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen, b) Einzelhaushaltung: Person, die eigenen Wohnraum (Wohnung oder Untermiete) besitzt und eigene Hauswirtschaft führt, c) Anstalts haushaltung: Personengesamtheiten, die unter besonderer Oberleitung eine vorübergehende oder dauernde Wohn- und Verpflegungsgemeinschaft bilden.
11. Wohnbevölkerung	Zahl der Personen, die an einem bestimmten Ort ihren ständigen Wohnsitz haben.
12. Ortsansässige Bevölkerung	Am Stichtag einer Volkszählung am Zählungsort anwesende Bevölkerung.
13. Fortschreibung der Bevölkerung	Ist die Errechnung der Bevölkerungszahl eines Gebietes (Gemeinde, Kreis, Land usw.) für bestimmte Stichtage, unter laufender Berücksichtigung der durch Geburten, Sterbefälle und Wanderungen eingetretenen Veränderungen der Bevölkerungszahl seit der letzten Volkszählung.
14. Bevölkerungsverzehrsberechnung	Berechnung des Altersaufbaus der Bevölkerung künftiger Jahre auf Grund einer Schätzung der künftigen Entwicklung der Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der betreffenden Bevölkerung, ausgehend von den Verhältnissen der letzten Jahre.
15. Mittlere Bevölkerung	Durchschnittliche Bevölkerungszahl für einen bestimmten Zeitraum (z. B. Monat, Quartal, Jahr), berechnet als arithmetisches Mittel aus Anfangs- und Endbestand oder aus dem Durchschnitt der mittleren Monats- bzw. Quartalsergebnisse.

16. Bevölkerungsdichte	Zahl der Einwohner eines bestimmten Gebietes auf 1 qkm seiner Katasterfläche bezogen.
17. Umzug	Wechsel des Wohnsitzes innerhalb derselben Gemeinde.
18. Zuzug	Verlegung des Wohnsitzes in eine Gemeinde.
19. Wegzug	Verlegung des Wohnsitzes aus einer Gemeinde.
20. Einwanderung	Ab- und Zuwanderung von und nach Gemeinden innerhalb eines bestimmten Staates.
21. Aus- und Einwanderung	Wanderung von einem Staat zum anderen (für die Deutsche Demokratische Republik einschließlich demokratischen Sektor von Groß-Berlin während der Dauer der Spaltung Deutschlands auch die Zu- und Abwanderung von und nach Westdeutschland und Westberlin).
22. Pendlerwanderung	Der meist mögliche Wechsel zwischen Wohnsitz und Arbeitsstätte, die in verschiedenen politischen Gemeinden liegen.
23. Wanderungsmittel	a) Zahl der Zuzüge, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr. b) Zahl der Wegzüge, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
24. Stillgebiete oder Klinikkinder	Kinder im Alter von unter einem Jahr.
25. Klinikinder	Kinder im Alter von 1 bis unter 3 Jahren.
26. Kinder im verschulpflichtigen Alter	Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren.
27. Kinder im grundschulpflichtigen Alter	Kinder im Alter von 6 bis unter 15 Jahren.
28. Personen im arbeitsfähigen Alter	Männliche Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren und weibliche Personen im Alter von 15 bis unter 60 Jahren.
29. Personen im Rentenalter	Männer im Alter von 65 Jahren und darüber sowie Frauen im Alter von 60 Jahren und darüber.
30. Personen im Wahlberechtigten Alter	Personen im Alter von 18 Jahren und darüber.
31. Alterspyramide bzw. Lebensbaum	Graphische Darstellung des Altersaufbaus der Bevölkerung eines Gebietes zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Form eines Säulendiagramms, das je nach Alterszusammensetzung die Form einer Pyramide, eines Baumes, einer Glocke, Zwiebel oder einer Urne annehmen kann. Auf einer senkrechten Mittelachse werden die Alters- bzw. Geburtenjahrgänge aufgetragen, wobei der jüngste Jahrgang die Basis bildet. Für die Besetzung jedes einzelnen Alters- bzw. Geburtenjahrganges wird in der Waagerechten nach links die Zahl der darin enthaltenen männlichen, nach rechts die Zahl der weiblichen Personen eingezeichnet.
32. Geschlechterverhältnis	Zahl der weiblichen Personen, bezogen auf 1000 männliche Personen.
33. Geburt	Vorgang der Geburt an sich ohne Berücksichtigung der Zahl der im jeweiligen Falle lebend oder tot geborenen Kinder. Darüber hinaus unterscheidet man Lebend- und Totgeburten.
34. Geborene	Lebend oder tot zur Welt gebrachte Kinder.
35. Prägeburt	Jedes Kind, das bei der Geburt 2500 g und weniger wiegt.
36. Rettungsgeburt	Jedes Kind, das bei der Geburt mehr als 2500 g wiegt.

37. Geburtenfolge	Besagt, das wievielte Kind einer Mutter geboren wurde (möglich mit oder ohne Einbeziehung totgeborener Kinder).
38. Geburtenziffer	Zahl der Lebendgeborenen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
39. Totgeburtenziffer	Zahl der Totgeborenen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung und umgerechnet auf ein Jahr oder auf 100 Lebendgeborene des Berichtszeitraumes (Monat, Quartal, Jahr).
40. Sexualproportion	Zahl der neugeborenen Knaben, auf 100 neugeborene Mädchen, berechnet für Lebend-, Tot- oder Gesamtgeborene.
41. Eheschließungsziffer oder Heiratenziffer	Zahl der Eheschließungen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
42. Ehescheidungsziffer	Zahl der Ehescheidungen, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgekehrt auf ein Jahr oder auf 1000 durchschnittlich bestehende Ehen des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
43. Elterliche Geburtenziffer	Besagt, das wievielte Kind einer Ehe einschließlich der totgeborenen und legitimierten Kinder geboren wurde.
44. Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	Zahl der Geborenen insgesamt, bezogen auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) zu Beginn des Berichtsjahrs.
45. Spezielle Fruchtbarkeitsziffer	Zahl der in einem bestimmten Altersjahrang der Mütter Geborenen, bezogen auf den Bestand an Frauen dieses Altersjahrganges zu Beginn des Berichtsjahrs.
46. Bruttoreproduktionsziffer oder rohe Reproduktionsziffer	Gibt an, wieviel lebendgeborene Mädchen von 1000 Frauen während der Dauer ihrer Gebärfähigkeit (15 bis unter 45 Jahre) geboren werden, ohne ihre Sterblichkeit in diesem Zeitraum zu berücksichtigen.
47. Nettoreproduktionsziffer oder reine Reproduktionsziffer	Gibt an, wieviel lebendgeborene Mädchen von 1000 Frauen während der Dauer ihrer Gebärfähigkeit geboren werden, wobei die wirkliche Sterblichkeit von 0 bis unter 45 Jahren berücksichtigt wird.
48. Sterbeziffer (Mortalitätsziffer)	Zahl der Sterbefälle, bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
49. Sonstige Sterbeziffer nach Altersstufen	Zahl der Gestorbenen eines Jahres, bezogen auf 1000 Personen des mittleren Bestandes der gleichen Altersstufe und des gleichen Geschlechtes.
50. Säuglingssterbeziffer	Zahl der gestorbenen Säuglinge, bezogen auf 100 des mittleren Bestandes an Säuglingen des Berichtszeitraumes, umgerechnet auf ein Jahr.
51. Säuglingssterblichkeit	Zahl der Sterbefälle an Säuglingen, bezogen auf 100 Lebendgeborene. Es werden verschiedene Berechnungsmethoden angewandt. Bei der sogenannten „rohen“ Säuglingssterblichkeit wird die Masse der unterstellten Säuglinge bezogen auf die Masse der Lebendgeborenen im gleichen Berichtszeitraum. Bei verfeinertem Verfahren (unter anderem Säuglingsalt, Rasse) wird die Masse der gestorbenen Säuglinge auf die Masse der Lebendgeborenen, aus der sie zeitlich stammt, bezogen, d. h. die Geburtenstruktur wird berücksichtigt.
52. Morbiditätsziffer	Zahl der Erkrankungen, bezogen auf 10 000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.
53. Letalitätsziffer	Zahl der Sterbefälle, bezogen auf 100 Erkrankungen.
54. Sterbeziffer der Tuvenzahlen	Spezielle Sterbeziffer für jede einzelne Tuvenzähle, bezogen auf 10 000 der mittleren Bevölkerung des Berichtszeitraumes und umgerechnet auf ein Jahr.

55. Sterbtafel	Eine aus den errechneten Sterbens- und Erlebenswahrscheinlichkeiten einer oder mehrerer Jahre aufgestellte Übersicht, die für alle Altersjahre nach dem Geschlecht neben den Sterbewahrscheinlichkeiten die Überlebenden und die Gestorbenen einer Absterbeordnung, die von den Überlebenden noch zu durchlebenden Jahren sowie die mittlere Lebenserwartung enthält.
56. Absterbeordnung	Eine mittels der Sterbewahrscheinlichkeiten einer Sterbtafel berechnete Tabelle, die angibt, wieviel von 100 000 gleichzeitig Geborenen die einzelnen Altersjahre erreichen.
57. Sterbewahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit für einen x-jährigen, im Laufe des nächsten Altersjahres zu sterben. Die Kennziffer wird ermittelt als Quotient aus der Zahl der in einem Alter von x Jahren Gestorbenen zur Zahl der in das x-te Jahr eintretenden Personen.
58. Erlebenswahrscheinlichkeit	Wahrscheinlichkeit für einen x-jährigen, ein Jahr älter zu werden. Die Kennziffer wird ermittelt als Quotient aus der Zahl der in das (x + 1)-Lebensjahr eintretenden Personen zur Zahl der in das x-te Lebensjahr eingetretenen Personen.
59. Wahrscheinliche Lebensdauer	Alter, bei dem nach einer vorliegenden Absterbeordnung nur noch die Hälfte aller gleichzeitig Geborenen lebt.
60. Mittlere Lebenserwartung	Zahl der Jahre, die die Personen eines bestimmten Altersjahres gemäß einer Absterbeordnung im Durchschnitt noch erleben. Sie ergibt sich aus der Zahl der von den Überlebenden noch zu durchlebenden Jahre, dividiert durch die Zahl der Überlebenden dieses Altersjahrs.
61. Stationäre (stillstehende) Bevölkerung	Ein mittels der Absterbeordnung einer Sterbtafel berechneter Altersaufbau einer abstrakten (ideellen) Bevölkerung, bei der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit gleich sind.
62. Bereinigte Sterbeziffer	Sterbeziffer der stationären (stillstehenden) Bevölkerung 1000 dividiert durch die mittlere Lebenserwartung der Neugeborenen.
63. Standardbevölkerung	Abstrakte (ideelle) Bevölkerung, die einen als Norm betrachteten Altersaufbau aufweist.
64. Standardisierte Sterbeziffer	Sterbeziffer einer Standardbevölkerung, die die gleiche Sterblichkeit wie eine reale zu untersuchende Bevölkerung besitzt.
65. Erwartete Sterbeziffer	Sterbeziffer einer abstrakten (ideellen) Bevölkerung, die den gleichen Altersaufbau wie eine reale zu untersuchende Bevölkerung, aber die Sterblichkeit einer Standardbevölkerung besitzt.
66. Stabile Bevölkerung	Eine mittels der Sterbewahrscheinlichkeiten und der Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres errechnete Alterszusammensetzung, zu der sich die stationäre Bevölkerung der entsprechenden Sterbtafel entwickelt.

A 9 Lebensstandard

1. Lebensstandard

Der Lebensstandard kennzeichnet den Umfang der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft.

Der Lebensstandard ist abhängig von den Produktionsverhältnissen der jeweiligen Gesellschaftsordnung. Er ist umfassender als der Reallohn, denn er bezieht außer diesem noch solche wesentlichen Faktoren, wie Länge des Arbeitstages, die Arbeitsintensität, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Leistungen der Kranken- und Sozialversicherung, die Erholungsmöglichkeiten, die Wohnverhältnisse, die Schul- und Bildungsverhältnisse, die Möglichkeiten der sportlichen und kulturellen Betätigung, die Größe des persönlichen Eigentums, den Einfluß imperialistischer Kriege und Krisen ein.

Auf Grund der Vielzahl von Faktoren, die den Lebensstandard bestimmen, ist es kaum möglich, ihn statistisch in einer Größe auszudrücken. Es können nur eine Reihe von Faktoren zahlenmäßig charakterisiert und miteinander verbunden werden.

2. Einnahmen (Geldbilanz)

Alle Geldeinnahmen der Bevölkerung, ohne Berücksichtigung etwa bei der Auszahlung sofort vorgenommener Abzüge (z. B. Lohnsteuer, SV-Beiträge).

3. Kaufkraft der Bevölkerung

Diejenige Geldmenge, die die Bevölkerung in einem bestimmten Zeitabschnitt zum Kauf von Gebrauchswerten zur Verfügung hat. Sie ergibt sich aus der Summe der Geldeinnahmen der Bevölkerung, vermindert um die bezahlten Dienstleistungen, die Abgaben an den Staatshaushalt und an sonstige Institutionen (siehe auch „Kauffonds“ B 5).

4. Lebenshaltungskosten

Geldaufwendungen für den Lebensunterhalt, die sowohl die Kosten für die Konsumgüter als auch die Ausgaben für Dienstleistungen umfassen.

5. Index der Lebenshaltungskosten

Meßzahlen, die die Kostenhöhe eines bestimmten Umfanges an Waren und Dienstleistungen, zur Besteitung des Lebensunterhalts für bestimmte sozial-ökonomische Kategorien der Bevölkerung, bezogen auf ein Basisjahr, darstellen.

**6. Mengenschema
(Lebenshaltungskostenindex)**

Auswahl von Waren zur Berechnung von Lebenshaltungskostenindices, die dem tatsächlichen Verbrauch einer bestimmten sozial-ökonomischen Kategorie entspricht.

7. Dienstleistungsindex

Meßzahlen, die die Entwicklung der Preise, bezogen auf ein Basisjahr für die wichtigsten Dienstleistungen, die von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, darstellen.

8. Reallohnindex

Index aus Nominallohn- und Preisentwicklung für eine bestimmte sozial-ökonomische Kategorie der Bevölkerung.

$$\frac{\text{Nettolohnindex}}{\text{Lebenshaltungskostenindex}}$$

Dieser Reallohnindex ist nicht umfassend, da er die erheblichen Aufwendungen des sozialistischen Staates für Bildung, Erholung, Sport usw. nur zum Bruchteil berücksichtigt.

9. Verbrauchsstruktur

Repräsentative Warenauswahl, die den Umfang und die Struktur des Verbrauchs von Waren durch die gesamte Bevölkerung darstellt.

10. Pro-Kopf-Verbrauch

Der „Pro-Kopf-Verbrauch“ zeigt für die Gesamtbevölkerung bzw. einzelne sozial-ökonomische Gruppen den Durchschnittsverbrauch von Konsumgütern an. Der Durchschnittsverbrauch spiegelt das Verbrauchsniveau wider. Er ist bei laufender Ermittlung die Grundlage für internationale Vergleiche, wobei er gleichzeitig Strukturwandlungen in der Bedarfdeckung erkennen läßt.

Zum „Verbrauch“ der Gesamtbevölkerung werden folgende Mengen gerechnet:

Des Planes der Warenbereitstellung für den Einzelhandel,
des Planes der Großverbraucher,

der Kontingenträger, soweit sie Bevölkerungsbedarf realisieren,
des Verkaufs auf Bauernmärkten (vgl. jedoch B 5 Nr. 88),
Handelsreserve B,
Industrieverarbeitung,
Landwirtschaftlicher Eigenverbrauch (Selbstversorger)

Der Quotient aus diesem zusammengesetzten Verbrauch und der Ge-
samtbewohnerzahl ergibt den „Pro-Kopf-Verbrauch“. Etwaige Be-
standsveränderungen sind hierbei selbstverständlich zu berücksichtigen

II. Kostenzusammenstellung

Darstellung der entsprechend dem Verbrauch einer bestimmten sozial-
ökonomischen Kategorie der Bevölkerung entstehenden absoluten Kosten
für eine bestimmte Auswahl von Waren.

II. Vollpersonenrechnung

Methodische Verfeinerung der Berechnung des Familien- bzw. Pro-Kopf-
Verbrauchs auf repräsentativer Grundlage, indem neben dem Wechsel der
Größe der Bevölkerung die sich ständig ändernde Alterszusammensetzung
berücksichtigt wird, und zwar im Hinblick darauf, daß der menschliche
Verbrauch je nach Alter verschieden groß ist. Bei der Umrechnung auf
Vollpersonen werden zwei Hauptausgabegruppen unterschieden

Gruppe I
Nahrungsmittel, Bekleidung, Körper- und Gesundheitspflege

Alter	Vollpersonen
bis unter 9 Jahren	0,50
von 9 bis unter 16 Jahren	0,75
16 Jahre und darüber	1,00

Gruppe II
alle übrigen Gruppen

Alter	Vollpersonen
bis unter 9 Jahren	0,00
von 9 bis unter 12 Jahren	0,25
von 12 bis unter 16 Jahren	0,50
16 Jahre und darüber	1,00

B 1 Industrie/Handwerk

1. Industrie

Ist der führende und größte Bereich der materialien Produktion der Gesellschaft, der durch höchstentwickelte Anwendung von Maschinen- systemen charakterisiert ist.

Sie umfaßt die Gewinnung materieller Güter, die in der Natur vorkommen, und die Verarbeitung sowohl der in der Industrie gewonnenen als auch der von der Landwirtschaft erzeugten Rohstoffe.

2. Schwerindustrie

Die Schwerindustrie ist die Grundlage der sozialistischen Industrialisierung. Sie schafft die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der technischen Basis und umfaßt die Grundstoffindustrie, den Schwermaschinenbau, den Fahrzeugbau, Schiffbau, die Gießereien und Großschmieden.

3. Grundstoffindustrie

Umfäßt die Wirtschaftszweige, welche die Ausgangsbasis für die weiterverarbeitende Industrie, die Rohstoffe schaffen. Ein geringer Teil der Erzeugnisse wird bis zum Endprodukt verarbeitet und geht direkt in den individuellen Verbrauch ein. In bestimmten Zweigen der Grundstoffindustrie werden landwirtschaftlich erzeugte Rohstoffe weiterverarbeitet. Zur Grundstoffindustrie werden gerechnet die Wirtschaftszweige Energie, Bergbau, Metallurgie, Chemie und Baumaterialien.

4. Metallverarbeitende Industrie

Im Rahmen der metallverarbeitenden Industrie sind vor allem der Schwermaschinenbau und der Allgemeine Maschinenbau von besonderer Bedeutung, da diese die wichtigsten Produktionsmittel für alle Wirtschaftszweige herstellen. Der Stand der Technik in der gesamten Wirtschaft wird entscheidend durch die Leistungsfähigkeit dieser zwei Wirtschaftszweige beeinflußt.

Zur metallverarbeitenden Industrie rechnen:

- Schwermaschinenbau
- Allgemeiner Maschinenbau
- Schiffbau
- Fahrzeugbau
- Guß- und Schmiedestücke
- Elektrotechnik
- Feinmechanik und Optik.

5. Schwermaschinenbau

Umfäßt die Betriebe, die vorwiegend große Werkzeugmaschinen, Stahlkonstruktionen, Transportanlagenten sowie Ausrüstungen der Energiewirtschaft und des Schwermaschinenbaus selbst herstellen.

6. Allgemeiner Maschinenbau

Umfäßt die Betriebe, die überwiegend Ausrüstungen für die Herstellung von Konsumgütern, Maschinen und Apparate für die Bau- und Landwirtschaft, sonstige kleinere Maschinen sowie Erzeugnisse wie z. B. Armaturen, Maschinenelemente usw. produzieren.

7. Leichtindustrie

Zur Leichtindustrie gehören die Betriebe, die vorwiegend eine Produktion in den Wirtschaftszweigen

- | | |
|----------------------|---------------------------|
| Holzbearbeitung | Textil |
| Zellstoff und Papier | Konfektion |
| Polygraphie | Leder, Schuhe, Rauchwaren |

haben. Bis einschließlich Planjahr 1954 wurde auch die Rohholz-, Rinden- und Harzgewinnung zur Leichtindustrie gerechnet.

8. Lebensmittelindustrie

Umfäßt Betriebe der Nahrungs- und Genussmittelindustrie:

a) Nahrungsmittelindustrie

- z. B. Margarinefabriken, Olmühlen, Molkereien, Schlachthöfe, Fleischwaren-, Zucker-, Süßwaren-, Nährmittel-, Stärke- und Konserverfabriken, Fischkombinate.

b) Genussmittelindustrie

- z. B. Brauereien, Likörfabriken, Weinkellereien, Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabriken

9. Kleinindustrie

Zur Kleinindustrie gehören Betriebe mit geringen Produktionsmitteln und in der Regel nicht mehr als zehn Beschäftigten. Sie unterscheiden sich von den Handwerksbetrieben dadurch, daß der Inhaber keine Meisterprüfung ablegte, sondern nur eine Gewerbegehnigigung besitzt

10. Handwerk

Die Betriebe des Handwerks sind gekennzeichnet durch zwerghafte Produktionsmittel, die Mitarbeit des Besitzers der Produktionsmittel und die geringe Zahl der Beschäftigten. Der Besitzer der Produktionsmittel ist bestrebt, durch seine eigene Arbeit, ergänzt durch die Arbeit der anderen bei ihm beschäftigten Handwerker, seinen Unterhalt zu sichern. Nach gesetzlicher Regelung gehört zum Handwerk ein Betrieb, dessen Inhaber durch Ablegung der Meisterprüfung den Befähigungsnachweis erbracht hat und als Handwerker zugelassen ist.

Die Beschäftigtenzahl soll in der Regel nicht mehr als 10 Personen betragen. Eine Ausnahme bilden Maurer- und Zimmereibetriebe, bei denen in der Saison eine Höchstzahl von 20 insgesamt Beschäftigten, sowie Straßenbau-, Dachdecker- und Malerbetriebe, bei denen eine Höchstzahl von 15 insgesamt Beschäftigten nicht überschritten werden darf. Zum Handwerk werden zur Zeit auch die Leistungen der handwerklichen Produktionsgenossenschaften gerechnet.

11. Produzierendes Handwerk

Zum produzierenden Handwerk gehören alle Handwerksbetriebe und handwerklichen Produktionsgenossenschaften, die Erzeugnisse aus eigenem und aus dem von Kunden gelieferten Material herstellen sowie Betriebe, die Lohnarbeiten, Reparaturen, Veredlungen und Montagen ausführen.

12. Dienstleistendes Handwerk

Umfäßt alle Handwerksbetriebe, die individuelle Wünsche der Bevölkerung, z. B. auf dem Gebiet der Hygiene und der Volksgesundheit befriedigen, ohne dadurch neue Gebrauchsware zu schaffen.

Hierzu gehören z. B. Friseure, Körperpfleger, Wäischer, Plätter, chemische Reiniger, Färber, Schädlingsbekämpfer, Tierausstopfer und -präparatoren, Bestatter.

13. Technische Einheit

Ist eine Zusammenfassung der Produktion von gleichartigen Erzeugnissen nach Erzeugnisgruppen (Planpositionen — Plangruppen), wobei der organisatorisch verwaltungsmäßige Aufbau der die Produktion durchführenden Betriebe und deren Zuordnung zu Verwaltungsorganen ohne Bedeutung ist.

14. Örtliche Einheit

Als örtliche Einheit wird der juristisch selbständige Betrieb bezeichnet. Hierbei kann es sich um einen räumlich zusammenhängenden oder um einen aus mehreren örtlich getrennten Betriebsteilen bestehenden Betrieb handeln.

15. Industrieproduktion

Die Gesamtheit der im industriellen Produktionsprozeß erzeugten Gebrauchsware und der industriellen Leistungen wie Reparaturen, Montagen und Lohnarbeiten.

16. Bruttonproduktion der Industrie

Ist die Summe aller im Berichtszeitraum in dem Betrieb hergestellten und zum Absatz bestimmten Fertigerzeugnisse sowie die Summe aller industriellen Leistungen einschließlich der sich aus der Abgrenzung des Berichtszeitraumes ergebenden Bestandsveränderungen an unvollendeteter Produktion. Erzeugnisse, die innerhalb des Betriebes weiterverarbeitet werden, sind bis auf einige Ausnahmen nicht in die Bruttonproduktion einzubeziehen.

Sie umfaßt:

- a) alle fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse,
- b) alle betrieblichen industriellen Leistungen für Dritte (Reparaturen, Lohnarbeiten, Montagen),
- c) alle fertiggestellten Erzeugnisse und industriellen Leistungen, die für eigene Investitionen und Generalreparaturen bestimmt sind,
- d) hergestellte Erzeugnisse, die für den persönlichen Konsum der Produzenten zur Verfügung gestellt werden,
- e) eine bestimmte Auswahl von Erzeugnissen, die im eigenen Betrieb weiterverarbeitet oder verbraucht werden (innerbetrieblicher Umsatz).

(GBI. Teil I 68/1955)

17. Bruttonproduktion der Industrie und Bestandsveränderungen

Umfäßt die Bruttonproduktion der Industrie zuzüglich der Bestandsveränderungen an Halbfabrikaten aller Wirtschaftszweige und an unvollerendeter Produktion im Maschinenbau.

18. Bruttonproduktion aus der Nachzählung

Ist die Bruttonproduktion, die für den gleichen Berichtszeitraum des Vorjahres gemeldet wird.

10. Bruttonproduktion je Kopf der Bevölkerung	Wert der Bruttonproduktion zu unveränderlichen Planpreisen dividiert durch die durchschnittliche Bevölkerungszahl. Diese Kennziffer kann auch als Naturalkennziffer gebildet werden, indem die Produktionsmenge bestimmter wichtiger Erzeugnisse, (Elektroenergie, Stahl, Roheisen) je Kopf der Bevölkerung ausgewiesen wird. Diese Kennziffern sind insbesondere beim Vergleich des Entwicklungstandes verschiedener Länder aufschlußreich.
11. Bruttonproduktion je Beschäftigten	Wert der Bruttonproduktion zu unveränderlichen Planpreisen dividiert durch die Zahl der Gesamtbeschäftigten.
12. Bruttonproduktion je Produktionsarbeiter	Wert der Bruttonproduktion zu unveränderlichen Planpreisen dividiert durch die Zahl der Produktionsarbeiter.
13. Produktion für eigene Rechnung	Produktion von Fertigerzeugnissen ganz oder überwiegend aus betriebseigenem Material.
14. Produktion für fremde Rechnung	Produktion von Fertigerzeugnissen aus ganz oder überwiegend vom Auftraggeber zur Verfügung gestelltem, nicht käuflich erworbenem Material (P 2-Produktion).
15. Warenproduktion der Industrie	Die Warenproduktion ist die Summe aller im Berichtszeitraum in den Betrieben mit industrieller Produktion fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse sowie der fertiggestellten Leistungen industrieller Art. Sie umfaßt: a) alle fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Produkte (einschließlich der Erzeugnisse, die an die Belegschaft unentgeltlich bzw. zu herabgesetzten Preisen abgegeben werden); b) alle materiellen Leistungen industrieller Art für fremde Auftraggeber, wie Lohnarbeiten (Veredlung, Reparaturen, Montagearbeiten usw.); c) die Summe der Produkte und Leistungen industrieller Art, die für eigene Investitionen und Generalreparaturen bestimmt sind.
16. Industrielle Leistungen	Ergebnis der Produktionstätigkeit eines Betriebes, die sich auf Reparaturen, Lohnarbeiten und Montagen für fremde Rechnung erstreckt.
17. Bruttoumsatz	Umfaßt die gesamte Produktion aller Produktionsabteilungen (der Haupt- und Nebenabteilungen). Im Gegensatz zur Bruttonproduktion, deren Bildungselemente durch die gesellschaftliche Arbeitsstellung gegeben sind, wird der Bruttoumsatz durch die innerbetriebliche Arbeitsstellung bestimmt. Es wird also die gesamte Produktion erfaßt, gleichgültig, ob sie in anderen Abteilungen weiterverarbeitet wird oder für fremde Abnehmer bestimmt ist. Der Umfang des Bruttoumsatzes ist abhängig von der organisatorischen Struktur eines Betriebes.
18. Innerbetrieblicher Umsatz	Hierzu gehört die Produktion, die innerhalb des Betriebes für eigene Produktionszwecke verwendet wird, z. B. der hergestellte Guß, der in der mechanischen Abteilung des Betriebes weiterverarbeitet wird. Der innerbetriebliche Umsatz ist daher der Unterschied zwischen dem Bruttoumsatz und der Bruttonproduktion des Betriebes, sofern nicht ausnahmsweise einige Teile des innerbetrieblichen Umsatzes in der Bruttonproduktion miterfaßt werden.
19. Halbfabrikate	Erzeugnisse eigener Herstellung, deren technologischer Herstellungsprozeß innerhalb einer Werkabteilung abgeschlossen ist, die aber in einer anderen Werkabteilung oder einem anderen Betrieb ganz oder teilweise weiterverarbeitet oder montiert werden.
20. Unvollendete Produktion	Unter unvollendeter Produktion versteht man alle Arbeitsgegenstände a) deren physikalische bzw. chemische Veränderung zu Fertigerzeugnissen im Produktionsprozeß noch nicht abgeschlossen ist; b) deren technologische Fertigung zwar abgeschlossen ist, die sich aber aus bestimmten Gründen noch in den produzierenden Abteilungen befinden (zur Abnahme oder Prüfung); c) die sich im Rahmen der Kooperation zur Weiterverarbeitung in fremden Betrieben befinden.

30. Teillfertigung	Bei Erzeugnissen des Maschinenbaus, deren Herstellung sich über einen längeren Planungszeitraum erstreckt, wird der Wert bestimmter fertiggestellter Teileschnitte oder Baugruppen in die Produktionsabrechnung einbezogen (z. B. bei großen Hochdruckkesseln, Dampfturbinen, großen Schiffen usw.). Die Teillfertigung soll möglichst in einzelnen Baubereichen oder Baugruppen entsprechend ihrer technologischen Baufolge der Abrechnung zugrunde gelegt werden. Als Teillfertigung ist dann der Bau einer bestimmten Gruppe anzusehen.
31. Bestandsveränderungen	Monatliche Wertzunahme oder Wertabnahme der Bestände an Halbfabrikaten eigener Fertigung, die zum Einbau oder Weiterverarbeitung auf Lager genommen bzw. dem Lager entnommen wurden, sowie die Veränderung an unvollendet Produktion.
32. Ausfuhr	Erzeugnis, dessen Eigenschaften dem Standard oder den technischen Bedingungen nicht entsprechen. Erzeugnisse minderer Qualität, die von der Gütekontrolle für eine mindere Qualität zugelassen werden, sind kein Ausfuhr.
33. Neue Arten industrieller Produktion	Erzeugnisse, die in unserer Volkswirtschaft erstmals produziert werden, unabhängig davon, ob derartige Maschinen, Apparate, Mechanismen und Geräte in anderen Ländern bereits hergestellt werden. Zu den neuen Arten werden nur solche Maschinen und Ausrüstungen gerechnet, die sich von den bisher hergestellten nach Bestimmung, Produktivität, Leistung und anderen technisch-ökonomischen Merkmalen unterscheiden, sowie Maschinen, die auf einem neuen Funktionsprinzip oder auf der Anwendung einer neuen Energiequelle beruhen.
34. Kooperation	Form der Arbeitsstellung unter Berücksichtigung der technischen Ausrüstungen und der Spezialisierung der Industriebetriebe in der sozialistischen Industrie nach dem Prinzip der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe. Durch Kooperation werden ständige Produktionsverbindungen zwischen Betrieben, die gemeinsam an der Fertigung eines Objektes oder Auftrages teilnehmen, hergestellt. Zulieferungen von handelsüblichen Erzeugnissen oder Normteilen sind keine Kooperationsbeziehungen.

B 2 Bauwirtschaft

1. Bauwirtschaft

Die Hauptaufgabe der Bauwirtschaft besteht in der Herstellung von Anlagen an ihrem künftigen Einsatzort (zum Unterschied z. B. vom Maschinenbau, Schiffbau und dergleichen). Zu ihr gehören:

1. alle volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Bau- und Ausbaubetriebe, ferner Projektierungsbetriebe, die die Projektierung von Objekten der Bauwirtschaft durchführen.
 - a) **Baubetriebe:** Umfaßt Betriebe, die die Hauptarbeiten eines Bauens, wie Maurer-, Putzer-, Betonier- und Zimmerarbeiten durchführen.
 - b) **Ausbaubetriebe:** Umfaßt Betriebe, die ausschließlich den Ausbau, wie Dachdecker-, Maler-, Ofensteller- und Glaserarbeiten durchführen.
2. alle Bauabteilungen der Ministerien und sonstigen staatlichen Organe, die im eigenen Bereich mit eigenen Arbeitskräften Leistungen ausführen.

2. Leistungen

Leistungen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes

1. Leistungen der Baubetriebe

Erd-, Feis- und Gründungsarbeiten
Brunnenbau-, Rohr- und Wasserhaltungsarbeiten
Maurerarbeiten
Schornstein- und Feuerungsbauarbeiten
Beton- und Stahlbetonarbeiten
Stahlbau- und Montagearbeiten
Bauwerkabdichtungsarbeiten
Zimmerarbeiten
Putzarbeiten
Straßen- und Pflasterarbeiten
Gleisoberbauarbeiten
Enttrümmerungsarbeiten
Abbauarbeiten
Bauarbeiten für Sportplätze und Heimstätten.

2. Leistungen der Ausbaubetriebe

Bauklempnerarbeiten
Bautischlerarbeiten
Bauschlosserarbeiten
Bauglasarbeiten
Kleberarbeiten (Linoleum o. Ä.)
Maler-, Anstrich- und Tapetenarbeiten
Entrostungsarbeiten
Ofenstellerarbeiten
Parkettlegearbeiten
Stukkateurarbeiten
Be- und Entwässerung
Gasinstallation
Dachdeckerarbeiten
Fliesenlegerarbeiten
Säurebauarbeiten
Steinmetzarbeiten
Steinholz- und Terrazzoorbeiten
Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierungen
Zentralheizungs-, Lüftungs- und Wasserbereitungsanlagen.

Ferner rechnet das Einrichten und Räumen der Baustellen zu den Leistungen.

3. Baukostenindex

Gegenüberstellung der Ist-Baukosten für einen bestimmten Bau des Berichtszeitraumes zu den Ist-Baukosten eines Vergleichszeitraumes (Basizeitraum) (Ist-Ist-Vergleich).

B 3 Land- und Forstwirtschaft

1. Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Bereich der materiellen Produktion und umfasst den Pflanzenbau, die Viehwirtschaft einschließlich der Kleinerhaltung, die Pelztier-, Bienen- und Seidenraupenzucht, die Flechtwirtschaft in Binnengewässern sowie den Anbau, die Pflege und Nutzung der Wälder einschließlich der Rohholzabfuhr und der Jagdwirtschaft.

2. Pflanzenbau

Der Pflanzenbau ist ein Zweig der Land- und Forstwirtschaft. Zu ihm gehören: der Getreidebau, der Anbau von Mais, von Hülsenfrüchten, von Ölfrüchten und Faserpflanzen, von Hackfrüchten, Futterpflanzen, Gemüse, Obst und Beerenobst, von Tabak, Heil-, Gewürz- und Zierpflanzen sowie Gründungspflanzen und das gesamte Grünland.

3. Viehwirtschaft

Die Viehwirtschaft als Zweig der Land- und Forstwirtschaft umfasst die Zucht und Haltung von Zucht- und Nutzvieh (Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel und Kaninchen), die Pelztier-, Bienen- und Seidenraupenzucht sowie die Flechtwirtschaft in Binnengewässern.

4. Landwirtschaftlicher Betrieb

Juristisch selbständige wirtschaftende Einheit mit einer Wirtschaftsfläche von 0,5 ha und darüber, die ganz oder überwiegend land-, forst- oder flechtwirtschaftlich genutzt wird. Hierzu rechnen nicht die Erwerbsgartenbaubetriebe.

5. Erwerbsgartenbaubetrieb

Juristisch selbständige wirtschaftende Einheit ohne Berücksichtigung der Größe der Wirtschaftsfläche, in der überwiegend gärtnerische Produkte (Gemüse, Obst, Zierpflanzen, Sonderkulturen) für den Verkauf angebaut werden.

6. Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb

Nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitender volkseigener Betrieb, dem die Durchführung und Überwachung der Planaufgaben in der Rohholz-, Rinden- und Harzgewinnung, der Rohholzabfuhr und der Walderneuerung sowie die Ausübung der Jagd obliegt.

7. Saatzaatgut

Volkseigenes Gut, dessen ProduktionsSchwerpunkt die Zucht von Saat- und Pflanzgut bildet.

8. Tierzaatgut

Volkseigenes Gut, dessen ProduktionsSchwerpunkt die Zucht und Aufzucht von Rassetieren mit höchster Leistung bildet.

9. Gestüt

Selbständige wirtschaftender Betrieb zur Aufzucht und Zucht von Leistungspferden.

10. Volkseigenes Gut

Volkseigener Betrieb, der land- und forstwirtschaftliche oder gärtnerische Produktion durchführt.
Hierzu gehören nicht:

Universitätsgüter, Güter der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, landwirtschaftliche Betriebe der volkseigenen Industrie, staatliche Forstwirtschaftsbetriebe.

11. Gutskomplex

Vorübergehende Zusammenfassung mehrerer volkseigener Güter mit getrennten Betriebsplänen zu einem Großgut, das zentral bewirtschaftet wird.

12. Örtlich-landwirtschaftlicher Betrieb (ÖLB)

Landwirtschaftlicher Betrieb, der zur Sicherung der Bewirtschaftung freier und verlassener Flächen unter der Aufsicht der örtlichen Verwaltungsorgane steht. (VO vom 3. September 1953.)

13. MTS-Bereich

Unter Berücksichtigung des Sitzes der MTS festgelegtes Gebiet (Teil eines Landkreises), in dem die MTS die politische, ökonomische und kulturelle Basis für die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft ist. Zur Erledigung dieser Aufgabe bestehen innerhalb des Bereiches bei den LPG MTS-Stützpunkte mit stationären vollausgerüsteten Brigaden.

14. LPG Typ I

Landwirtschaftlicher Betrieb mit genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes, jedoch individueller Nutzung der übrigen land- und forstwirtschaftlichen Flächen und individuellem Eigentum an Vieh, Maschinen und Geräten.

15. LPG Typ II	Landwirtschaftlicher Betrieb mit genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung des von den Mitgliedern eingebrachten Ackerlandes und genossenschaftlichem Eigentum an Zugtieren, Maschinen und Geräten, jedoch individueller Nutzung der übrigen land- und forstwirtschaftlichen Flächen und individuellem Eigentum an Zucht- und Nutzvieh.
16. LPG Typ III	Landwirtschaftlicher Betrieb mit genossenschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung der von den Mitgliedern eingebrachten land- und forstwirtschaftlichen Flächen und genossenschaftlichem Eigentum an Zugtieren, Maschinen und Geräten sowie an Zucht- und Nutzvieh.
17. Genossenschaftliche Fonds (LPG)	Gemäß den Statuten zu bildende Fonds, die der materialien und kulturellen Festigung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften dienen.
18. Unittelbarer Fonds (LPG)	Umfäßt die genossenschaftseigenen Grundmittel, die Materialien, das Arbeits- und Nutzvieh und die Geldmittel für die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft. Ferner gehören die Gebäude für kulturelle und soziale Zwecke dazu. Er wird aus 8 bis 20 Prozent der genossenschaftlichen Geldeinnahmen ständig erweitert.
19. Hilfsfonds (LPG)	In Höhe von 1 bis 2 Prozent der Gesamtpproduktion der LPG gebildeter Fonds zur Unterstützung von Kranken, Invaliden, alten Leuten, Waisenkinder und sonstigen Bedürftigen sowie zur Unterstützung von Kindergarten und Kinderkrippen der LPG.
20. Individuelle Haushirtschaft	Von jedem Familienhaushalt der Genossenschaftsmitglieder (bes. im Typ III) individuell zu nutzende Nebenwirtschaft. Sie soll in der Regel umfassen: 0,5 ha Ackerland, bis zu 2 Kühen mit Kälbern, bis zu 2 Schweinen mit Nachwuchs, eine unbegrenzte Zahl von Schafen und anderem Kleinvieh.
21. Innenwirtschaft landwirtschaftlicher Betrieb	Umfäßt alle landwirtschaftlichen Arbeiten bei der Hof-, Haus- und Speicherwirtschaft, Viehwirtschaft, Futterwirtschaft (nur Konservierung und Zubereitung), Stallwirtschaft jeweils einschließlich aller handwerklichen Eigenleistung. Technische Nebenbetriebe zählen nicht zur Innenwirtschaft.
22. Neubauern	Einzelbauern, die ihr Land in Durchführung der Bodenreform zur unentgeldlichen Nutzung und auf Lebenszeit erhalten haben.
23. Altbauern	Einzelbauern, die einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften, der nicht durch die Bodenreform entstanden ist bzw. aufgestockt wurde.
24. Kleinbauern	Besitzer (Eigentümer oder Pächter) von bürgerlichen Betrieben, die in der Regel keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen und den Betrieb überwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaften. In der Regel haben diese Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche bis 5 ha.
25. Mittelbauern	Besitzer (Eigentümer oder Pächter) von bürgerlichen Betrieben, die ihre Betriebe zwar vorwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaften, jedoch teilweise ständig oder vorübergehend zusätzlich fremde Arbeitskräfte beschäftigen. In der Regel beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche bis 20 ha.
26. Großbauern	Besitzer (Eigentümer oder Pächter) von bürgerlichen Betrieben, die ständig fremde Lohnarbeiter mit dem Ziel beschäftigen, nicht selbst erarbeitete Einkünfte zu erzielen. In der Regel haben ihre Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche über 20 ha.

460

K-12781

27. Bruttoproduktion der Land- und Forstwirtschaft	Der in Geld ausgedrückte Wert der pflanzlichen, tierischen und forstwirtschaftlichen Produktion. Zur Bruttoproduktion der Land- und Forstwirtschaft zählen daher: die Bruttoproduktion des Pflanzenbaus, die Bruttoproduktion der Viehwirtschaft, die Bruttoproduktion der Forstwirtschaft sowie die Leistungen der MT-Stationen
28. Bruttoproduktion des Pflanzenbaus	Der Wert der pflanzlichen Produktion, die aus der Ernte eines Jahres erzielt wird, sowie die Wertveränderung der am Ende des Jahres nicht beendeten Produktion im Vergleich zum Beginn des Jahres.
29. Bruttoproduktion der Viehwirtschaft	Der Wertzuwachs der Bestände an Zucht- und Nutzvieh während eines Jahres und der Wert des Aufkommens an Schlachtvieh, tierischen Erzeugnissen (Milch, Eier, Wolle, Honig) und der Erträge aus der Vaterhaltung, Pelztierzucht, Seidenraupenzucht und der Fleischwirtschaft der Binnengewässer.
30. Bruttoproduktion der Forstwirtschaft	Der Wert der gesamten Rohholz-, Rinden- und Harzgewinnung, der Leistungen in der Holzabfuhr, der Wert der unvollendeten Produktion der Forstwirtschaft und der Wert der Erträge aus der Waldnebennutzung. Zur unvollendeten Produktion gehört der Wert der Aufwendungen für Walderneuerung, Pflanzenzüchtung, Unterbau und Waldpflege. Zur Nebennutzung gehören: der Wildabschuß, die Gewinnung von Wildfrüchten und Waldstreu.
31. Warenproduktion der Landwirtschaft (Marktproduktion)	Der Teil der Bruttoproduktion, der nach Abzug des produktiven Verbrauchs (d. h. Verbrauch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Reproduktion des eigenen Betriebes) und des individuellen Verbrauchs (d. h. Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte im Familienhaushalt der landwirtschaftlichen Betriebe und Genossenschaftsbauern) für den Markt bestimmt ist.
32. Wertzuwachs der Viehbestände	Die wertmäßige Zunahme des Tierbestandes unter der Berücksichtigung der natürlichen Veränderungen in den Altersgruppen innerhalb einer Berichtsperiode.
33. Bruttnernteertrag (Rohertrag)	Ohne Abzug etwaiger Ernteverluste, des durch Lagerung eintretenden Schwundes und sonstiger Verluste.
34. Nettenernteertrag (Reinertrag)	Tatsächlicher Ernteertrag nach Drusch und Rodung ohne Berücksichtigung des später durch Lagerung eintretenden Schwundes und sonstiger Verluste.
Neuerntemethoden (in der Landwirtschaft)	Methoden, die auf Grund fortschrittlicher Erkenntnisse geeignet sind, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern bzw. die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. z. B. Neupflanzverfahren bei Kartoffeln, Einsaat- und Kreuzdrillverfahren, Zusatzbestäubung, Anwendung von Unkrautbekämpfungsmitteln auf Hormonbasis, Jarowisation von Sommergetreide, Anwendung von granuliertem Superphosphat, Gerätekopplung, Fließband-System u. a.
36. Ertragsgebiet	Ein nach gleichartigen natürlichen Ertragsbedingungen abgegrenztes Anbaugebiet.
37. Wirtschaftsfäche	Die gesamte Fläche des landwirtschaftlichen Betriebes, bestehend aus landwirtschaftlicher Nutzfläche, Forsten und Holzungen, Odland (kultivierbar), Ackerland, Unland, nutzbaren Gewässern, Gebäuden, Wegen und Hofflächen.
38. Nutzungsarten	Nach der Nutzungsart des Bodens wird unterschieden: Landwirtschaftliche Nutzfläche, forstwirtschaftlich genutzte Fläche, nutzbare Gewässer, Odland, Unland, sonstige Flächen (wie Wege, Hofflächen, Gebäudeflächen usw.). Die Summe der Nutzungsarten eines Betriebes ergibt seine Wirtschaftsfäche

39. Landwirtschaftliche Nutzfläche	Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche, bestehend aus Ackerland, Grünland einschließlich Wechselnutzung, Gartenland und Belegchaftsgärten der VEG, Obstplantagen, Rebland, Baumschulen, Wiesen, Streuwiesen, Weiden, Hutungen, Korbweidenanlagen und Hopfengärten.
40. Forsten und Holzungen	Flächen, die zur Holzucht und -nutzung bestimmt sind sowie Flächen zur Anzucht von Forstgehölzen (Forstbaumshulen).
41. Ödland (Kultivierbar)	Flächen, die nach Durchführung von Kultivierungsmaßnahmen im Rahmen normaler Aufwendungen landwirtschaftlich bzw. forstwirtschaftlich genutzt werden können.
42. Abbaeland	Steinbrüche, Torfstiche, Sand-, Kies- und Lehmgruben.
43. Umland	Nicht kultivierbare Flächen sowie nicht nutzbare Gewässer.
44. Gebäude und Wegräume	Hierzu gehören: Betriebs eigene Wege, Parkanlagen, Gebäude, Hofflächen und Gräben.
45. Kulturländer	Die Kulturläche umfasst folgende Kulturarten: Ackerland einschließlich Wechselnutzung Dauergrünland Gartenland Daueranlagen (Obstanlagen, Korbweidenanlagen usw.) forstwirtschaftlich genutzte Flächen genutzte Gewässer.
46. Ackerland	Flächen für die Produktion von Ackerfrüchten einschließlich der Flächen mit Wechselnutzung.
47. Geschlossene Obstplantagen	Anlagen, in denen Obst- und Beerensträucher gleicher oder verschiedener Baumformen in regelmäßigen Abständen ohne nennenswerte Unterkulturen angepflanzt sind. Geschlossene Obstplantagen sind Obstplantagen ab 1000 qm.
48. Offene Obstplantagen (Streupflanzungen)	Obst- und Beerenobstpflanzungen mit weiten, auch unregelmäßigen Abständen. Die Fläche wird daneben auch ackerbaulich oder als Grünland genutzt.
49. Wiesen	Dauergrünland, das vorwiegend der Heugewinnung dient.
50. Streuwiesen	Flächen, die nur oder in der Hauptsache der Streugewinnung dienen. Ihr Ertrag kann nur durch Meliorationen größeren Ausmaßes verbessert werden.
51. Welden	Dauergrünland, das vorwiegend der Weidenutzung dient.
52. Hutungen	Flächen geringer Ertragsfähigkeit, die nur eine geringe Weidenutzung zulassen.
53. Wechselnutzung	Dauergrünland, das vorübergehend als Ackerland genutzt wird.
54. Brotgetreide	Getreidearten für die Brotherstellung, wie Roggen und Weizen, auch im gemischtem Anbau.
55. Futtergetreide	Getreidearten für Futterzwecke, wie Gerste, Hafer, Körnermais, Buchweizen, Hirse, Menggetreide, Mischfrucht und Hülsenfruchtgemenge.
56. Menggetreide	Verschiedene Getreidearten im Gemisch, z. B. Hafer und Gerste.
57. Bei- und Mischsaat	Getreidearten, in denen Hülsenfrüchte eingespritzt sind. Der Anteil der Binsaat darf nicht über 5 Prozent betragen.
58. Hülsenfruchtgemenge	Verschiedene Hülsenfrüchte mit Getreide. Der Hülsenfruchtanteil muß über 30 Prozent betragen.

59. Wicken mit Stützfrüchten	Winter- und Sommerwicken zur Samengewinnung, in die Getreide als Stützfrucht eingesät wurde.
60. Futterhackfrüchte	Hackfrüchte für Futterzwecke, wie Runkelrüben, Kohlrüben, Futtermöhren und Topinambur.
61. Zwischenfrüchte	Feldfrüchte für Futterzwecke, die vor, mit bzw. nach den Hauptfrüchten angebaut werden. a) Winterzwischenfrüchte: Feldfutterpflanzen, die im Herbst ausgesät und im Frühjahr genutzt werden. b) Unterasaten: Feldfutterpflanzen, die in die Hauptfrüchte eingesät werden. c) Stoppelaasaten: Feldfutterpflanzen, die nach der Ernte der Hauptfrüchte als Zwischenfrüchte zur Herbstnutzung angebaut werden.
62. Zweifrüchte	Feldfrüchte, die innerhalb eines Jahres nach der Ernte einer Hauptfrucht als weitere Hauptfrucht angebaut werden.
63. Ölfrüchte	Hierzu gehören: Raps, Rübsen, Mohn, Senf, Leindotter, Sonnenblumen u. a. (ohne Samen der Faserpflanzen).
64. Faserpflanzen	Hierzu gehören: Olfaserklein, Faserlein, Hanf.
65. Küüber	Rindvieh bis 3 Monate alt.
66. Jungvieh	Rindvieh über 3 Monate bis noch nicht 2 Jahre alt.
67. Fikren	Rindvieh 2 Jahre alt und älter, das zur Zucht vorgesehen ist, ohne Berücksichtigung der Trächtigkeit.
68. Kälber	Rindvieh nach der 1. Abkalbung.
69. Rindfruchttiere	Männliche und weibliche Zuchttiere mit Abstammungs- und Leistungsnachweis.
70. A-Kühe der Milchleistungsprüfung	Milchkühe, die ganzjährig unter Leistungsprüfung stehen.
71. B-Kühe der Milchleistungsprüfung	Milchkühe, die nicht ganzjährig unter Leistungsprüfung stehen.
72. Saugtierkal	Schweine unter 2 Monate alt.
73. Absetzerkal	Schweine 2 bis noch nicht 3 Monate alt.
74. Läuter	Schweine 3 bis noch nicht 6 Monate alt.
75. Mindestschweine	Schweine 6 Monate alt und älter, die zur Schlachtung bestimmt sind.
76. Lämmer	Unter 1 Jahr alte Schafe und Ziegen ohne Unterschied des Geschlechtes.
77. Zähler	Weibliche Schafe unter und über 1 Jahr alt, die noch nicht Mutterschafe sind.
78. Endreiter	Ober 1 Jahr alte weibliche Schafe, die zur Zucht vorgesehen sind, ohne Unterschied, ob sie bereits gedeckt sind.
79. Mutterschafe	Weibliche Schafe über 1 Jahr alt, die bereits gelammt haben. Eine Fehlgeburt gilt in diesem Falle als Lammung.
80. Junghennen	Hennen von 6 Monaten bis noch nicht 1 Jahr alt.

81. Loptholz	Hennen von 1 Jahr alt und älter.
82. Notschlachtung	Eine im Notfall ohne vorhergehende Schlachtierbeschau vorgenommene Schlachtung, um Totalverlust zu vermeiden.
83. Großviehseinheit (GV)	Umrechnung des Bestandes in den verschiedenen Altersgruppen von Pferden, Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen auf eine festgelegte Einheit (eine Großviehseinheit = 500 kg).
84. Derbholz	Die gesamte oberirdische Holzmasse über 7 cm Durchmesser mit Rinde ausschließlich des bei der Fällung am Stock bleibenden Schafholzes.
85. Derbbaumholz	Derbholz, das zu Nutzzwecken geeignet ist (Gegensatz zu Brennholz).
86. Nadelholzholz	Zu Nutzzwecken geeignete Nadelholzäste, die Sägewerken zur Gewinnung von Balken, Brettern, Schwellenholz usw. zugeführt werden.
87. Laubholzholz	Zu Nutzzwecken geeignete Laubböller, die Sägewerken zur Gewinnung von Balken, Brettern, Schwellen- und Furnierholz usw. zugeführt werden.
88. Grubenholz	Holz mit über 5 cm Durchmesser am schwächeren Ende, das entsprechend seiner Beschaffenheit und seinem Ausmaß im Bergbau verwendet werden kann. Es wird Grubenlangholz und Grubenstangenholz unterschieden.
89. Sonstiges Langnutzholz	Langnutzholz, außer Nadelholzholz, Laubholzholz und Grubenholz, wie Rammpfähle, Masten und Telegrafenstangen sowie Langnutzholz zur Verwendung in rundem Zustand.
90. Faserholz	Weiß geschältes Schichtnutzholz in Längen von 1 bis 2 m und über 4 cm Durchmesser am schwächeren Ende in Rollen und Spaltstückchen von Fichte, Kiefer, Buche, Birke und Pappel.
91. Sonstiges Schichtderbholz	Derbholzholz (außer Faserholz), das in Schichtmassen aufgearbeitet wird.
92. Breanderbholz	Nicht zu Nutzzwecken geeignetes Derbholz, das in Längen von 1 m gehalten und in Schichtmassen aufgearbeitet wird.
93. Nichtderbholz	Holz mit einem Durchmesser unter 7 cm mit Rinde am stärkeren Ende.
94. Brennküppel	Nicht zu Nutzzwecken geeignetes Nichtderbholz mit mindestens 4 cm Durchmesser mit Rinde am schwächeren Ende.
95. Walderneuerung	Sammelbegriff für alle Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der lebenden Holzvorräte, z. B. Aufforstung, Kultur-, Jungwuchs- und Waldflege, Forstschutz usw.
96. Aufforstung	Hierzu gehören alle Maßnahmen zur Neu- und Wiederaufforstung einschließlich der Bodenvorarbeiten und Pflanzenerziehung sowie die Förderung der Naturverjüngung, die Nachbesserungen und Ergänzungen.
97. Unterbau	Die Einbringung geeigneter Holzarten in ältere Bestände zur Steigerung der Massenleistung und des Wertes zur Verbesserung des Bodenschutzes und zur Schafpflege.
98. Combine	Ernteebergungsmaschine, die mehrere Arbeitsarten mechanisiert in einem Arbeitsgang durchführt, z. B. Mähdrescher, Rüben-Vollerntemaschine, Kartoffel-Vollerntemaschine.
99. Rad- und Kettenfahrzeuge	Kraftfahrzeuge ohne Nutzraum, die als Zugkraft zum Schleppen von Anhängern bzw. Anhängergeräten dienen. Mit Hilfe von Zapfwellen ermöglichen sie außerdem den Betrieb von Anbaugeräten. <ul style="list-style-type: none"> a) Radachlepper (RS) Schlepper, der außerdem als Antriebsmaschine für Dreschmaschinen, Heupressen und Holzsägen dient. b) Kettenfahrzeuge (KS) Besonders schwerer Ackerschlepper mit Kettenlaufwerk, das mit seiner größeren Auflagefläche einen nur geringen Flächendruck auf den Boden ausübt

100. Einheitstraktor	Umrechnung der Traktoren mit verschiedener Zugkraft auf die Leistung eines 30 PS-Traktors nach einem festgelegten Koeffizienten.
101. Traktorenarbeiten	Mit Motorantrieb durchgeführte Arbeiten, bei denen der Traktor als Zug- bzw. Antriebsmaschine benutzt wird. Hierzu zählen: Feldarbeiten, Druscharbeiten, Heupressen, Transporte, Holzägen u. a.
102. Feldarbeiten	Auf der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und in Forstkulturen durchgeführte landwirtschaftliche Arbeiten. Hierzu zählen: Pflügen, Drillen, Pflanzen, Kartoffellegen, Pflegearbeiten, Schädlingsbekämpfung, Düngung, Mähen, Röden und Meliorationen.
103. Arbeitseinheit (AE)	Abrechnungseinheit für die verschiedenen Tätigkeitsarten der Genossenschaftsbauern (landwirtschaftliche Arbeiten, genossenschaftliche und gesellschaftliche Funktionen, Schulbesuche), die die persönlichen Einkünfte bestimmt. Hierbei werden sowohl die Quantität als auch die Qualität der Arbeit der Genossenschaftsmitglieder sowie der erforderliche Qualifizierungsgrad berücksichtigt.
104. Arbeitskräfteeinheit (AK) in der MTS	Eine Arbeitskräfteeinheit entspricht der Leistung einer voll arbeitsfähigen männlichen oder weiblichen Person, die (männlich) mindestens 2100 bzw. (weiblich) 2000 Arbeitstunden im Verlauf eines Jahres leistet.
105. Zugviehseinheit (ZV)	Umrechnung der Arbeitsleistung von Zugtieren auf die Arbeitsleistung eines mittelschweren Pferdes nach einem festgelegten Koeffizienten.
106. Hektar mittleres Pfälzgns (hm)	1 ha mittleren Pfälzgns entspricht dem Arbeitsaufwand für das Pflügen von 1 ha Ackerland in 20 bis 25 cm Tiefe. Auf diesen Begriff werden alle mechanischen Arbeitsleistungen der MTS und VBG nach einem festgelegten Koeffizienten umgerechnet.
107. Nutzflächenverhältnis	Prozentualer Anteil der einzelnen Kulturarten (soweit diese zur landwirtschaftlichen Nutzfläche gehören) an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.
108. Wirtschaftlichkeitsverhältnis (Betriebsflächenverhältnis)	Prozentualer Anteil der einzelnen Nutzungsarten an der Wirtschaftsfläche (Betriebsfläche).
109. Ackerflächenverhältnis	Prozentualer Anteil der einzelnen Kulturpflanzen (Fruchtarten) an der Ackerfläche.
110. Ackergrünlandverhältnis	Prozentualer Anteil der Ackerfläche bzw. des Grünlandes an der LNF.
111. Anbauverhältnis	Prozentualer Anteil der Halmfrucht- bzw. Blattfruchtfäche an der Ackerfläche.
112. Dauergrünlandanteil	Anteil des Dauergrünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche.
113. Flächengesamtaktivität	Verhältnis der Menge oder des Wertes der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion oder des Wertes der Nettoproduktion zur landwirtschaftlichen Nutzfläche.

B.4 Verkehr, Post- und Fernmeldeverwesen

1. Verkehr

Die Aufgabe des Verkehrs ist die Ortswiederholung von Gütern und Personen sowie die Übermittlung von Nachrichten mit Hilfe der ausschließlich für diese Zwecke konstruierten Transportmittel und Analogen. Der Güterverkehr ist ein Zweig der materiellen Produktion, während der Personerverkehr zur dienstleistenden Wirtschaft zählt. Der Güterverkehr ist eine notwendige Existenzbedingung einer auf voll entfalteter gesellschaftlicher Arbeitsteilung beruhenden Produktionsweise.

2. Kommunaler Verkehr

Verkehrseinheiten sozialer Verkehrsbetriebe, die unter kommunaler Verwaltung stehen (U-Bahn, Straßenbahn, O-Bus, Omnibus einschließlich der angegliederten Reparaturwerkstätten). Ferner können hierzu die selbständigen Taxi- und Mietwagenbetriebe gehören. Hinsichtlich der Organisationsformen der Betriebe und Einrichtungen unterscheidet man zwischen den größeren Betrieben mit VEB-Plan, den Betrieben mittlerer Kapazität mit vereinfachten Finanz- und Leistungsplänen und den Kleinstbetrieben und Einrichtungen, die brutto im Haushalt der Gebietskörperschaft geplant sind.

Eisenbahn

3. Personenverkehr (Binnenschiff)

Die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Expressgut mittels der Fahrzeuge der Eisenbahn.
Expressgut zählt nur im deutschen Verkehr zum Personenverkehr, im Internationalen zum Güterverkehr.

4. Reiseverkehr (Allgemeiner Verkehr — AV) (Binnenschiff)

Beförderung von Personen auf Strecken der Deutschen Reichsbahn, und zwar
a) zu Normaltarifen,
b) zu ermäßigten Preisen (einmalige Fahrten),
c) zu Zettkartentarifen
mit Ausnahme der Berliner S-Bahn.

5. Berufsverkehr (Binnenschiff)

Personenverkehr der Eisenbahn, der der Beförderung von Werkzeugen von und zur Arbeitsstelle dient (ohne Berliner S-Bahn-Verkehr). Hierzu rechnen alle Fahrten, die von Inhabern von Zeitkarten (Stunden-, Schülermonats- und Arbeitermonatskarten sowie Tafelmonate-, Arbeiterwochen- und Schülerwochenkarten) durchgeführt werden.

6. Verkehr zu ermäßigten Preisen — Kleinvermögensverkehr — (Binnenschiff)

Personenverkehr der Eisenbahn zu ermäßigten Beförderungsguthaben, soweit sie als Fahrpreisermäßigungen neben den Vergünstigungen für den Berufsverkehr (Zeitkarten) noch bestehen.

7. S-Bahn-Verkehr

Personenverkehr auf Strecken der Berliner S-Bahn (elektrisch und mit Dampfkraft betriebene Strecken).
S-Bahn: Nahverkehrs- und Massenbeförderungsmittel für Personen auf einem Streckennetz, das die Randgebiete mit dem Stadtbereich verbindet. Für dieses Streckennetz gelten als besondere Merkmale
a) Anwendung eines Zonen-Tarifs,
b) auf den einzelnen Strecken Zugfolge in kurzen regelmäßigen Zeitabständen.

8. Güterverkehr (Binnenschiff)

Dem Transport von Gütern dienender Verkehr einschließlich Leichen- und Tierverkehr.

- Öffentlicher Verkehr
Güterverkehr der auf Grund der Beförderungspflicht der DR im Rahmen der Transportpläne zu festgesetzten Tarifen für die Öffentlichkeit durchgeführt wird.
- Dienstgüterverkehr
Transport von Dienstgut der DR.

9. Gütertransport in t

Im Güterverkehr auf den Strecken der DR insgesamt beförderte Gütermenge. Dazu gehört der Versand innerhalb der DDR, nach Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland. Ferner der Empfang aus Westdeutschland bzw. Westberlin und dem Ausland.

10. Verwand (Eisenbahn)

Im Güterverkehr aufgelieferte Gütermenge zur Beförderung innerhalb der DDR, nach Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland.

11. Empfang von außerhalb (Eisenbahn)	Über die Grenzen der DDR und über die Demarkationslinie eingehende Gütermenge.
12. Spurweite	Der lichte Abstand zwischen den Innenkanten der Schienenköpfe (Fahrkanten) eines Zweischienengleises, gemessen senkrecht zu den Schienen und 14 mm unter der Schienenoberkante.
13. Breitspur	Spurweite bei Breitspurbahnen (über 1435 mm).
14. Normalspur (N)	Spurweite 1435 mm, unzweckmäßigerweise auch als „Vollspur“ oder „Regelspur“ bezeichnet.
15. Schmalspur (Sm)	Spurweite bei Schmalspurbahnen: 500 mm, 600 mm, 750 mm, 900 mm 1000 mm.
16. Betrieblänge	Länge der tatsächlich von der Deutschen Reichsbahn betriebenen Strecken, unabhängig von der Anzahl der auf diesen Strecken ausgelegten Gleise.
17. Gleislänge	Gesamtlänge der auf den Strecken und Bahnhöfen ausgelegten Gleise. Man unterscheidet Haupt- und Nebengleise. Hauptgleise sind Gleise, die von Zügen in regelmäßiger Betrieb befahren werden. Die Hauptgleise wiederum gliedern sich in: die durchgehenden Hauptgleise der freien Strecke und deren Fortsetzung durch die Bahnhöfe; die Bahnhofsgleise; die Weichenverbindungen. Alle nicht zu den Hauptgleisenzählenden Gleise sind Nebengleise.
18. Gesamtbestand	Inventurbestand an reichsbahneigenen Fahrzeugen (Betriebspark und Schadpark).
19. Betriebspark (Eisenbahn)	Für die Durchführung der Verkehrsaufgaben zur Verfügung stehende Fahrzeuge (Einsatzfähiger und in Ausbesserung befindlicher Park).
20. In Ausbesserung befindlicher Teil des Betriebsparkes (Eisenbahn)	Teil des Betriebsparkes, der sich zur Reparatur bzw. zur Vornahme der planmäßigen Untersuchungen in Reichsbahn ausbesserungswerken (RAW), Bahnbetriebewerken (Bw), Betriebswagenwerken (Bww) oder auf den für zu reparierende Wagen vorgesehenen Abstellgleisen befindet.
21. Arbeitender Park (Eisenbahn)	Teil des einsatzfähigen Betriebsparkes, der tatsächlich eingesetzt wird.
22. Schadpark	Fahrzeuge, die nicht mehr betriebsfähig und zur Ausmusterung vorgesehen sind.
23. Lokomotivpark (Eisenbahn)	Gesamtzahl der reichsbahneigenen Lokomotiven; dazu gehören: Dampflokomotiven, Elektrische Lokomotiven, Lokomotiven mit Verbrennungsmotoren (Motorlok) und Kleinlokomotiven aller Baureihen und Gattungen.
24. Personenwagenpark (Eisenbahn)	Gesamtzahl aller der Personenbeförderung dienenden Wagen. Der Personenwagenpark unterteilt sich in Reisezugwagenpark und g-Bahnwagenpark. Außerdem gehören dazu Reisezuggepäckwagen (Pw), Bahndienstwagen und Postwagen sowie die für besondere Zwecke gebundenen Personenwagen, wie Sonderwagen (Gefangenewagen, Klubwagen, Kinowagen, Salonwagen, Operationswagen, Krankenwagen, Küchenwagen, Maschinenwagen).

26. Reisezugwagen	Zu den Reisezugwagen gehören die D-Zug-, Eilzug-, Personenzug-, Doppelstock-, Schlaf-, Speise- und Triebwagen.
26. Güterwagengesamtpark (Eisenbahn)	Gesamtzahl der reichsbahnreigenen Güterwagen in Stück bzw. umgerechnet auf Zweiachswagen (2-AW) einschließlich der Packwagen für Güterzölle (Pwg).
27. In Reserve befindliche Güterwagen (Eisenbahn)	Betriebsfähige Güterwagen, die auf Anordnung der HV Wagenwirtschaft auf bestimmten Abstellgleisen für den Spitzenverkehr oder sonstige Sonderfälle bereithalten werden.
28. Für besondere Zwecke gebundene Güterwagen	Güterwagen, die nicht für den Gütertransport eingesetzt werden, z.B. Wohnwagen, Arbeits- und Bauzugwagen, Kranwagen, Güterzuggepäckwagen sowie nur für den inneren Werkverkehr vermietete Güterwagen.
29. Fremdwagen (Eisenbahn)	Güterwagen fremder Eisenbahn-Verwaltungen, die sich vorübergehend im Gebiet der DDR befinden.
30. Täglich arbeitender Güterwagengpark	Der arbeitende Güterwagengpark ist der Teil des gesamten Güterwagengparks, der für die Durchführung des Gütertransports in der DDR eingesetzt ist. Dazu rechnen alle Güterwagen (reichsbahnreigene wie fremde), die sich im Gebiet der DDR auf den Strecken der DR, Bahnhofs- und Verschiebebahnhofsgleisen, auf Gleisen von Neben- und Anschlußbahnen, auf Industriebahnen und Werksgleisen befinden und auf Beladung warten, in der Beladung oder bereits beladen sind, in Züge eingestellt werden oder bereits eingestellt worden sind, zur Entladung bereitgestellt werden, entladen werden oder bereits entladen sind. Ausgenommen sind Güterwagen, die sich in Reparatur befinden, die sich in Westdeutschland oder im Ausland befinden, die in Reserve stehen und die für besondere Zwecke gebunden sind.
31. Tägliche Anforderung (Eisenbahn)	Anzahl der täglich von den Versendern auf der Grundlage ihres Transportplanes bei der DR für die Beladung angeforderten Güterwagen unter Berücksichtigung der Ab- und Nachbestellungen und der für besondere Zwecke angeforderten Wagen.
32. Tägliche Beladung (Eisenbahn)	Anzahl der täglich beladenen Güterwagen in der Maßeinheit 2-AW.
33. Täglich beladener Eingang (Eisenbahn)	Anzahl der täglich über die Grenzen der DDR bzw. über die Demarkationslinie in die DDR einrollenden beladenen Güterwagen. (Gilt innerhalb der DDR sinngemäß auch für das Gebiet einer Reichsbahndirektion bzw. eines Amtsbezirkes).
34. Tägliche Arbeit (Eisenbahn)	Summe der täglich im Gebiet der DDR beladenen und der in die DDR beladen einrollenden Güterwagen.
35. Bereitstellung (Eisenbahn)	Anzahl der von der DR den Versendern auf Grund ihrer Anforderungen für die Beladung bzw. den Empfängern für die Entladung bereitgestellten Güterwagen.
36. Durchschnittliche Umlaufzeit eines zweiachsigem Güterwagens	Die in Tagen ausgedrückte Zeitspanne, die ein Güterwagen von einer Beladung bis zur nächsten umläuft (Quotient aus dem durchschnittlich täglichen arbeitenden Güterwagengpark und der durchschnittlich täglichen Arbeit)
37. Mittlere Auslastung eines zweiachsigem Güterwagens	Durchschnittlich in einem Güterwagen beförderte Gütermenge in Tonnen. Sie wird berechnet für den Gütertransport nach Gutarten II. Transportplanungsnomenklatur beförderte Güter in t Anzahl der zweiachsigem Güterwagen

38. Nettolast eines Güterzuges	Durchschnittlich in einem Guterzug beförderte Gütermenge: wird errechnet:
	$\frac{\text{Nettotonnen-km}}{\text{Zug-km}}$
39. Bruttolast eines Güterzuges	Gewicht der Ladungen und Wagen je Zug: wird errechnet:
	$\frac{\text{Bruttotonnen-km}}{\text{Zug-km}}$
40. Durchschnittliche Laufweite (Eisenbahn)	Gibt die in einem bestimmten Zeitraum von einem Schienenfahrzeug zurückgelegte Strecke in km an.
41. Durchschnittliche Anzahl der Achsen pro Zug	Achsen aller in einem Güter- oder Personenzug laufenden Wagen: wird errechnet:
	$\frac{\text{Achskilometer}}{\text{Zugkilometer}}$
42. Mittlere Versandweite (Eisenbahn)	Durchschnittliche Tarifentfernung je beförderte Tonne Gut: wird errechnet:
	$\frac{\text{Tariftonnen-km}}{\text{Tariftonnen}}$
43. Mittlere Transportweite (Eisenbahn)	Durchschnittlich zurückgelegte tatsächliche Entfernung je beförderte Tonne Gut: wird errechnet:
	$\frac{\text{Netto-tkm}}{\text{Nettotonnen}}$
44. Mittlere Reiseweite (Eisenbahn)	Durchschnittlich von einer Person bezahlte Strecke: wird errechnet:
	$\frac{\text{Personen-km}}{\text{beförderte Personen}}$
45. Tariftonnen (Eisenbahn)	Frachtpflichtiges Gewicht. (Das wirkliche Gewicht der Sendung oder, soweit eine Erhöhung oder Verminderung des Gewichtes durch den Deutschen Eisenbahngütertarif vorgeschrieben ist, das erhöhte oder verminderte Gewicht).
46. Tariftonnenkilometer — Ttkm — (Eisenbahn)	Ortsveränderung der Güter — unter Berücksichtigung des Tarifgewichtes und der Tarifentfernung — zwischen dem Versand- bzw. Übergangsort für Importe oder Transitsendungen und dem Empfangs- bzw. Übergabort für Export- oder Transitsendungen.
47. Betriebene Nettoleistung — Nettonennkilometer — Ntkm — (Eisenbahn)	Leistung der DR im Güterverkehr, die durch Ortsveränderung der Güter unter Berücksichtigung des Netto-Gewichtes und der tatsächlich zurückgelegten Entfernung bestimmt wird. (Ergebnis aus dem Netto-Gewicht der Ladung und der tatsächlich zurückgelegten Entfernung)
48. Bruttotonnenkilometer	Eigengewicht der beladenen Güterwagen plus Gewicht der Ladung multipliziert mit der tatsächlich zurückgelegten Entfernung plus Gewicht der leeren Güterwagen multipliziert mit der Entfernung der Leerbewegung. (Bruttotonnengewicht des Zuges x zurückgelegter Entfernung).
49. Zugkilometer	Die von Zügen durchfahrene Strecke in km.
50. Achskilometer (Eisenbahn)	Anzahl der Achsen multipliziert mit der zurückgelegten Entfernung in km. Sie werden getrennt ermittelt für Güter-, Personen- und S-Bahnwagen
51. Güterwagen, zweischalige	Maßeinheit zur Zählung der Güterwagen. Wird errechnet:
	$\frac{\text{Gesamtzahl der Güterwagenachsen}}{2}$
	Bezieht sich nur auf Arbeitenden Güterwagenpark, Tägliche Arbeit, Tägliche Beladung.

52. Brennstoffverbrauch der Dampflokomotiven	Gesamtmenge der von Dampflokomotiven verbrauchten Brennstoffe, die nach einem Umrechnungsfaktor in Briketteinheiten angegeben wird.								
53. Spezifischer Kohleverbrauch	Verbrauchte Brennstoffmenge (umgerechnet auf Briketteinheiten) je eine Million Bruttotonnenkilometer; wird errechnet: $\frac{\text{Gesamtkohleverbrauch (in Brt)}}{\text{Bruttotonnenkilometer}}$								
54. Briketteinheiten (Kohleverbrauch)	Maßeinheit für den Kohleverbrauch der Dampflok, unabhängig von der Art des verbrauchten Brennstoffs. Umrechnungsfaktor: <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td>1 t verbrauchte Brikett</td> <td>= 1,0 BrE</td> </tr> <tr> <td>1 t verbrauchte Steinkohle</td> <td>= 1,5 BrE</td> </tr> <tr> <td>1 t verbrauchte Rohbraunkohle</td> <td>= 0,4 BrE</td> </tr> <tr> <td>1 t verbrauchter Kohlenstaub</td> <td>= 1,0 BrE</td> </tr> </table>	1 t verbrauchte Brikett	= 1,0 BrE	1 t verbrauchte Steinkohle	= 1,5 BrE	1 t verbrauchte Rohbraunkohle	= 0,4 BrE	1 t verbrauchter Kohlenstaub	= 1,0 BrE
1 t verbrauchte Brikett	= 1,0 BrE								
1 t verbrauchte Steinkohle	= 1,5 BrE								
1 t verbrauchte Rohbraunkohle	= 0,4 BrE								
1 t verbrauchter Kohlenstaub	= 1,0 BrE								
55. Spezifischer Energieverbrauch der elektrischen Lokomotiven	Verbrauchte Energie je eine Million Bruttotonnenkilometer. Wird errechnet: $\frac{\text{kWh}}{\text{Btkm}}$								
56. Spezifischer Energieverbrauch der S-Bahn	Verbrauchte Energie je eine Million Achskilometer. Wird errechnet: $\frac{\text{kWh}}{\text{Achskm}}$								
57. Binnenschiffahrt	Schiffverkehr auf den Binnengewässern der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Haff und Bodden.								
58. Seehäfen	Bauliche Anlagen an der Küste oder an Flussmündungen, in denen Hochseeschiffe beladen und gelöscht werden.								
59. Seehafenbetriebe	Volkseigene Umschlagsbetriebe an der Küste, die das Be- und Entladen von Hochseeschiffen ausführen und die Lagerung des Transportgutes übernehmen.								
60. Binnenschäfen	Umschlags- oder Schutzhäfen an einem Binnengewässer.								
61. Umschlagshäfen	Bauliche Anlagen an Wasserstraßen, die dem Güterumschlag dienen.								
62. Schutzhäfen	Bauliche Anlagen, die dem Schutz der Schiffe bei Hochwasser, Niedrigwasser und bei Eisgang dienen.								
63. Hafenbetriebe	Volkseigene Umschlagsbetriebe an einer Binnenwasserstraße, die sich mit dem Be- und Entladen von Schiffen und der Lagerung der Transportgüter befassen.								
64. Lade- und Liegeplätze	Umschlagsplätze, an denen gelegentlich Schiffe be- und entladen werden.								
65. Befrachtungsstellen	Betriebsteil der Deutschen Schifffahrts- und Umschlagsbetriebe (DSU), der die Transportgüter (Fracht) auf den vorhandenen Transportraum der Binnenschiffahrtsflotte verteilt.								
66. Reederei	Schiffahrtsbetriebe mit eigenen Fahrzeugen, die der Durchführung von Transportleistungen oder der Personenbeförderung dienen.								
67. Fremde Flotte	Nicht in der Deutschen Demokratischen Republik registrierte Binnenschiffahrtsfahrzeuge, die die Wasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik befahren.								
68. Registrierte Transport- und Personalflotte	Alle bei den Wasserstraßenamt registrierten Binnenschiffahrts-Transport- und Personalfahrzeuge, unabhängig davon, ob sie zur Zeit einsatzfähig sind.								

69. Gesamt-Transportraum	Registrierte Transport- und Personenflotte, abzüglich der sich zur Zeit ohne Genehmigung in Westdeutschland oder Westberlin befindlichen Fahrzeuge.
70. Betriebstransportraum	Alle für den Transport zugelassenen Fahrzeuge einschließlich derjenigen, die zur Zeit auf Werft liegen bzw. sich in Selbstreparatur befinden, ohne die an die Wasserstraßenämter vermieteten Fahrzeuge, Bunker- und Lagerkähne sowie die sich ohne Genehmigung in Westdeutschland oder Westberlin befindlichen Fahrzeuge.
71. Betriebliche Personensfotte	Alle registrierten, einsatzfähigen sowie zur Zeit auf Werft und in Selbstreparatur befindlichen Personenschiffe abzüglich der sich zur Zeit ohne Genehmigung in Westdeutschland oder Westberlin befindlichen Fahrzeuge.
72. Einsatzfähige Transport- und Personensfotte	Betriebliche Transport- und Personensfotte, ausschließlich der zur Zeit auf Werft liegenden und sich in Selbstreparatur befindlichen Fahrzeuge.
73. Tragfähigkeit der gesamten einsatzfähigen Transportflotte	Die Summe der einsatzfähigen Leertonnen während eines bestimmten Zeitraumes.
74. Tatsächlich eingesetzte Transport- und Personensfotte	Die während eines bestimmten Zeitraumes eingesetzten Fahrzeuge, die Beförderungsleistungen durchführen, ohne Fahrzeuge, die leer auf Order bzw. aus sonstigen Gründen warten.
75. Nicht einsatzfähige Transport- und Personensfotte	Alle Fahrzeuge ohne Attest, Klasse oder ohne bzw. nicht vollzählige Besemannung sowie abwrackreife Fahrzeuge und reparaturbedürftige Fahrzeuge, für die keine Ausbaumittel vorhanden sind bzw. keine Werfeinweisung vorliegt.
76. Wartender Transportraum	Die Tonnage der einsatzfähigen Transportflotte, die sich nicht auf Fahrt befindet.
77. Zahl der Einfahrten des Ladeterminals	Anzahl der Fahrten der eingesetzten Fahrzeuge während eines bestimmten Zeitraumes. Als Einsatz gilt die Zeit von einer Beladung bis zur Bereitstellung für die nächste Beladung.
78. Baudarleistung	Güterbeförderungsleistung der volkseigenen Transportflotte in tkm.
79. Gütermuschling	Beförderung von Gütern von einem Schiff auf das andere, von Schiff auf Waggon, Landfahrzeuge oder Lager, oder umgekehrt.
80. Landmuschling	Umschlag von Gütern zwischen Landfahrzeugen und Lager.
81. Schiffsversorgung	Umschlag von Schiff auf Land, Waggon, Kraftfahrzeug, Lager, Schiff bzw. umgekehrt.
82. Beförderung eines Kahlmanns	Versorgung der einsatzfähigen Schlepper, Selbstfahrer und Seeschiffe mit den notwendigen Brenn- und Treibstoffen.
83. Transitverkehr	Beförderung von Flößholz und von schwimmfähigen Hohlkörpern.
84. Sonstige Leistungen der Schifffahrt	Binnenschiffe, die nicht in der Deutschen Demokratischen Republik registriert sind und die Binnengewässer der Deutschen Demokratischen Republik im Durchgangsverkehr durchfahren, ohne innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik zu laden oder zu löschen.
85. Sonstige Leistungen der Seeschifffahrt	Bebunkierung, Spedition, Lagerung, Bugserdienst usw.
86. Tonnen-Gesamtgewicht (tGw)	Schleppleistungen.
87. Bruttoregistertonnen BRT	Gesamttragfähigkeit des Schiffes (Ladung und Ausrüstung mit Brennstoffen und Treibstoffen und Lebensmitteln).
	Rauminhalt des Schiffes einschließlich der Räume für die Schiffsmannschaften, die Maschinen, Kessel, für die Schiffsführung, für den Wasserauslauf usw. 1 Bruttoregistertonnen = 2,83 m³

89. Nettoregistertonnen NRT	Rauminhalt der Fracht- und Fahrgasträume; Rauminhalt, nach dem die Abgaben für das Schiff berechnet werden. BRT und NRT haben keinen direkten Zusammenhang mit der Wasserdrängung und der Tragfähigkeit.
90. Leertonnen bzw. Ladefähigkeit in t	Das Fassungsvermögen eines Binnenschiffes in t.
91. Ausnutzung der Tragfähigkeit	Verhältnis der eingeladenen Gütermenge zum Fassungsvermögen des beladenen Schiffes in t.
92. Eichtonnen	Das von der Deutschen Schiffsrevision und -klassifikation festgelegte Fassungsvermögen eines Binnenschiffes in t.
93. Schleppkraft der gesamten einsatzfähigen Transportflotte	Technische Leistung der einsatzfähigen Schlepper in PS.
94. Theoretische Nennleistung der Seebagger in m³-Einheit	Summe der maximalen Leistungen der Seebagger in m³-Einheiten (Leistung eines Bidders, bezogen auf die mittlere Bodenklasse).
95. t Seemeilen	Die durch die Seeschiffe beförderten t Fracht multipliziert mit den zurückgelegten Seemeilen (1 Seemeile = 1852 m).
96. tkm	Die durch die Binnen- und Seeschiffe beförderten t Fracht multipliziert mit den zurückgelegten km.
97. Fahrgebiete der Seeschifffahrt	Aufteilung der Weltmeere in Fahrgebiete, für die bestimmte Schiffstypen zum Einsatz kommen.
Kraftverkehr	
98. Gewerblicher Kraftverkehr	Transport und Beförderung auf Kraftfahrzeugen durch Verkehrsbetriebe.
99. Werkverkehr	Transport und Beförderung auf Kraftfahrzeugen für innerbetriebliche Zwecke durch Betriebe der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, des Kleingewerbes usw.
100. Nahverkehr	Alle Transporte im Güterkraftverkehr, die bis zu 50 km Luftlinie vom Einsatzort entfernt durchgeführt werden.
101. Liniennahverkehr	Beförderung mit Kraftomnibussen, konzessionierten Liniendiensten innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik in regelmäßigen Zeitabständen.
102. Fernverkehr	Innerdeutscher oder internationaler Verkehr auf Entfernung über 50 km Luftlinie vom Einsatzort.
103. Gelegenheitsverkehr	Verkehr mit Kraftomnibussen, die nicht regelmäßig, sondern in beliebigen Zeitabständen oder auf Grund von Leistungsverträgen eingesetzt sind.
104. Unrechter Werkverkehr	Gelegentliche Beförderung von Gütern für fremde Rechnung auf werks-eigenen Fahrzeugen, die für den innerbetrieblichen Verkehr bestimmt sind.
105. Betriebsleistung	Derjenige Teil der Betriebskapazität im Güter- und Personenkraftverkehr, der bei bestmöglichster Ausnutzung der eingesetzten Betriebsmittel in Leistung umgesetzt werden kann; wird gemessen in atkm bzw. Plkm.
106. Verkehrsleistung	Ausgeföhrte Transport- oder Beförderungsleistung im Güter- bzw. Personenkraftverkehr; wird gemessen in tkm bzw. Pkm.
107. Einsatzstage	Tage, an denen ein Fahrzeug gearbeitet hat, unabhängig von der Dauer des Einsatzes und der Gültigkeit des Fahrauftrages.
108. Sonstige Leistungen des gewerblichen Verkehrs	Alle Leistungen, die nicht betriebstypisch sind, z. B. Absatz von Handelsware, Umsatz in den Tankstellen, Leistungen der Fahrschulen, Verkehrsleistungen mit fremden Fahrzeugen, Ersatzteifertigung in Reparaturwerkstätten.

109. Last-km	Jede von Kraftfahrzeugen mit Nutzlast gefahrene Strecke.
110. Leer-km	Alle von Kraftfahrzeugen ohne Nutzlast gefahrene Strecke.
111. Nutz-km (Nkm)	Alle von Kraftfahrzeugen zur Durchführung von Transport- und Beförderungsleistungen gefahrenen km. Errechnung: Lastkm - Leerkm = Nkm.
112. Betriebs-km (Bkm)	Alle von Kraftfahrzeugen gefahrenen km, die mit der Durchführung von betriebstypischer Transport- oder Beförderungsleistung nicht in Zusammenhang stehen.
113. Platz-km (Plkm)	Angebotene Beförderungsleistung im Personenverkehr mit Personenkraftwagen (ohne Taxi). Errechnung: $\text{Nutzkm} \times \text{Platzzahl des Fahrzeugs}$ (zugelassene Sitz- und Stehplätze des Fahrzeugs).
114. Angebotene Tonnen-km (atkm)	Angebotene Transportleistung im Güterkraftverkehr, durch die eine Gütermenge, gemessen in Tonnen, einen km befördert werden kann. Errechnung: $\text{Nkm} \times \text{Tragfähigkeit des Fahrzeugs.}$
115. Tonnen-km (tkm)	Ausgeführt Transportleistung im Güterkraftverkehr. Beförderung einer Gütermenge in Tonnen über eine Beförderungsstrecke in Kilometern bei jedem Einsatz. Errechnung: $\frac{\text{Lastkm} \times \text{Last}}{\text{Zahl der Einsätze}}$
116. Ausnutzung der Leistungskapazität	Gegenüberstellung der geleisteten Tonnen-km (tkm) zu den angebotenen Tonnen-km (atkm) $\frac{\text{tkm}}{\text{atkm}}$
117. Ausnutzung der Betriebsleistung	Gegenüberstellung der geleisteten Personenkilometer (Pkm) zu den angebotenen Platz-km (Plkm). $\frac{\text{Pkm}}{\text{Plkm}}$
118. Ausnutzung der Fahrleistung	Gegenüberstellung der gefahrenen Last-km zu den gefahrenen Nutz-km (Nkm) $\frac{\text{Last-km}}{\text{Nkm}}$
119. Arbeitender Laderraum	Tragfähigkeit eines Kraftfahrzeuges, das sich im Einsatz befindet. Er wird wie folgt errechnet: $\text{Tragfähigkeit des Fahrzeugs} \times \text{Tage, an denen der LKW, das Spezialfahrzeug bzw. Anhänger oder Spezialanhänger eingesetzt waren.}$
120. Mittlere Ausnutzung des Laderraumes	Gegenüberstellung der Ausnutzung der Leistungskapazität zur Ausnutzung der Fahrleistung.
121. Nutzraumanlastung	Gegenüberstellung der tatsächlich beförderten Gütermenge zum eingesetzten Laderraum.
122. Durchschnittlich beförderte Güter je t Ladefähigkeit — t tgl.	Die im Durchschnitt täglich beförderten Güter in Tonnen, bezogen auf eine Tonne Laderraum. Errechnung: $\frac{1 \text{ (Jahresleistung)}}{\text{Laderraum} \times 360 \text{ Kalendertage}}$
123. Durchschnittlich geleistete tkm je t Ladefähigkeit — tkm/tgl.	Die im Durchschnitt täglich geleisteten Tonnenkilometer, bezogen auf eine Tonne Laderraum. Errechnung: $\frac{\text{tkm (Jahresleistung)}}{\text{Laderraum} \times 360 \text{ Kalendertage}}$

124. Ausnutzung des Flächengebotes Gegenüberstellung der Ausnutzung der Betriebsleistung zur Ausnutzung der Fahrleistung.

Strassenwesen

125. Klassifiziertes Straßennetz Hierzu gehören Autobahnen, Fernverkehrstraßen, Landstraßen 1. und 2. Ordnung und die klassifizierten Stadtstraßen.
Bei den Stadtstraßen ist entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung zu unterscheiden zwischen Hauptverkehrstraßen, Verkehrstraßen, Sammel- und Verteilerverstraßen sowie Anliegenstraßen.

126. Allgemeine Leistungen in den SSUB Alle Leistungen zur Erhaltung des Gebrauchswertes und der Verkehrssicherheit der Straße ohne Veränderung des Ausbauzustandes.
z. B.: Laufende Instandsetzung und Unterhaltung der Straßenböden und Brücken,
Bituminöse Oberflächenbehandlung,
Unterhaltung und Ergänzung der Verkehrsmarkierungen und der Leitteinrichtungen,
Bewirtschaftung der Straßengruben,
Durchführung des Straßenwinterdienstes,
Durchführung der Straßenaufsicht.

127. Hauptinstandsetzungen in den SSUB Stellen den abgesunkenen, ursprünglichen Gebrauchswert der Straße wieder her und erhöhen die Lebensdauer. Sie umfassen daher den Ersatz einer Deckenart durch eine andere, Verbesserung des Untergrundes usw. Dazu gehören auch die Fahrbanverbreiterung und der Kurvenausbau, soweit sie innerhalb des Straßenkörpers liegen und keine neuen selbstständigen Fahrbahnen darstellen. Mengeneinheit 1 m²/1 Md. m je nach Leistungsart.

Post- und Fernmeldewesen

128. Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Post Hauptaufgaben sind die Übermittlung von Nachrichten und die Beförderung von Kleingütern (Paketen).
Aufgaben im einzelnen:
Beförderung von Briefsendungen;
Übermittlung von Telegrammen, Ferngesprächen, Funk- und Fernschriften;
die Beförderung und der Vertrieb der demokratischen Pressezeugnisse;
die Kleingutbeförderung (insbesondere Pakete und Plätzchen);
die Durchführung von Geldübermittlungen (insbesondere durch den Postscheckverkehr und Postanweisungen);
die Mitwirkung am Sparverkehr (Postsparkasse);
die Mitwirkung bei Wettgeschäften (Toto und Lotto).

129. Postwesen Teil des einheitlichen Post- und Fernmeldewesens.

Dazu gehören:
die Beförderung von Briefsendungen;
die Beförderung und der Vertrieb von Pressezeugnissen;
die Kleingutbeförderung (insbesondere Pakete und Plätzchen);
die Durchführung von Geldübermittlungen (insbesondere durch den Postscheckverkehr und Postanweisungen);
die Mitwirkung am Sparverkehr und bei Wettgeschäften;
im begrenzten Umfang auch die Personenbeförderung.

130. Fernmeldewesen Das Fernmeldewesen ist ein Teil des einheitlichen Post- und Fernmeldewesens. Es umfaßt das Fernsprech-, Telegrafen- und Funkwesen einschließlich der industriellen Produktion des Fernmeldebaues. Seine Aufgaben bestehen

- im Fernsprechwesen
in der Herstellung von Gesprächsverbindungen auf drahtgebundenem und drahtlosem Wege;
- im Telegrafenwesen
in der Übermittlung von Telegrammen auf drahtgebundenem und drahtlosem Wege;

<p style="text-align: center;">im Funkwesen</p> <p style="text-align: center;">in der Durchführung des kommerziellen Funkdienstes, der technischen Abwicklung des Rundfunk- und Fernsprechdienstes ab Sendehaus, im Funkentstörungsdienst.</p> <p>Zum Fernmeldewesen gehört auch als Schnellnachrichtenmittel der Verwaltung und der Volkswirtschaft der Telexverkehr: Automatischer Fernschreibverkehr über das Fernschreib (Telex)-Netz, an das die Teilnehmer angeschlossen und durch Selbstwahlämter miteinander verbunden sind.</p>	
131. Postzeitungsvertrieb	Vertrieb von Zeitungen im Abonnement und im Freiverkauf sowie von Handelsware — wie Broschüren, Kalender usw. — durch die posteigenen Vertriebsstellen und die Belieferung der Lesezirkelkunden.
132. Nebenleistungen im Postwesen	Leistungen, die nicht den Hauptaufgaben des Postwesens entsprechen, aber selbständige Bedeutung erlangen können, z. B. Lohnfahrten, Mieten und Pachten.
133. Helfer- und Zusatzleistungen im Postwesen	Leistungen aus sozialen Einrichtungen, wie Werkküchen, Polikliniken und dergleichen.
134. Kommerzieller Funk	Drahtlose Übermittlung von Telegrammen (Fernschreiben), Ferngesprächen und Bildern zwischen Landfunkstellen sowie zwischen Küstenfunkstellen und Schiffen auf See.
135. Sendeleistung	Leistungen eines Funkamtes in kWh entsprechend der Anzahl der Sendestunden der vorhandenen Sender.
136. Empfangsleistung	Leistung einer Funkempfangsstelle, gemessen nach Betriebstunden.
137. AK = Amtsfehlheit	Vorwähler oder Klappen in den Vermittlungsstellen des Fernsprechverkehrs.
138. AO = Amtsergänzung	Vorwähler oder Klappen in den Vermittlungsstellen des Fernschreibverkehrs.
139. km-Linie	Länge der Linie, unabhängig von der Anzahl der in der Linie verlaufenden Leitungen.
140. Sendestunden	Sendezzeit eines Fernseh- oder kommerziellen Senders.
141. Betriebstunden	Empfangszeit einer Funkempfangsstelle.
142. Hauptanschlüsse im Fernsprechverkehr	Sprechstellen, die über eine Amtleitung mit einer Vermittlungsstelle unmittelbar verbunden sind. Dabei können die Sprechstellen Einzelschlüsse oder Gemeinschafts- bzw. Zweieranschlüsse sein.
143. Punktrecken	Feststehende Funkverbindungen von der Deutschen Demokratischen Republik zu anderen Staaten durch den kommerziellen Funk.
144. Dudi-Strecken	Funkverbindungen in der Deutschen Demokratischen Republik und nach dem Ausland für Fernseh- und Fernsprechverbindungen.
145. Funkempfangsstellen	Stellen, die den Funkempfang wahrnehmen (z. B. im kommerziellen Funk, Funküberwachung usw.).
146. Fernsprechüberweisungsverkehr	Abgehende Ferngespräche zu einem Teilnehmer desselben Überweisungsbereiches.
147. Fernsprechendverkehr	Abgehende Ferngespräche zu einem Teilnehmer eines anderen Überweisungsbereiches ohne Mitwirkung eines Zwischenamtes.
148. Fernsprechweitverkehr	Abgehende Ferngespräche zu einem Teilnehmer eines anderen Überweisungsbereiches unter Mitwirkung eines Zwischenamtes.

B 5 Handel (Außenhandel und Binnenhandel)

Außenhandel

1. Außenhandel

Die Ausdehnung des Zirkulationsprozesses als Teil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses über die Grenzen des Landes. Er umfaßt somit die Ware — Geldbeziehungen mit außerhalb des Wirtschaftsbereiches der DDR gelegenen Staaten.

2. Innerdeutscher Handel (IDH)

Warenaustausch der DDR mit Westdeutschland auf der Grundlage bestehender Abkommen. Bei der Durchführung dieser Abkommen ist eine Verrechnungseinheit (VE) der Deutschen Notenbank (DN) eine Verrechnungseinheit der Bank Deutscher Länder (BDL).

3. Demokratischer Weltmarkt (DW)

Märkte der demokratischen und sozialistischen Länder sowie ihre zwischenstaatlichen Ware—Geldbeziehungen. In der Außenhandelsstatistik der DDR zählen dazu die UdSSR, die europäischen Länder der Volksdemokratien, die Volksrepublik China, die sozialistischen Republiken Korea und Vietnam, die Mongolische Volksrepublik, die DDR und die Föderative Volksrepublik Jugoslawien.

4. Kapitalistischer Weltmarkt (KW)

Märkte der kapitalistischen Länder sowie ihre zwischenstaatlichen Geld-Warebeziehungen. In der Außenhandelsstatistik der DDR wird der kapitalistische Weltmarkt untergliedert in
a) kapitalistisches Ausland (KA)
b) Westdeutschland (IDH)

5. Handelsabkommen

Vereinbarung, die die Regierung der DDR oder ihre Institutionen (Deutsche Notenbank, Kammer für Außenhandel der DDR und VEH-DIA Kompensation) mit den Regierungen anderer Staaten oder mit den entsprechenden Organisationen bzw. Firmen in diesen Staaten abschließt.

Sie beinhalten den Austausch bestimmter Warengruppen (Warenlisten) und die für die Durchführung dieses Warenaustausches notwendigen Maßnahmen und Bestimmungen (auch Zahlungsabkommen).

Zu den Handelsabkommen zählen Regierungsabkommen, Bankabkommen, Kammer- und Kompensationsabkommen (Globalkompensationen und Handelsvereinbarungen).

6. Exportauftrag (EA)

Einerseits solche Verträge, welche die dem MAI unterstallten Außenhandelsorgane mit ausländischen Käufern über durchzuführende Exporte abschließen und andererseits Verträge, welche diese Organe mit Produktionsbetrieben über die dem Außenhandel zur Verfügung stellenden Waren abschließen. In diesem Sinne ist der Exportauftrag ein Vertrag nach den Bestimmungen des allgemeinen Vertragsystems.

7. Importvertrag (IV)

Alle Verträge im Rahmen des Importplanes, die von den dem MAI unterstallten Außenhandelsorganen mit ausländischen Verkäufern über durchzuführende Warenlieferungen in die DDR abgeschlossen werden.

8. Eigengeschäft der Außenhandelsorgane

Geschäft, das ein Außenhandelsorgan mit dem ausländischen Kunden (für Export und Import) abschließt.

9. Industrie-Eigengeschäft (Außenhandel)

Geschäft, das ein volkseigener, genossenschaftlicher oder Privatbetrieb mit einem ausländischen Kunden selbst anbietet und abschließt. Es wird rechtswirksam nach der Bestätigung durch das MAI.

10. Handelsbilanz

Gegenüberstellung der Gesamtwerte der Wareneinfuhr und Warenausfuhr.

Die Handelsbilanz der DDR enthält nur die Planeinfuhr und die Planausfuhr. Die Handelsbilanz ist aktiv, wenn die Ausfuhr überwiegt, passiv, wenn die Einfuhr überwiegt.

Zur Handelsbilanz gehören weiterhin Lohnverredungen, Reparaturen, Waren, die als Lohngegenwert für durchgeföhrte Lohnverredungen oder Reparaturen importiert bzw. exportiert werden, Rückwaren sowie der Reexport. In der Handelsbilanz der DDR werden diese Positionen nicht erfaßt, sie gehen nur in die Zahlungsbilanz ein.

11. Export Lieferungen (Planeschäfer)	Warenausführen aus der DDR, die im Ausland (Exporte) oder in Westdeutschland (Lieferungen) verblieben. Keine Exporte im Sinne des Planes sind: a) aktive und passive Lohnveredlungen und Reparaturen, b) Reexporte, c) Rückwaren, d) Transit
12. Import Bezüge (Planeschäfer)	Wareneinführen in die DDR, aus dem Ausland (Importe) oder aus Westdeutschland (Bezüge). Keine Importe im Sinne des Planes sind: a) aktive und passive Lohnveredlungen und Reparaturen, b) Reexporte, c) Rückwaren, d) Transit
13. Umsatz im Außenhandel	Die wertmäßige Zusammenfassung von Import und Export. Nicht dazu gehören: Aktive oder passive Lohnveredlung Durchführungen (Transite) Reexporte Leihlieferungen Rückwaren. Diese erscheinen wertmäßig nur in der Zahlungsbilanz.
14. Umsatz im Innendeutschen Handel	Die wertmäßige Zusammenfassung von Bezügen und Lieferungen zwischen den beiden deutschen Staaten.
15. Reexport	Weiterverkauf von außerhalb der DDR eingekauften Waren im unveränderten Zustand (ausgenommen Verpackung) nach einem anderen Land. Dabei ist es gleichgültig, ob die Waren auf dem Wege vom Lieferland zum Käuferland die DDR berühren oder nicht. Der Reexport geht in die Zahlungsbilanz ein.
16. Lohnveredlung	a) Aktive Lohnveredlung: In ausländischem oder westdeutschem Auftrag im Gebiet der DDR durchgeführte Be- oder Verarbeitung von vorübergehend in das Gebiet der DDR eingeführten Rohstoffen und Halbfabrikaten, die Eigentum des Auftraggebers bleiben, wenn dieser die vertraglich vereinbarten Lohnkosten erstattet. b) Passive Lohnveredlung: Im Ausland oder Westdeutschland durchgeführte Be- oder Verarbeitung von Rohstoffen oder Halbfabrikaten, die vorübergehend aus der DDR nach dem Ausland oder nach Westdeutschland ausgeführt wurden, deren Eigentumsrechte jedoch in der DDR verbleiben, wenn vom Auftraggeber die vertraglich vereinbarten Lohnkosten erstattet werden.
17. Lohnwert	Der Preis einer durchgeführten Lohnveredlung.
18. Lohngegenwert	Die Bezahlung des Lohnwertes in Form von Waren oder Valuta.
19. Kommerzielle Dienstleistungen	a) Eigene kommerzielle Dienstleistungen sind direkt mit der Warenbewegung verbundene Einnahmen in Devizes bzw. VE für Frachten, Ladung, Löschung, Umschlag, Lagerung, Transport-Versicherung, Vertreter-Provision, Warenrücklauf-Kosten usw. die von Organen des Außenhandels der DDR oder auf deren Veranlassung für ausländische oder westdeutsche Stellen durchgeführt werden. Hierunter fallen auch aktive Reparaturen. b) Fremde kommerzielle Dienstleistungen sind direkt mit der Warenbewegung verbundene Ausgaben in Devizes bzw. VE für Frachten, Ladung, Löschung, Umschlag, Lagerung, Transport-Versicherung, Vertreter-Provision, Warenrücklauf-Kosten usw., die durch Einzelpersonen, Betriebe oder Organe des Auslandes oder Westdeutschlands auf Veranlassung der Organe des Außenhandels der DDR durchgeführt werden. Hierunter fallen auch passive Reparaturen.

20. Nichtkommerzielle Dienstleistungen	a) Eigene nichtkommerzielle Dienstleistungen sind Einnahmen in Devizes aus Kursgewinnen, Gebühren, Mieten, Messen, Insertions usw. Dazu gehören auch die Einnahmen für Dienstleistungen, die in den Konten des Ministeriums für Finanzen geführt werden. b) Fremde nichtkommerzielle Dienstleistungen sind Ausgaben in Devizes aus Kurverlusten, Gebühren, Reisekosten, Tagessalden, Konten für Auslandsvertretungen, Messen, Insertions, Montage-Kosten, Vertragsstrafen, Sanktionen usw. Dazu gehören auch die Ausgaben für Dienstleistungen, die in den Konten des Ministeriums für Finanzen geführt werden.																		
21. Messestand-Kontingente	Vерpflichtung der Außenhandels-Organen der DDR zum Import von Waren in Höhe des Kontingentes des betreffenden Ausstellers (200 DM für jeden qm gedeckter Fläche, 200 DM für jeden qm Freifläche), damit er aus dem Erlieb dieser Verkäufe seine Messekosten bestreiten kann. (Standmiete, Ausgestaltung des Standes, Werbungskosten usw.). Messestands-Kontingente gelten nicht als Importe im Sinne des Außenhandels-Planes.																		
22. Clearing-Rechnungsverkehr (Demokratischer Weltmarkt)	Zahlungsausgleich für den Warenaustausch sowie für Dienstleistungen auf den Rubel-Verrechnungskonten, die die Staatsbank der DDR (DN) bei oder für befundete Banken unterhält.																		
23. Clearing-Rechnungsverkehr (Kapitalistisches Ausland)	Zahlungsausgleich für den Warenaustausch sowie für Dienstleistungen auf bilateralen Konten, die die Staatsbank der DDR bei oder für ausländische Banken unterhält und die in Verrechnungswährung geführt werden.																		
24. Bank-Kompensation (Clearing, zweckgebunden)	Verrechnung des Austausches bestimmter Waren über ein Sonderkonto oder Sperrkonto, das zu diesem Zweck von den Verrechnungsbanken eröffnet wird.																		
25. Sonstige Kompensation	Aufrechnung des Wertes von Waren bzw. Dienstleistungen unmittelbar zwischen den Vertragspartnern, d. h. die Verrechnung erfolgt nicht durch Banken, sondern über das VEB-DIA Kompensation.																		
26. Forderungen/Verbindlichkeiten	Zahlungsüberhänge, die aus Warenlieferungen bzw. Beiträgen bzw. Dienstleistungen entstanden, jedoch zahlungsmäßig am Stichtag noch nicht verrechnet sind.																		
27. Rubel	Währungseinheit der UdSSR, in der auch die Wertangaben in der Außenhandels-Statistik der DDR (einschließlich innerdeutscher Handel) erfolgen. Die Parität der DM der Deutschen Notenbank zum Rubel und anderen ausländischen Valuten basiert auf dem Goldgehalt der DM, d. h. 1 DM = 0,200 982 gr Feingold. Für die einzelnen Jahre sind folgende Umrechnungskurse DM zu Rubel zu beachten: <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td>1950</td> <td>100 Rbl.</td> <td>=</td> <td>62,50 DM / 100 DM</td> <td>=</td> <td>100 Rbl.</td> </tr> <tr> <td>1951—1953</td> <td>100 Rbl.</td> <td>=</td> <td>83,25 DM / 100 DM</td> <td>=</td> <td>120 Rbl.</td> </tr> <tr> <td>1954—1955</td> <td>100 Rbl.</td> <td>=</td> <td>55,34 DM / 100 DM</td> <td>=</td> <td>100 Rbl.</td> </tr> </table>	1950	100 Rbl.	=	62,50 DM / 100 DM	=	100 Rbl.	1951—1953	100 Rbl.	=	83,25 DM / 100 DM	=	120 Rbl.	1954—1955	100 Rbl.	=	55,34 DM / 100 DM	=	100 Rbl.
1950	100 Rbl.	=	62,50 DM / 100 DM	=	100 Rbl.														
1951—1953	100 Rbl.	=	83,25 DM / 100 DM	=	120 Rbl.														
1954—1955	100 Rbl.	=	55,34 DM / 100 DM	=	100 Rbl.														
28. Devise-Rechnungsverkehr	Zahlungsausgleich in US-\$ (einschließlich Noten), canad. \$, £ Sterling, freien sfr. und DM BDL (West). Diese Zahlungsmittel gelten als sogenannte „freie Währungen“. (Zahlungsmittel im internationalen Überweisungsverkehr in Form von Schecks, Akkreditivs, Wechseln usw., ebenso auch von Sortenzahlungen.)																		
29. Verrechnungswährungen	Im Gegensatz zu „freien Währungen“ im allgemeinen nicht konvertierbare ausländische Währungen, die als Maßstab für Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. als Zahlungsmittel mit dem ausländischen Vertragspartner im Handels-, Clearing- oder Kompensationsabkommen vereinbart werden.																		
30. Verrechnungseinheit (VE)	Die Parität der Verrechnungseinheit der Deutschen Notenbank zur Verrechnungseinheit der Bank Deutscher Länder ergibt sich aus ihrem Umrechnungskurs zum Rubel. Die Parität der DM-West (VE) zum Rubel ergibt sich aus dem Goldgehalt der DM der BDL und des Rubels: <table style="margin-left: 20px;"> <tr> <td>1 DM der BDL</td> <td>=</td> <td>0,211 588 gr Feingold</td> </tr> <tr> <td>1 Rubel</td> <td>=</td> <td>0,222 168 gr Feingold</td> </tr> </table>	1 DM der BDL	=	0,211 588 gr Feingold	1 Rubel	=	0,222 168 gr Feingold												
1 DM der BDL	=	0,211 588 gr Feingold																	
1 Rubel	=	0,222 168 gr Feingold																	

31. Devisenbonus	Gutschriften (Anrechte) zugunsten von Exportbetrieben der DDR für durchgeführte Exporte von bestimmten Erzeugnissen in Höhe von 0,5 bis 2 % des DM-Gegenwertes des angefallenen Devisenbetrages auf dem Devisen-Bonus-Sonderkonto der für den Betrieb zuständigen Außenhandelsbank. Dieses Anrecht kann von den betreffenden Exportbetrieben, unabhängig von der erzielten Exportwährung, für jede im Außenhandel zugelassene Währung für Importe, die der Exportsteigerung dienen, Messe-Beteiligungen, Geschäftsreisen usw. eingelöst werden. Für den Devisenbonus im IDH in VE bestehen Sonderbestimmungen.
32. Werkausgang (Export)	Zeitpunkt der Übergabe der Exporterzeugnisse durch den Produktionsbetrieb an den ersten Frachtführer.
33. Werkabgabepreis (Außenhandel)	Entspricht: a) bei Lieferungen volkseigener Produktionsbetriebe für den Export an Organe des Außenhandels der DDR ab 1950 dem Betriebspunkt; b) bei Lieferungen privater und genossenschaftlicher Produktionsbetriebe dem Herstellerabgabepreis ohne Verbrauchsabgaben (Herstellerpreis).
34. Einkaufspreis der Außenhandelsorgane (Import)	Ist identisch mit dem Werkabgabepreis.
35. Verkaufspreis der Außenhandelsorgane (Import)	Werkabgabepreis zuzüglich Warennebenkosten innerhalb der DDR. Die Differenz zum Vertragspreis wird durch Preisausgleiche ausgeglichen.
36. Warennebenkosten	Kosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Warenbewegung entstehen. a) Innerhalb der DDR zählen dazu: Frachtkosten und Transport-Versicherungen, Verpackungskosten und sonstige Kosten für Exportgüter, wie z. B. Umlade-, Lagerhaltungskosten in Seehäfen usw. b) Außerhalb der DDR gelten z. B. als Warennebenkosten: Transitfrachten für Importe und Exporte.
37. Vertragspreis (Außenhandel)	Spezifizierter Preis, der mit dem ausländischen Käufer oder Verkäufer festgelegt wird.
38. Devisenerlöse	Eine aus den Vertragspreisen der Exporte über den Rubel in DM errechnete Einnahme, die von dem ausländischen Käufer in Valuta verrechnet oder bezahlt wird. Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Devisenerlösen wird durch Preisausgleich ausgeglichen.
39. Preisangizidate	Überschüsse oder Stützungen, die sich aus positiven oder negativen Differenzen zwischen den Preisen des Inlandes und den Preisen im Außenhandel ergeben.
40. Devisenaufwand	Eine aus dem Vertragspreis für Importe über den Rubel in DM errechnete Ausgabe, die in ausländischer Valuta verrechnet oder bezahlt wird.
41. Einkaufspreis der Außenhandelsorgane (Import)	Über dem Rubel errechneter DM-Gegenwert des Devisenaufwandes für den Import einer Ware.
42. Abgabepreis der Außenhandelsorgane (Import)	Vom Finanzministerium für die betreffenden Importwaren genehmigter Inlandspreis. Die Differenz zwischen Einkaufspreis (Import) und Abgabepreis wird durch Preisausgleiche ausgeglichen.
43. Volumenwert	Zum Vergleich der dynamischen Entwicklung des Gesamt-Außenhandels für jede Warenart berechneter fiktiver (angenommener) Wert auf der Grundlage von gleichbleibenden Durchschnittswerten des betreffenden Basis-Zeitraumes. Volumenwerte zeigen im Vergleich zum Basisjahr die Veränderungen des physischen Umfangs des Außenhandels unter Verwendung von gleichbleibenden Durchschnittswerten als Bewertungsgrundlage.

44. Volumen-Index

Nach Volumenwerten berechnetes Verhältnis zwischen den Ergebnissen zweier Zeiträume. Dieser Index zeigt die physische (mengenmäßige) Veränderung gegenüber dem Basis-Zeitraum ohne Berücksichtigung der wertmäßigen oder preismäßigen Entwicklung.

45. Wertindex

Nach den effektiven, statistisch erfaßten Rubelwerten berechnete Verhältniszahl zwischen den Außenhandels-Ergebnissen zweier Zeiträume. Dieser Index zeigt die wertmäßige Veränderung gegenüber dem Basis-Zeitraum ohne Berücksichtigung der Veränderungen in der physischen (mengenmäßigen) oder preislichen Entwicklung.

46. Preisindex

Verhältniszahl für die Veränderung der Durchschnittspreise für einzelne Warenarten. Für Zusammenfassungen von Waren verschiedener Art ergibt sich der Preisindex aus dem Verhältnis von Wertindex zum Volumenindex nach der Formel

$$\frac{\text{Wertindex} \times 100}{\text{Volumenindex}} \quad \text{Preisindex}$$

oder direkt aus dem Verhältnis des effektiven Werts zum Volumenwert des gleichen Zeitraumes.

47. terms of trade

Der Index der realen Tauschverhältnisse (terms of trade) ist das Verhältnis der Devisenerlöse für den Export zu den Devisen-Aufwendungen für den Import. Dieser Index zeigt, wie sich das Verhältnis Preisindex für den Export zum Preisindex für den Import verändert hat, oder wie sich das Verhältnis der Exportpreise insgesamt gegenüber den Importpreisen insgesamt im Berichts-Zeitraum veränderte.

Binnenhandel

48. Binnenhandel

Der gewerbliche Warenaustausch durch Kauf und Verkauf von Waren innerhalb des Territoriums eines Staates. Der Binnenhandel besteht aus dem Großhandel und dem Einzelhandel.

49. Handelsystem

Gruppe von Handelsbetrieben innerhalb einer Eigentumsform, die unter einer gemeinsamen Leitung zusammengefaßt sind, z. B. HO-Kreisbetriebe, DHZ Kohle usw.

50. Industrieabsatz (Absatz)

Die gesamte von den Absatzorganen der Fachministerien gelenkte Warenbewegung, unabhängig davon, ob sie im Direktverkehr oder über die Absatz-Großhandelsbetriebe realisiert wird und ob sie für Produktions- oder Bevölkerungsbedarf oder für den Export bestimmt ist.

51. Direktverkehr

Die von den Absatzabteilungen der Produktionsministerien oder in deren Auftrage von den Absatz-Großhandelsorganen (DHZ) gesteuerten direkten Lieferungen der Produktionsbetriebe an industrielle Bedarfsträger und an Sonderbedarfsträger unter Ausschaltung der Großhandelsstufe

52. Großhandel

Handel mit Erzeugnissen, die von Produktions- oder anderen Großhandelsbetrieben gekauft und im Lager- oder Streckengeschäft an Wiederverkäufer, Weiterverarbeiter oder an den Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion veräußert werden.
Zu den Aufgaben des Großhandels gehört auch die Vermittlung von Handelsbeziehungen zwischen Produzenten und Wiederverkäufern oder Weiterverarbeitern.

53. Vertragsarten des Großhandels

- a) Absatzverträge:
Einkaufsseitige Verträge des Großhandels (Kaufverträge). Durch diese Verträge übernimmt der Großhandel den Absatz der Erzeugnisse der Lieferanten (z. B. der Produktionsbetriebe)
- b) Versorgungsverträge:
Verkaufsseitige Verträge des Großhandels (Lieferverträge). Durch diese Verträge übernimmt der Großhandel die Versorgung seiner Abnehmer (z. B. der Produktionsbetriebe mit Material, der Einzelhandelsbetriebe mit Waren).

54. Geschäftsarten des Großhandels

Die Durchführung der Umsatzleistung des Großhandels unterscheidet sich
a) nach der realen Warenbewegung in Lager- und Streckengeschäfte
b) nach der finanziellen Abwicklung in

- 1 Lager- und Streckengeschäfte mit Einsatz von eigenen Finanzmitteln
- 2 Vermittlungs- und Vertragshändlergeschäfte ohne Einsatz von eigenen Finanzmitteln
- c) nach den vertraglichen Beziehungen in Eigengeschäft, Vermittlungs- und Vertragshändlergeschäft.

55. Lagergeschäft

Im Lagergeschäft werden die Waren über das Lager des Großhandels bewegt und rechnungsmäßig vom Großhandel erfaßt.

56. Streckengeschäft

Im Streckengeschäft werden die Erzeugnisse auf Veranlassung des Großhandels vom Hersteller direkt an den Einzelhandel, den Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion (Großverbraucher) oder die Produktion gesandt. Die rechnungsmäßige Abwicklung erfolgt jedoch durch den Großhandel.

57. Vermittlungsgeschäft

Ein Großhandelsbetrieb vermittelt auf Grund eines Vertrages und gegen Zahlung einer Vermittlungsgebühr eine Warenlieferung vom Lieferer an den Empfänger, ohne dabei die Waren auf Lager zu nehmen und ohne eigene finanzielle Mittel einzusetzen.

58. Vertragshändlergeschäft

Der VE Großhandel kann zur verbesserten Warenstreuung im Bedarfsfall die Kapazitäten des privaten Großhandels zur Realisierung seines Kontingentes ausnutzen. Er muß hierüber mit dem privaten Großhandel entsprechende Verträge abschließen. Der private Großhandel (Vertragshändler) arbeitet für eigene Rechnung und mit eigenem Kapitaleinsatz und erhält die volle Handelsspanne.
Für die Einschaltung als Vertragshändler entrichtet er eine vertraglich festzulegende Gebühr an den VE-Großhandel.

59. Eigengeschäft

Zum Eigengeschäft des Großhandels gehören die Lager- und Streckengeschäfte sowie eventuelle Produktionsleistungen (z. B. Abfüllen von Wein, Sortieren von Altstoffen usw.)

60. Fremdgeschäft

Zu den Fremdgeschäften des Großhandels gehören die Vermittlungs- und Vertragshändlergeschäfte.

61. Großhandelsumsatz

Die in Werteinheiten ausgedrückte Leistung eines Großhandelsorgans durch Verkauf von Erzeugnissen. Auch die aus vermittelnder Tätigkeit eines Großhandelsorgans resultierenden Umsätze wie auch die Umsätze der Vertragshändler eines volkseigenen Großhandelsorgans sind in den Begriff „Großhandelsumsatz“ einzubeziehen.

62. Umsatz im eigenen Großhandelsnetz

Durch regional begrenzte Aufkommensquellen und Erfordernisse der Importlenkung bedingte Warenbewegungen zwischen den Niederlassungen innerhalb eines Großhandelsorgans.

63. Direktversorgung

Lieferungen der Produktion an den Einzelhandel ohne Beteiligung des Großhandels.

64. Einzelhandel

Tätigkeit von Handelsbetrieben, deren Aufgabe es ist, Waren des persönlichen Bedarfs direkt an den individuellen Konsumenten zu verkaufen.

65. Warengruppe

Zusammenfassung von Warenarten gemäß dem Zweisitzer der Schlüsselliste zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan (Gegensatz zu Branche).

66. Warenhauptgruppe

Zusammenfassung von Warengruppen gemäß dem Einsteller der Schlüsselliste zum Warenumsatz- und Warenbereitstellungsplan (Gegensatz zur Branchengruppe).

Die Gesamtheit der Verkaufsstellen

- a) eines sozialistischen Einzelhandelsbetriebes
- b) in einem Bereich der staatlichen Verwaltung, wie Gemeinde, Stadt, Kreis usw

68. Arten des Einzelhandelsnetzes	Einschließlich der Art der Durchführung der Einzelhandelsaktivität unterscheidet man:
a) das stationäre Handelsnetz (Verkaufsstellen, Verkaufsstände, Zeite, Kioske, Automaten usw.)	
b) das bewegliche Handelsnetz (ambulanter Handel)	
c) Versandhandel	
69. Verkaufsstelle	Eine festbegrenzte und ortgebundene räumliche Einheit, in der der Bevölkerung Ware zum Verkauf angeboten wird.
70. Branche (Geschäftszweig)	Zusammenfassung von Verkaufsstellen nach warenmäßigen Gesichtspunkten entsprechend der Kaufgewohnheit der Bevölkerung. Das Schwerge wicht des geführten Waren sortiments ist maßgeblich für die Zuordnung einer Verkaufsstelle zu einer Branche.
71. Branchengruppe	Systematische Zusammenfassung ähnlicher bzw. gleichgearteter Branchen (Geschäftszweige) des Einzelhandelsnetzes. Zur Zeit sind in der Planmethode folgende 9 Branchengruppen festgelegt: Verkaufsstellen für
	1. Nahrungs- und Genussmittel 2. Gemischtwaren mit Lebensmitteln 3. Bekleidung und Textilien 4. Kultureller Bedarf 5. Hausrat, Wohn- und Baubedarf 6. Artikel für Körperkultur und Gesundheitspflege 7. Industriewaren aller Art 8. Sonstigen Fachhandel (Fahrzeuge, Zoologische Art., Blumen, Kleingärtnerbedarf, Brennstoffe, Bergmagazine) 9. Gaststättengewerbe
72. Typisierung des Einzelhandelsnetzes	Maßnahme, um eine überflüssige Vielgestaltigkeit der Verkaufsstellen zu beseitigen und die den verschiedenen Bedingungen des Handels in Stadt und Land entsprechenden rationalen Verkaufsstellentypen zu schaffen. Nicht nur Spezialgeschäfte, sondern auch Gemischtwarengeschäfte können typisiert werden. Die Typisierung erfordert vor allem das Waren sortiment und die für bestimmte Waren sortimente günstigste Betriebsgröße sowie die bauliche Gestaltung und Ausstattung der Verkaufsstellen.
73. Verkaufsstellentyp	Kategorie von Verkaufsstellen mit einheitlicher Struktur der Verkaufsorganisation und einheitlichem Sortiment.
74. Spezialisierung des Einzelhandelsnetzes	Begrenzung der Handelsaktivität der einzelnen Verkaufsstellen auf bestimmte Warenarten, um ein reichhaltiges Angebot in diesen Warenarten zu ermöglichen sowie auf die Art der Durchführung der Einzelhandelsaktivität.
75. Spezial-Verkaufsstelle	Verkaufsstelle, deren Sortiment aus einer Warengruppe besteht (z. B. Fleisch, Fisch, Möbel).
76. Kombinierte Spezial-Verkaufsstelle	Verkaufsstelle, deren Sortiment aus mehreren infolge verbundener Nachfrage zusammengefassten Warengruppen besteht (z. B. Tabakwaren und Spirituosen).
77. Fachverkaufsstelle	Verkaufsstelle, deren Sortiment aus nur einer Untergruppe einer Warengruppe besteht (z. B. nur Herrenkonfektion, nur Damenkleid., nur wissenschaftliche Literatur).
78. Kombinierte Fachverkaufsstelle	Verkaufsstelle, deren Sortiment infolge verbundener Nachfrage aus je einer Untergruppe mehrerer Warengruppen besteht (z. B. Herrenausstattungen: Hute, Wäsche, Schirme, Stücke usw.).
79. Gemischtwarenverkaufsstelle	Verkaufsstelle mit weniger als 30 Verkaufskräften, die Nahrungsgüter und Industriewaren führt.
80. Kaufhaus	Verkaufsstelle mit mindestens 30 Verkaufskräften, die Waren entweder in Nahrungs- und Genussmittel oder in Industriewaren aus mindestens drei Waren hauptgruppen führt.

81. Warenhaus	Verkaufsstelle mit mindestens 30 Verkaufskräften, die Nahrungs- und Genussmittel und Industriewaren in getrennten Abteilungen führt.
82. Landwarenhaus	Gemischtwarenverkaufsstelle der Konsumgenossenschaft mit Nahrungs-gütern und Industriewaren in getrennten Abteilungen, deren Sortiment auf die besonderen Bedürfnisse der Landbevölkerung abgestellt ist und die einen Jahresumsatz von mindestens 500 000 DM erzielt.
83. Industrietäden	Verkaufsstellen eines zentral- oder örtlichgeleiteten VE Produktions-betriebes, die eine unmittelbare Verbindung zwischen der Produktion und dem Verbraucher herstellen.
84. Imbissstätte	Schnellgastrastätte, in der die Bevölkerung kalte und warme Speisen, Ge-tränke, Tabak- und Süßwaren erhält.
85. Kiosk	Oberdachte Verkaufsstelle auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Bahn-hofs-, Anstalt- oder Betriebsgelände, die längere Zeit den gleichen Stand-ort beibehält.
86. Ambulanter Handel	Einzelhandel, der seine Waren nicht an einem festen Stand anbietet, sondern sie soweit als möglich an den Konsumenten heranbringt.
87. Verkaufswagen	Fahrzeug, das Waren zum Verkauf auf das Land oder in einzelne Betriebe bringt und gleichzeitig als Verkaufsstelle dient.
88. Bauernmarkt	Freier Warenverkauf durch landwirtschaftliche Produzenten, die der gesetzlichen Ableiferungspflicht nachgekommen sind, direkt an individuelle Konsumenten oder Großverbraucher. Der Verkauf findet in bestimmten Zeitabständen nur auf besonderen, für die Abhaltung von Bauernmärkten hergerichteten Verkaufsständen durch die Produzenten selbst oder im Auftrage der Produzenten durch die Konsumgenossenschaften statt. Auf dem Bauernmarkt findet zur gleichen Zeit ein Verkauf von Konsum-gütern durch Einzelhandels- und Handwerksbetriebe statt. Dieser Umsatz wird nicht in der Kennziffer „Umsatz des Bauernmarktes“ erfaßt.
89. Großverbraucher	Betriebe, Institutionen und Organisationen, die Konsumgüter zum Ver-brauch für einen größeren geschlossenen Personenkreis beziehen, wie Krankenhäuser, Werkküchen usw.
90. Filialbetrieb	Privater Einzelhandelsbetrieb mit zwei oder mehreren Verkaufsstellen (Filialen).
91. Kauffonds	Die Geldmittel der Bevölkerung, die zum Kauf von Waren verausgabt werden sollen (d. h. also die Kaufkraft der Bevölkerung — siehe Lebens-standard — abzüglich der Rücklagen der Bevölkerung). In der Geldbilanz erfaßt man hierzu die Geldmittel, die über den organi-sierten und unorganisierten Markt verausgabt werden.
92. Marktfonds	Marktfonds ist die Warenmenge, die zum Verkauf an die Bevölkerung bereitsteht. Er dient der Befriedigung des Bedarfs der Werktätigen und darf nicht anderen Zwecken zugeführt werden.
93. Warenbereitstellungsplan	Der Warenbereitstellungsplan ist der Bezugsplan für die den Einzelhandel durchführenden Handelsorgane. Seine Realisierung bildet zusammen mit den Beständen des Einzelhandels die materielle Deckung für den Umsatz von Konsumgütern an die Bevölkerung. Die im Warenbereitstellungsplan aufgenommenen Waren werden unterteilt in: a) Zentralverteilter Fonds Waren, die im Warenbereitstellungsplan (Staatsplan) als Einzelposi-tion ausgewiesen werden oder für die eine Materialzuweisung der Staatlichen Plankommission, Materialversorgung, vorliegt. b) Gelenkter Fonds Hierzu zählen einzelne in Abstimmung mit der Staatlichen Plan-kommission ausgewählte Waren aus den Planpositionen „Sonstige Erzeugnisse der Industriezweige“, die wegen ihrer besonderen Wich-tigkeit für die Versorgung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Streu-ing unter Kontrolle gehalten werden müssen.

c) Dezentralisierter Fonds

Hierzu zählen alle nicht unter a) und b) aufgeführten Waren aus dem Planpositionen „Sonstige Erzeugnisse des Industriezweiges“. Die Waren des dezentralisierten Fonds unterliegen hinsichtlich der Abgabe durch die Produktionsbetriebe und des Aufkaufs durch alle Groß- und Einzelhandelsorgane keinerlei Beschränkungen.

94. Warenumsatz im Einzelhandel

Umsätze der Betriebe des staatlichen, genossenschaftlichen, sonstigen gesellschaftlichen und privaten Einzelhandels. Hierzu gehört auch der Umsatz der Kantinen u. a. Einrichtungen in den Betrieben an Waren außer dem Werkküchenessen (z. B. an Tabakwaren, Getränken u. ä.) und der Warenverkauf des Handwerks an Letztabraucher (z. B. die Umsätze der Fleischer, Bäcker, Tischler, Polsterer usw. sowie die Umsätze an der Fahrrad- und Nähmaschinenersatzteilen u. ä. durch Reparaturwerkstätten).

95. Einzelhandelsumsatz im eigenen Handelsnetz

Warenumsatz der staatlichen oder genossenschaftlichen Einzelhandelsorgane durch eigene Verkaufsstellen (auch Gaststätten)

96. Agenturumsatz im Einzelhandel

Warenumsatz des staatlichen oder genossenschaftlichen Einzelhandels außerhalb des eigenen Handelsnetzes, der auf Grund eines Agenturvertrages durch betriebsfremdes Handelspersonal in Agenturen oder Verbindungsstellen getätigkt wird.

97. Reparaturumsatz

Warenumsatz in Handwerksbetrieben bzw. Reparaturwerkstätten, der in Verbindung mit einer Reparatur vollzogen wird (z. B. Umsatz an Fahrrad-, Nähmaschinen-, Rundfunkgeräteersatzteilen).

98. Struktur des Warenumsatzes, des Bestandes oder der Warenbereitstellung

Der prozentuale Anteil der Warenarten, Warengruppen, Warenhauptgruppen usw. am Gesamtumsatz, Bestand oder an der Warenbereitstellung.

99. Sortiment

Zusammensetzung eines Warenlagers bzw. einer Warenkollektion

100. Saisonschlußverkauf

Verkauf von Saisonwaren zu herabgesetzten Preisen. Der Saisonschlußverkauf wird gegen Ende der Saison für einen begrenzten Zeitraum festgelegt und dient zur Verringerung der Bestände an solchen Waren, die sonst bis zur nächsten Saison gelagert werden müßten. Nach Ablauf des Saisonschlußverkaufs werden die Preise für diese Waren wieder auf ihre alte Höhe heraufgesetzt.

101. Inventarverkauf

Ein teilweise mit einem Saisonschlußverkauf gekoppelter Raumungsverkauf von Waren zu stark reduzierten Preisen. Nach Beendigung der Aktion werden die restlichen Bestände nicht wieder herausgezeichnet, sondern in „Sonderangeboten“ (Wühltischen u. ä.) zum Verkauf angeboten.

B 6 Sonstige volkswirtschaftliche Bereiche, soweit noch nicht aufgeführt

1. Kommunalwesen

Umfäßt Dienstleistungsbetriebe und Einrichtungen von ausgesprochen lokalem Charakter, deren Aufgabenstellung sich aus der Befriedigung der besonderen Bedürfnisse, die das Zusammenleben einer Vielzahl von Menschen in den Gemeinden bedingt, ergibt. Örtlich geleitete Betriebe der Wirtschaftsbereiche Industrie, Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Wasserwirtschaft usw. zählen nicht zum Kommunalwesen, sondern werden in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen erfaßt.

In der Planung und statistischen Abrechnung werden ab 1957 zum Kommunalwesen gerechnet:

Betriebe und Einrichtungen:

1. der volkseigenen örtlichen Wohnungs- und Grundstückverwaltungen
2. mit sanitär-technischer und hygienischer Aufgabenstellung (Wäschereien, chemische Reinigungen, Färbereien, Bilder ohne Schwimmkampfanlagen)
3. der Stadtgestaltung (Straßenreinigung, Müll- und Fäkalienabfuhr, Grünanlagen, Straßenbeleuchtung)
4. sonstige Betriebe und Einrichtungen (Ausstellungen, Ernährungsschutz, Schädlingsbekämpfung, Gebührenschlachthöfe, Markthallen, Wäschemangeln, Friedhöfe u. ä.)

Hinsichtlich der Organisationsform der Betriebe und Einrichtungen unterscheidet man zwischen:

- a) größeren Betrieben mit VEB-Plan
- b) Betrieben mittlerer Kapazität mit vereinfachtem Finanz- und Leistungsplan und
- c) Kleinbetrieben und Einrichtungen, die brutto im Haushalt der Gebietskörperschaft geplant sind

2. Wasserwirtschaft

Umfäßt

- a) Betriebe zur Förderung von Trink- und Brauchwasser für die Versorgung der Bevölkerung sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe
- b) Betriebe zur Beseitigung der anfallenden Abwasser
- c) Betriebe zur Unterhaltung der Küstendeiche, der Flüsse, soweit diese nicht schiffbar sind, der Vorfluter, der Bewässerungsanlagen, der Sommerdeiche und der Löschwasseranlagen.

Hinsichtlich der Organisationsform der Betriebe und Einrichtungen unterscheidet man zwischen:

- a) größeren Betrieben mit VEB-Plan
- b) Betrieben mittlerer Kapazität mit vereinfachtem Finanz- und Leistungsplan und
- c) Kleinbetrieben und Einrichtungen, die brutto im Haushalt der Gebietskörperschaft geplant sind.

**3. Maximale Tageskapazität
(Wasserwirtschaft)**

Maximale Wassermenge (Trinkwasser, Brauchwasser, Abwasser), die unter Berücksichtigung aller ständigen Faktoren, die die Kapazität der Gesamtanlage beeinflussen, an einem Tage den Verbrauchern zugeführt bzw. aufgenommen werden kann.

Zu den ständigen Faktoren gehören z. B. Pumpenleistungen, Speichermöglichkeiten, Leistungsquerschnitt usw.

**4. Bereitgestellte Tageskapazität
(Engpasskapazität der Wasserwirtschaft)**

Wassermenge, die tatsächlich an einem Tage den Verbrauchern zugeführt bzw. aufgenommen wurde. Sie wird beeinflußt durch die ständigen und wechselnden Faktoren und kann gleich der maximalen Tageskapazität sein, wird aber unter dem Einfluß der wechselnden Faktoren an einer Reihe von Tagen die maximale Tageskapazität unterschreiten.

Wechselnde Faktoren können z. B. sein:

- Klimatisch bedingte Brunnenergiebildung
- Zeitweiliger Ausfall von Aggregaten bei Reinigungsarbeiten oder Sperrung infolge größerer Reparaturen an den Aggregaten.